



Bilanz und Erneuerung

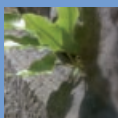
Strategie Nachhaltige Entwicklung auf dem Prüfstand

Bilan et renouvellement

Stratégie pour le développement durable sous la loupe

Bilancio e rinnovamento

La strategia per uno sviluppo sostenibile in esame



Editorial	3	Editorial	32	Editoriale	53
MONET – Auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung	5	Sommes-nous sur la voie du développement durable? La réponse de MONET	34	MONET: in cammino verso uno sviluppo sostenibile?	55
Nachhaltigkeit und internationale Politik	8	Le développement durable dans le canton d'Argovie: une politique systématique et pragmatique	36	Le scelte di acquisto delle amministrazioni: uno strumento al servizio dello sviluppo sostenibile	57
Interview mit Dieter Bürgi: «Wir müssen uns auf wenige Nachhaltigkeits-Schwerpunkte konzentrieren»	11	Politique internationale pour un développement durable	37	La sostenibilità e la politica internazionale	58
Evaluation der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002	16	Interview de Dieter Bürgi: «Se concentrer sur quelques priorités en matière de durabilité!»	40	Intervista a Dieter Bürgi: «Ci dobbiamo concentrare su alcuni punti chiave della sostenibilità»	61
Die Nachhaltigkeitsperspektive des Kantons Waadt	19	Evaluation de la Stratégie 2002 pour le développement durable	45	La valutazione della Strategia per uno sviluppo sostenibile 2002	66
Nachhaltige Entwicklung im Kanton Aargau: Systematisch und pragmatisch	21	Perspectives de développement durable pour l'Etat de Vaud	48	Strategie nazionali per lo sviluppo sostenibile: contesto internazionale e confronto	68
Was der Kanton Bern für die Nachhaltige Entwicklung tut	22	Stratégies nationales de développement durable: Contexte international et analyse comparative	50	Impressum	71
Die Bundesverwaltung leistet einen Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung	25	Impressum	71		
Die Umsetzung der integrierten Produktpolitik IPP	27				
IPP: Die öffentliche Beschaffung im Dienst der Nachhaltigen Entwicklung	28				
Nationale Nachhaltigkeitsstrategien: Internationaler Kontext und Vergleich	29				
Impressum	71				

Liebe Leserinnen und Leser

Kurz vor Weihnachten erhalten Sie von uns publizistische Orientierungshilfe zum Thema Raumentwicklung gleich im Doppelpack: Als Beilage zu diesem «Forum» stellt sich Ihnen die «Collage» vor, die Zeitschrift des Fachverbands der Schweizer RaumplanerInnen FSU. Umgekehrt geniessen wir Gastrecht bei den Abonnenten der Collage. Viel Freude beim Lesen, danke für die Treue und frohe Festtage!

Die Redaktion

Chère lectrice, cher lecteur,

Juste avant Noël, nous vous livrons en duo pack des informations et analyses sur le thème du développement territorial: vous trouverez, joint au présent numéro de «Forum», le périodique «Collage» de la Fédération suisse des urbanistes (FSU). En échange, «Forum» sera présenté aux personnes abonnées à «Collage». Bonne lecture et merci pour votre fidélité! Nous vous souhaitons de joyeuses fêtes de fin d'année!

La rédaction

Care lettrici e cari lettori,

siamo felici di potervi offrire, nel periodo pre-natalizio, un ausilio orientativo sul tema dello sviluppo territoriale in doppio formato: si tratta della rivista «Collage» pubblicata dalla Federazione svizzera degli urbanisti FSU che accompagna questa edizione di forum. Contemporaneamente, siamo ospiti presso gli abbonati di Collage. Cogliamo l'occasione per ringraziarvi dell'attenzione, per augurarvi un'interessante lettura e buone Feste!

La redazione

Editorial

Daniel Wachter
Leiter Sektion Nachhaltige Entwicklung, ARE
daniel.wachter@are.admin.ch



Strategie Nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Erneuerung



Als der Bundesrat im Vorfeld des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg seine «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» verabschiedete, legte er damit ein inhaltliches Arbeitsprogramm vor, mit dem die Schweiz einen zukunfts-fähigen Entwicklungspfad einschlagen sollte. Gleichzeitig fasste er Beschlüsse auf institutioneller und organisatorischer Ebene. So definierte er die bundesinternen Strukturen der Zusammenarbeit. Das wichtigste Gremium – der Interdepartementale Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (IDANE) – wird vom ARE geleitet. Ferner beschloss der Bundesrat, dass künftig die Nachhaltigkeitsstrategie im Rhythmus der Legislaturplanung erneuert sowie Monitoring, Controlling und Evaluation auf verschiedenen Ebenen verstärkt werden sollen, um die Fortschritte zu beobachten und zu beurteilen. Eine verbesserte Steuerung und institutionelle Verankerung der Strategie soll die Umsetzung des inhaltlichen Arbeitsprogramms unterstützen.

Das ARE hat in seiner Funktion als Koordinationsplattform für die Nachhaltigkeitspolitik des Bundes diese Aufträge mit Engagement angepackt. Ein Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung im Sinn der allgemeinen Lageanalyse wurde gemeinsam mit den Bundesämtern für Statistik und Umwelt aufgebaut. Ein Monitoring über die Umset-

zung der Strategie mit jährlichen Berichten der Verwaltung wurde eingerichtet. Weiter wurde 2006 eine unabhängige externe Evaluation durchgeführt, die sich vor allem den Wirkungen und der Zielerreichung der Strategie widmete. Ebenso wurde eine Methodik für die Nachhaltigkeitsbeurteilung von politischen Vorhaben entwickelt, die zum Ziel hat, die Geschäfte des Bundes aus der Optik der Nachhaltigen Entwicklung zu beobachten und zu optimieren. Weiter wurden ein Monitoring von Nachhaltigkeitsprozessen in Kantonen und Gemeinden (Lokale Agenden 21 und verwandte Prozesse) sowie Qualitätskriterien für deren Evaluation erarbeitet. Schliesslich ermöglicht ein internationales Monitoring, die Nachhaltigkeitspolitik der Schweiz international zu vergleichen.

2007 steht die nächste Erneuerung der bundesrätlichen Nachhaltigkeitsstrategie an. Die Revision muss im Wissen um die bisherigen Erfolge und Misserfolge sowie um die künftigen Herausforderungen an die Hand genommen werden. Die Grundlagen dazu werden zur Zeit beim ARE aufgearbeitet.

Dabei können wir auf unsere verschiedenen Monitoring- beziehungsweise Evaluationsarbeiten zurückgreifen. Das vorliegende Heft präsentiert eine erste Bilanz.



MONET – Auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung?

.....

Hannah Scheuthle
Bundesamt für Umwelt und Bundesamt für Statistik



Ausgewählte Indikatoren zeigen ein komplexes Bild der Entwicklung in der Schweiz. So steigt zwar der Wohlstand an, doch er ist weiterhin sehr ungleich verteilt. Zudem

leben wir – insbesondere, was das Umweltkapital angeht – auf Kosten zukünftiger Generationen. Dies wird durch zunehmende Effizienz lediglich abgemildert.

Die Indikatoren zur Beurteilung der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz entstammen dem Indikatorensystem zum Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung (MONET), das aus insgesamt über 120 Indikatoren¹ besteht. In welchen Bereichen sich die Schweiz auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung befindet, kann anhand von vier grundlegenden Fragen zur Bedürfnisdeckung, Gerechtigkeit, Kapitalerhaltung und Entkopplung dargestellt werden.

Bedürfnisdeckung – wie gut leben wir heute?

Unser Wohlstand wird nicht grösser: Das durchschnittliche Haushaltseinkommen als zentrale materielle Ressource ist in den letzten Jahren unter Schwankungen nur leicht auf 8'506 Franken angestiegen. Dabei steigen staatliche Unterstützung wie Renten, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld stärker als das Erwerbseinkommen.

Auch unsere körperliche und psychische Gesundheit verbessert sich. Die Lebenserwartung in guter Gesundheit ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen: Für heute geborene Frauen beträgt sie 69, für Männer 68 Jahre. Auch geben immer mehr Menschen an, sich psychisch ausgeglichen zu fühlen. Allerdings attestiert sich fast die Hälfte der Bevölkerung lediglich eine schlechte bis mittlere psychische Ausgeglichenheit.

Gerechtigkeit – wie sind die Ressourcen verteilt?

Die Verteilung der finanziellen Ressourcen wird nicht gerechter, die Armut nimmt nicht ab. Die Verteilung des Haushaltseinkommens in der Schweiz verändert sich kaum: Nach wie vor verdienen die reichsten 20 Prozent der Haushalte knapp fünfmal so viel wie die ärmsten 20 Prozent. Der Anteil der von Armut betroffenen Personen stagniert bei rund einem

Achtel der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter.

Die Gleichstellung von Frau und Mann wird nur langsam Realität. Die Löhne von Frauen und Männern haben sich in den vergangenen Jahren tendenziell zwar angeglichen; dennoch verdienen Frauen heute bei gleicher Ausbildung und beruflicher Stellung im Durchschnitt immer noch ein Fünftel weniger als Männer.

Die Solidarität mit ärmeren Ländern schliesslich lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Seit Jahren stagniert der Anteil der Schweizer Entwicklungshilfe bei rund 0,4 Prozent am Bruttovolkeinkommen. Er liegt damit deutlich unter dem von der UNO geforderten Anteil.

Kapitalerhaltung – was hinterlassen wir unseren Kindern?

Das Sozialkapital nimmt kaum zu: Obwohl die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs steigt, verbessert sich



Wohlstandsphänomen: zunehmende individuelle Motorisierung

die Lesekompetenz von Jugendlichen nicht. Während nach wie vor 80 Prozent einfache bis anspruchsvolle Texte verstehen, fehlen bei fünf Prozent selbst minimale Lesefähigkeiten.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Potenzials wird durch steigende Verschuldung gebremst: Der Anstieg der Beschäftigten in Wissenschaft und Technologie und die Zunahme der Patentanmeldungen sind Zeichen für eine lebendige und dynamische Wirtschaft. Dieser positive Eindruck wird allerdings durch die steigende öffentliche Verschuldung und die Stagnation der Investitionen geschmälert.

Unser Konsum von nicht erneuerbaren Ressourcen geht nicht zurück. Obwohl der Anteil der erneuerbaren Energien wächst, stammt immer noch der weitaus grösste Teil der Endenergie aus fossilen, nicht erneuerbaren Quellen. Die Treibhausgasemissionen, die zu einem grossen Teil durch die Nutzung fossiler Energien verursacht werden, gehen dementsprechend ebenfalls nicht zurück und sind vom Zielwert des Kyoto-Protokolls noch weit entfernt.

Ein negativer Trend zeigt sich beim Bodenverbrauch: Die bebaute Fläche pro Kopf und damit die Überbauung von landwirtschaftlich wertvollen Böden steigt weiterhin. Dies bedeutet nicht nur eine Gefährdung der Lebensgrundlage von Mensch und Tier, sondern hat auch Auswirkungen auf die landschaftliche Vielfalt. Obgleich die Biodiversität in der Schweiz ziemlich stabil ist, sind einige Arten vom Aussterben bedroht.

Entkoppelung – wie effizient nutzen wir die Ressourcen?

Das Bewusstsein der Bevölkerung für einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen steigt, im Verkehr lässt sich diese Entwicklung jedoch nicht beobachten. Das zunehmende Umweltbewusstsein privater Haushalte zeigt sich darin, dass immer mehr Bio-Produkte konsumiert werden und dass



Fossile Brenn- und Treibstoffe: Inbegriff für nicht nachhaltige Energie

zunehmend mehr Abfall ins Recycling gegeben wird. Diese erfreuliche Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gesamte Abfallmenge pro Kopf stetig zunimmt. Das Autofahren als das nach wie vor häufigste Fortbewegungsmittel ist in Bezug auf den Treibstoffverbrauch dank optimierter Fahrzeugtechnik und -nutzung zwar effizienter geworden. Da die Menschen jedoch immer mobiler werden, steigen die gesamten CO₂-Emissionen des motorisierten Individualverkehrs dennoch.

Wir gehen bei der Produktion zwar in Richtung einer Dematerialisierung, transportieren dafür aber immer mehr Güter über grosse Distanzen. Für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird pro Bruttoinlandsprodukt immer weniger Material benötigt. Diese positive Tendenz ist jedoch teilweise darauf zurückzuführen, dass Teile der industriellen Produktion ins Ausland ausgelagert werden. Negativ ist zu vermerken, dass der Güterverkehr in den letzten zehn Jahren stärker zugenommen hat als die Gesamtwirtschaft. Die steigende Effizienz in der Energienutzung wird durch einen steigenden Gesamtenergieverbrauch aufgehoben. Hinsichtlich der Energieintensität der Volkswirtschaft zeigen sich – vor

allem aufgrund technologischer Fortschritte in der Energienutzung – positive Tendenzen: Der Energieverbrauch ist – ebenso wie der CO₂-Ausstoss, der hauptsächlich durch die Nutzung fossiler Energien verursacht wird – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt leicht rückläufig.

Trotz aller Anstrengungen zur Effizienzsteigerung wächst der Endenergieverbrauch jedoch stetig und übersteigt die erzielten Einsparungen. Nach wie vor verbrauchen wir viel zu viel Umweltkapital, das zukünftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

¹ Die Indikatoren, die Postulate sowie verschiedene Publikationen können auf folgender Internetseite eingesehen werden: www.monet.admin.ch



Hannah Scheuthle (1970) studierte Psychologie an der Universität Trier und promovierte an der Universität Zürich im Bereich Umweltpsychologie. Sie arbeitet in der Sekti-

on Umweltbeobachtung des Bundesamts für Umwelt mit dem Schwerpunkt Umweltberichtserstattung und ist ausserdem Mitarbeiterin im Projekt MONET im Bundesamt für Statistik. Hannah.Scheuthle@bfs.admin.ch

Nachhaltigkeit und internationale Politik

• • • • •

Dieter Ruloff
Direktor des Instituts für Politikwissenschaft
Universität Zürich



Der Umgang der Menschheit mit ihren globalen Gütern gleicht einer Tragödie. Jedermann versteht zwar die Notwendigkeit des nachhaltigen Umgangs mit Umwelt und Rohstoffen. Doch wegen kurzfristiger wirt-

schaftlicher Interessen ist der Raubbau an der Umwelt schwer zu zügeln. Eine Vielzahl internationaler Abkommen versucht zu schützen, zu retten und zu erhalten. Ihre Wirkung lässt allerdings zu wünschen übrig.

Als Prinzip der Schweizer Forstwirtschaft ist der Nachhaltigkeitsgedanke über hundert Jahre alt: Nur so viel an Holz schlagen, wie der Wald nachwachsen lässt. Als Maxime des Umgangs mit globalen öffentlichen Gütern beginnt Nachhaltigkeit zweifellos mit den Anstrengungen des Clubs of Rome in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts, der die Auswirkungen der Endlichkeit von Rohstoffquellen auf das weltweite Wirtschaftswachstum und das Schicksal der Menschheit erstmals erforschte. Im März 1972 erschien der erste Bericht des Clubs of Rome zu den «Grenzen des Wachstums». Im selben Jahr fand in Stockholm die erste Weltumweltkonferenz der UNO statt, wobei charakteristischerweise die Umweltanliegen des industrialisierten Nordens auf die Entwicklungsinteressen des Südens trafen. 1983, also gut zehn Jahre nach den «Grenzen des Wachstums», wurde im Rahmen der UNO die Internationale Kommission für Umwelt und Entwicklung WCED gegründet und unter die Leitung der damaligen norwegischen Regierungschefin Gro Harlem Brundtland gestellt. Ziel war es, Entwicklungs- und Umweltanliegen in Einklang zu bringen und damit die schon 1972 in Stockholm zutage getretene Kluft zwischen Nord und Süd zu überbrücken. 1987 erschien der so genannte Brundtland-Bericht «Unsere gemeinsame Zukunft» und machte Vorschläge für eine Nachhaltige Entwicklung. Darunter wird eine Form der Entwicklung verstanden, die den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu beschränken.

«Rio» lancierte «Agenda 21»

Die UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio de Janeiro machte die Idee der Nachhaltigkeit zu einem allgemein anerkannten Kriterium, namentlich in der Entwicklungszusammenarbeit. Als umfassendstes Dokument, das den notwendigen Wandel

Punkt für Punkt benennt, gilt die in Rio verabschiedete Agenda 21. Nachhaltigkeit wird heute von allen multilateralen Entwicklungsagenturen, der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und der OECD als Kriterium der Projektfinanzierung angewendet. Die Entwicklungsziele der UNO zur Jahrhundertwende (Millennium Goals) nennen explizit den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt als einen der bis 2015 zu erreichenden Meilensteine. Die UNO-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 bestätigte noch einmal das Ziel Nachhaltiger Entwicklung, fand aber gravierende Mängel in der Umsetzung der zehn Jahre zuvor verabschiedeten Agenda 21.

Durchgezogene Bilanz

Über 100 internationale Umweltabkommen (so genannte Multilateral Environmental Agreements, MEAs) sind inzwischen in Kraft. Es gibt kaum einen Umweltbereich, der nicht in der einen oder anderen Weise international reguliert ist. Einige Erfolge wurden erreicht, insgesamt sind die Resultate jedoch unbefriedigend. Die Nutzung der hohen See beispielsweise wurde auf der dritten UNO-Seerechtskonferenz (UNCLOS III) zwar weitgehend reguliert; Dumping-Konventionen verbieten die Entsorgung von toxischen oder strahlenden Abfällen auf hoher See. Die Verschmutzung der Meere durch Öl aus der Schifffahrt bleibt aber ein Problem, ebenso die Belastung der Meere durch verschmutzte Flüsse. Verbesserungen wie etwa in der Ostsee sind noch die Ausnahme. Verschärfte Standards wie Zwei-Hüllen-Tanker werden nach und nach greifen und die Gefahr grossflächiger Ölverschmutzung der Meere eindämmen. Neu im Blickfeld ist der Tiefseeboden, der zunehmend für eine wirtschaftliche Nutzung interessant wird, was problematische Konsequenzen für die Umwelt hat. Weil der Rohstoffabbau hier jedoch technisch sehr anspruchsvoll ist, wird er vorläufig nicht im gros-

sen Stil erfolgen. Anders die Ausbeutung der Fischbestände: Regionale Fischereikommissionen regulieren Technik und Menge des Fischfangs, doch ist man hier von einer nachhaltigen Nutzung noch immer weit entfernt; manche Fischarten sind am Rand des Aussterbens oder bereits nicht mehr anzutreffen. Die Regeln der Internationalen Walfangkommission (IWC) werden von einigen Mitgliedstaaten systematisch unterlaufen, von manchen Nicht-Mitgliedern schlicht ignoriert. Die Zukunft der Wale gibt deshalb weiterhin Anlass zur Sorge. Im Gegensatz dazu ist der Schutz des Südpols durch den internationalen Antarktis-Vertrag von 1959 eine Erfolgsgeschichte: Eine wirtschaftliche oder militärische Nutzung des Südpols zum Beispiel für Nukleartests wurde abgewendet, ebenso territoriale Ansprüche der Anrainerstaaten, sodass die Antarktis ein gut geschütztes Stück Menschheitserbe bleibt.

Klimaveränderung wird spürbar

Wachsende Sorge bereiten vor allem die Veränderungen in der Atmosphäre. Mit der Wiener Konvention von 1985 und dem Montrealer Protokoll von 1987 wurden beim Schutz der stratosphärischen Ozonschicht grosse Fortschritte erzielt. Die Bekämpfung des Treibhauseffekts durch die Klimakonvention von 1992 und das Kyoto-Protokoll von 1997 hingegen haben nur wenig bewirkt, vor allem wegen des Abseitsstehens grosser CO₂-Emittenten wie den USA und wegen des fehlenden Einbezugs der Entwicklungsländer. Selbst die volle Umsetzung des Kyoto-Protokolls hätte nur einen sehr geringen Einfluss auf den anstehenden Klimawandel. Um mittel- und langfristige eine gefährliche anthropogene Störung des globalen Klimasystems entscheidend abzuschwächen, wären einschneidende Massnahmen nötig; solche sind aber nicht in Sicht, im Gegenteil. Die rasante Expansion der Weltwirtschaft, namentlich in Süd- und Ost-



Stein- und Braunkohle: Energieträger, aber auch CO₂-trächtig

asien, geht mit einem weiterhin steigenden Verbrauch von fossilen Energieträgern einher. Die Konsequenzen für das Weltklima sind absehbar, die Folgen der Klimaveränderung zunehmend spürbar.

Kostendruck motiviert zum Rohstoffsparen

Das absehbare Wachstum der ostasiatischen Schwellenländer wird hunderte Millionen Menschen nach und nach aus schwerster Armut herausführen; auch für die Weltwirtschaft insgesamt ist dies eine gute Nachricht. Für die Umwelt jedoch sind der damit einhergehende wachsende Bedarf an Rohstoffen und die zunehmenden Emissionen eine schlechte Nachricht. Erst mittel- bis langfristig ist eine spürbare Wirkung des weiteren Ausbaus inter-

nationaler Umwelt-Regimes und der Weiterentwicklung von Kreislauf-Technologien zu erwarten. Dies insbesondere dann, wenn sich im Wechselspiel zwischen zunehmendem ökologischem Handlungsdruck, Kostendruck bei herkömmlichen Rohstoffen und Kosten senkendem technischem Fortschritt in Schlüsselbereichen neue Märkte eröffnen und weltweit Wettbewerbsvorteile für Anbieter solcher neuen Ressourcen und Produkte entstehen.

Fossile Energieträger effizienter nutzen

Typisch für den gesamten Rohstoffbereich ist die Lage bei Öl, Kohle und Erdgas. Die Menschheit verfügt zwar noch über grosse Vorkommen fossiler Energieträger, wenn man die aufwändig nutzbaren Reserven hinzuzählt, al-

so Schweröl-Ablagerungen, Teersände oder Ölschiefer. Die Internationale Energieagentur schätzt die weltweiten Vorkommen an Erdöl und Erdgas auf etwa 20 Billionen Fass Erdöläquivalente. Ein Viertel bis die Hälfte davon lässt sich mit gegenwärtiger Technologie fördern. Angesichts technischen Fortschritts kann dieser Anteil noch wachsen. Allerdings darf die Menschheit schon aus ökologischen Erwägungen kein Interesse daran haben, alle verfügbaren Reserven an Öl und Erdgas nach und nach zu verbrennen. Dies selbst dann nicht, wenn man Wege fände, eine weitere Belastung der Atmosphäre zu vermeiden, indem man CO₂ durch unterirdische Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) dauerhaft aus der Atmosphäre verbannt. Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden einen Wettlauf bringen: einerseits zwischen Technologien der Erdöl- und Erdgas-Substitution und des effizienteren Umgangs mit Erdgas und Erdöl und andererseits der verbesserten Ausbeutung bekannter sowie der Erschließung neuer und so genannter unkonventioneller Vorkommen. Beim aktuellen Preisniveau von Erdöl und Erdgas ist beides interessant.



Dieter Ruloff (1947) ist Direktor des Instituts für Politikwissenschaft und ordentlicher Professor für internationale Beziehungen an der Universität Zürich. Er hat sich in seiner Forschung

mit Fragen der Kompatibilität von weltweiten Handels- und Umweltinteressen auseinander gesetzt. Unter anderem war er beteiligt an der Erstellung des Berichts «Herausforderungen 2003-2007 – Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik» des Perspektivstabs der Schweizerischen Bundeskanzlei. Aktuell wirkt er bei dessen Aktualisierung für den Zeithorizont bis 2015 mit. ruloff@pw.unizh.ch

«Wir müssen uns auf wenige Nachhaltigkeits-Schwerpunkte konzentrieren»

• • • • •

Interview: Pieter Poldervaart

Fotos: Olivia Stählin



Die Migros ist in der Schweiz allgegenwärtig, entsprechend aufmerksam verfolgt die Öffentlichkeit auch ihr Verhalten in Sachen Nachhaltigkeit. Dieter Bürgi, Leiter Ökologie, plädiert für eine Stärkung der Raumplanung gegenüber der Umweltschutzgesetzgebung, unter anderem um die Zersiedelung zu stoppen. Zudem werde der Beitrag des Einkaufsverkehrs zur Luftbelastung überschätzt. Insgesamt müsse ein gesellschaftlicher Konsens in Sachen Nachhaltige Ent-

wicklung gesucht werden. Ein solches Ziel könnte die 2000 Watt-Gesellschaft bis im Jahr 2050 sein.

Dieter Bürgi (*1952), studierte Recht an der Universität Bern. 1979 bis 1985 sammelte er berufliche Erfahrungen beim Gericht, in der Advokatur und Verwaltung, bis 1990 arbeitete er als Sektionsbetreuer beim WWF Schweiz. Anschliessend wurde er Geschäftsführer der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), die 2003 in Equiterre umgenannt wurde. 2004 wechselte er zum Migros-Genossenschafts-Bund als Leiter der Abteilung Ökologie.



Werden Bin Laden und Co. also ungewollt zu Umweltrettern?

Gut möglich. Die Angst vor Terror fördert das Reisen auf dem Landweg oder – im Businessbereich – den Trend zu mehr Telekonferenzen statt persönlichen Sitzungen. Doch die Migros will es nicht auf externe Faktoren ankommen lassen. Sie tut dort, wo sie es kann, vieles für den Klimaschutz. Beispielsweise beim Gütertransport: Die Migros ist die grösste Schweizer Kundin von SBB Cargo.

Das Phänomen ist aus dem Flugverkehr bekannt, gilt aber auch für die Autoindustrie: Der einzelne Motor wird immer effizienter, doch weil immer mehr geflogen und gefahren wird, steigt der CO₂-Ausstoss insgesamt. Gibt es einen Ausweg aus dieser Spirale?

Punkto Öl und seiner Derivate bin ich überzeugt, dass die günstigen Preise Vergangenheit sind. Der Film «The Inconvenient Truth» von Al Gore zeigt, dass selbst bei den USA, dem weltweiten CO₂-Emittenten Nummer eins, die Selbsterkenntnis wächst, dass der Lebensstil geändert werden müsse. Der Film und die dadurch ausgelösten Diskussionen werden hoffentlich auch der Debatte in Europa wieder Impulse geben.

Ökologie beginnt bekanntlich im Kleinen: Wann sassen Sie zum letzten Mal im Flugzeug?

Vor zwei Jahren: Ich musste dringend Sonne tanken und flog nach Griechenland.

Gerade der Flugverkehr ist das Sorgenkind der Klimadiskussion. Auch die Migros mischt mit M-Budget-Reisen im Billigfluggeschäft mit. Hört beim Bedürfnis nach Erholung das ökologische Gewissen auf?

Die Migros-Reisetochter Hotelplan setzt sich für den Umweltschutz ein,

unter anderem mit dem Umweltfranken, einem Fünfliber pro Passagier. Es ist jedoch klar, dass das Fliegen klimaschädigend ist. Der Entscheid liegt bei jedem Einzelnen.

Beim Fliegen ist der Preiszerfall die Hauptursache für den Boom. Nach wie vor fehlt die Kostenwahrheit, also eine Kerosin-Besteuerung, die das Wachstum dämpfen könnte. Eine zweite Bremse für noch mehr Flugbewegungen könnte in Zukunft die Angst vor terroristischen Anschlägen sein und der Unwille, sich den immer schärferen Kontrollmassnahmen am Flughafen zu unterziehen.

Mit anderen Worten, wir können auf die CO₂-Abgabe verzichten, weil die knapper werdenden und sich dadurch verteuernenden Ressourcen von selbst für eine Entschärfung sorgen?

Keineswegs! Die Migros hat sich für eine CO₂-Abgabe ausgesprochen und engagiert sich im Rahmen der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW), um ihren CO₂-Ausstoss zu senken. Wir haben für alle 590 Filialen, die 15 eigenen Industriebetriebe und die 10 regionalen Verteilzentren verbindliche Energie- und Klimaschutzziele definiert. Die Migros-Filiale im thurgauischen Amriswil

ist zudem der erste Schweizer Supermarkt mit Minergie-Label und kommt ohne Heizung aus.

Die Wirtschaft insgesamt sträubt sich aber, energisch zu handeln. Fehlen die monetären Anreize? Oder braucht es doch die Lenkungsabgabe?

Die braucht es tatsächlich. Ich bin enttäuscht über die aktuelle politische Diskussion. Denn um weitere Effizienzgewinne zu realisieren, benötigt die Schweiz eine CO₂-Abgabe. Die Migros ist dank ihrer langjährigen Anstrengungen zur Reduktion von CO₂ auf gutem Weg, sich dank der EnAW-Zielvereinbarungen von der CO₂-Abgabe zu befreien. Doch bisher wurden unser Engagement und unsere Investitionen nicht honoriert, so wie es immer versprochen wurde. Das ist keine gute Ausgangslage für ähnliche Vorhaben.

Nur – es sind ja gerade Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, welche die CO₂-Abgabe am liebsten auf ewig verzögern wollen...

Ich persönlich bin sehr unzufrieden damit, was Economiesuisse und einzelne Vertreter bürgerlicher Parteien verfechten. Im Jahr 2000 wurden die Energievorlagen «Solarrappen» und «Energieabgabe» mit der Forderung nach Staatsquotenneutralität gebodigt. Ein paar Jahre später hat man die Versprechen vergessen und schießt gegen die CO₂-Abgabe, die diese Bedingung erfüllt. Das halte ich für schlechten Stil und staatspolitisch fragwürdig.

Gründet die Migros wieder eine Partei, um in Bern ihre Interessen einbringen zu können?

Der «Landesring der Unabhängigen» ist definitiv Geschichte. Aber in diesem Jahr hat die Migros mit ihren Mitbewerbern die «Interessengemeinschaft Detailhandel» gegründet, um die volkswirtschaftliche Bedeutung der Branche

zu verdeutlichen und die Rahmenbedingungen des Detailhandels zu verbessern. Für Fragen im Bereich Raumplanung, Umwelt, Verkehr und Bewilligungsverfahren wurde ausserdem der Verband «espace.mobilité» gegründet.

Wie erlebten Sie persönlich den Wechsel: Müssen Sie heute jene Forderungen parieren, die Sie früher als Exponent einer Nichtregierungsorganisation (NRO) selbst stellten?

Zum Glück nicht. Was ich in den letzten 20 Jahren in Umweltorganisationen aufbaute, kann ich jetzt in der Privatwirtschaft weiterführen. Selbstverständlich ist es die Rolle der NRO, Druck auf die Wirtschaft auszuüben und manchmal mehr zu fordern, als möglich und realistisch ist – das habe ich früher auch gemacht. Wir von der Migros pflegen die ganze Bandbreite von Kontakten: von Kooperationen mit dem WWF, etwa im Bereich nachhaltiges Palmöl oder dem FSC-Label für Holz und Papier, bis zu Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft Unia und dem VCS. Zwar habe ich persönlich eine neue Rolle. Aber inhaltlich verfolge ich das, was ich früher schon machte, kann nun aber vieles davon direkt in einem Grossbetrieb umsetzen: Das Viererteam der Abteilung Ökologie ist zum einen verantwortlich für den betrieblichen Umweltschutz. 2003 kam die Nachhaltigkeitspolitik der Migros dazu, die jetzt umgesetzt werden muss. Und ganz neu bearbeite ich das Thema Global Compact.

Aber beschränkt sich das Engagement der Migros – und anderer Wirtschaftsplayer – nicht vor allem auf «weiche Kooperationen» wie nachhaltige Produktlinien, die auch wieder Umsatz bringen? Wenn es aber klare Mehrausgaben oder Mindereinnahmen für die Migros bedeutet, setzt Ihre Firma gerne statt auf Zusammenarbeit auf Konfrontation.

Ökologische und soziale Labels werden von der Migros stark gefördert, denn genau dort erzielt sie eine grosse Hebelwirkung für die Nachhaltigkeit. In Sachen betrieblicher Umweltschutz und Sozialleistungen ist die Migros auf dem ersten Rang, wie es das Anfang 2006 vom WWF durchgeführte Rating zeigt. Doch unsere wirtschaftlichen Anliegen vertreten wir in letzter Zeit ebenfalls bewusst pointierter, auch aufgrund der ausländischen Discounter, die uns zur Profilierung zwingen.

Wie hat sich die Nachhaltigkeitsdebatte entwickelt – in der Migros, aber auch gesamtgesellschaftlich?

1987 Brundtland-Report, 1992 Rio-Konferenz – damals hoffte ich, dass sich nicht nur der klassische Umweltschutz, sondern eben die umfassende Nachhaltigkeit durchsetzen werde. Sich nicht mehr schützend vor die Natur zu stellen, sondern proaktiv zu handeln, das war die Devise. Wenn man heute Bilanz zieht, sieht man, dass die Nachhaltigkeit weder global noch national den Durchbruch geschafft hat. Aber: Die Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, sind sichtbar. So haben sich beispielsweise Nachhaltigkeitsgegenüber Umweltberichten durchgesetzt. Was bis heute leider fehlt, ist eine Gesamtstrategie, eine übergreifende Klammer, eine Einigung auf die zentralen Ziele.

Braucht es wieder eine Umweltkatastrophe, um eine Einigkeit fürs gemeinsame Ziel zu erreichen – wie 1984 das Waldsterben?

In meiner Biographie sind Waldsterben, Seveso und Tschernobyl zentrale Ereignisse. Rückblickend sehe ich jedoch, dass uns das Waldsterben nicht geholfen hat. Zwar hat es das Umweltschutzgesetz und die verschiedenen Verordnungen vorangebracht und ihnen zu Biss verholten. Aber in der Diskussion verloren wir an Glaubwürdigkeit, weil sich unsere pessimistischen Prognosen

sen – zum Glück – nicht erfüllten. Ich halte es daher für falsch, auf solche kurzfristigen Szenarien zu hoffen, um langfristige Motivation für mehr Nachhaltigkeit zu wecken.

Wie schaffen wir also die von Ihnen geforderte Klammer? Eine der wenigen Schweizer Institutionen, die direkt an Rio anknüpften – der Verein Lokale Agenda 21 – schmiss vor kurzem den Bettel hin.

Das Scheitern des Vereins war auch für mich eine Ernüchterung. Nachhaltigkeit ist ein derart breites Thema, dass man sich verliert, wenn man alle Aspekte gleichzeitig zu bearbeiten versucht. Die Schweiz müsste sich ein oder zwei zentrale Ziele setzen, die man energisch anstreben will. Beispielsweise die 2000 Watt-Gesellschaft, also unseren Energiebedarf bis 2050 auf ein Drittel zu senken, wie dies ja auch ein Ziel des Bundesrats in der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 ist. Nebenbei lösen wir damit wirtschaftliche Impulse aus: Investitionen in Energieeffizienz werden rascher amortisiert, was interessant ist für alle Beteiligten. Ein zweites grosses Thema ist die fortschreitende Zersiedelung der Schweiz. Sie ist eine wesentliche Ursache der stetig steigenden Mobilität und steht damit im Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Ökologie ist nicht mehr so attraktiv, billig ist Trumpf. Stimmt diese Wahrnehmung?

Das regelmässig erhobene «Sorgenbarometer» setzt die Umwelt auf den Rang 15, während sie zu Zeiten des Waldsterbens die Spitzenposition einnahm. Zum andern ist Ökologie eine Selbstverständlichkeit geworden: Die Bevölkerung geht davon aus, dass wir die nötigen Ämter und Gesetze haben, und dass sich die Wirtschaft um diese Anliegen kümmert.

Nachhaltige Entwicklung hat also in Ihren Augen in der Schweizer Wirtschaft einen festen Platz. Auf der anderen Seite reagiert auch die Migros auf die Aldisierung. Ein Spagat?

Nach den Jahren des Preises kommen jetzt die Jahre des Mehrwerts. Die Migros weiss, dass sie mit günstig allein den deutschen Harddiscountern nicht Paroli bieten kann. Unsere Antwort sind Engagement-Produkte mit einem sozialen und ökologischen Mehrwert.

Nicht immer agiert die Migros mit Umweltverbänden so harmonisch wie mit dem WWF. Mit dem VCS liegt die Migros bekanntlich im Dauerkraich.

Die Ansichten der Migros und des VCS über den Einkaufsverkehr sind sehr kontrovers. Alle Migros-Einkaufszentren verfügen über einen ÖV-Anschluss. Zusammen mit den Partnergeschäften bieten sie über 100'000 Artikel unter einem Dach an und ermöglichen so einen One-Stop-Einkauf. Dank mehrgeschossiger Bauweise verbrauchen sie rund fünfmal weniger Bauland pro Quadratmeter Verkaufsfläche als die ebenerdigen Aldi- und Lidl-Projekte. Diese liegen meistens an peripheren Standorten und verfügen über keinen ÖV-Anschluss. Gleichzeitig fördern diese Discounter damit den Einkaufsverkehr mit dem Auto.

Deshalb thematisieren wir dies im Verband «espace.mobilité», ebenso wie die Tatsache, dass der Einkaufsverkehr nur elf Prozent des motorisierten Individualverkehrs beträgt. Für publikumsintensive Einrichtungen sind es dann lediglich noch drei Prozent – mit dem entsprechend kleinen Beitrag zu den Emissionen. Um diese wenigen Prozente wird ein tosender Kampf ausgetragen – ohne damit etwas an den Gesamtemissionen des Verkehrs zu ändern. Selbstverständlich leisten wir

unseren Beitrag zur Entschärfung der Auswirkungen, etwa mit namhaften Investitionen und Betriebsbeiträgen für öV-Verbindungen oder indem wir mit Mobility Car Sharing kooperieren. Schliesslich will «espace.mobilité» das Raumplanungsgesetz gegenüber dem Umweltrecht stärken. Insbesondere unterstützen wir die Empfehlungen des BAFU und des ARE zur Standortplanung für verkehrsintensive Einrichtungen. Die Situation ist heute paradox: Das Raumplanungsgesetz verlangt verdichtetes Bauen, während das Umweltschutzgesetz eine Verteilung der Emissionen vorschreibt, was ein Wachstum in die Fläche provoziert. Das ist auch die Schwäche der Umweltverträglichkeitsprüfung: Man betrachtet nur den isolierten Einzelfall.

Ich räume aber ein, auch die Grossverteiler haben es unterlassen, mit dem VCS einen kontinuierlichen Stakeholder-Dialog aufzubauen. Wir treffen uns nur noch vor Gericht, das muss sich ändern. Ich setze mich persönlich dafür ein, dass nach dem Gesprächsabbruch durch den VCS wieder offizielle Kontakte möglich werden. Denn was tatsächlich boomt, ist nicht der Einkaufsverkehr, sondern der motorisierte Freizeit- und der Pendlerverkehr.

Als Folge des Knatschs kommt das Verbandsbeschwerderecht unter Druck – darüber dürften Sie froh sein.

Tatsächlich blockieren Verbandsbeschwerden Investitionen des Detailhandels von weit über einer Milliarde Franken, die Verzögerungen kosten über 100 Millionen Franken. Das harte Vorgehen einiger Umweltverbände erschwert den Dialog. Doch ich setze mich nach wie vor für dieses Instrument ein, und zwar in der modifizierten Art, wie es der Ständerat vorschlägt. Denn die berechtigten Anliegen der Allgemeinheit, nicht nur in Verkehrsprojekten, sollen verteidigt wer-



den. Ein Beispiel dafür ist Galmiz, wo die Verbandsbeschwerde hätte greifen müssen.

Wagen Sie einen Blick ins Jahr 2016: Wo steht die Nachhaltige Entwicklung dann?

Am plausibelsten erscheint mir, dass ein Bewusstsein über die gegenseitige Abhängigkeit entsteht. Wir brauchen Lösungen, die für alle drei Dimensionen stimmen. Die Einsicht in die Komplexität wird zunehmen, aber die Fähigkeit und der Wille, die Herausforderung anzupacken, sind begrenzt. Es ist

denkbar, dass die Konfrontation auch global zunehmen wird. Zudem besteht die Gefahr, dass unser Land in zwei Hälften zerfällt: in eine sich abschottende Schweiz und eine sich öffnende, die beide etwa gleich gross sind und sich neutralisieren. Solche Pattgesellschaften gibt es heute schon in den USA, in Deutschland oder Frankreich. Das lähmt die Entwicklung politisch und wirtschaftlich.

Die Wirtschaft ihrerseits hat ihre eigenen Möglichkeiten. Der Global Compact, die Einladung des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan, Menschenrechte und Umweltschutzanliegen freiwillig

einzuhalten, hat die Migros diesen Frühling angenommen. Im globalisierten Raum sind solche Vereinbarungen enorm wichtig, weil sie der Dynamik des Welthandels entsprechen.

Mit ihrem Verhaltenskodex verpflichtet die Migros ihre Lieferanten, ihre ethischen Standards einzuhalten. So ist unter anderem Kinderarbeit verboten. Und 2004 wurde der Verhaltenskodex der Migros als Business Social Compliance-Initiative von den grossen europäischen Handelshäusern übernommen.

www.migros.ch/Nachhaltigkeit

Evaluation der Strategie

Nachhaltige Entwicklung 2002

• • • • •

Corine Mauch
mauch@interface-politikstudien.ch
Eric Zellweger
zellweger@evaluanda.ch



Die inhaltlichen Leitlinien und die konzeptionellen Grundzüge der «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» des Bundesrats sind zweckmässig und geniessen eine hohe Akzeptanz. Bei der Konkretisierung der

Leitlinien und der Umsetzung der Strategie besteht allerdings Optimierungspotenzial. Dieses kann im Rahmen der «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2007», die zurzeit erarbeitet wird, umgesetzt werden, .

Anlässlich von «10 Jahre nach Rio» legte der Bundesrat im Jahr 2002 eine erneuerte Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung der Schweiz vor. Die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» will die Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung in möglichst viele Politikbereiche integrieren. Zu diesem Zweck definiert sie sechs Leitlinien und einen Aktionsplan mit zehn Handlungsfeldern und 22 Massnahmen. Mit Blick auf die Überarbeitung der Strategie beauftragte die ARE-Sektion Nachhaltige Entwicklung die Arbeitsgemeinschaft Interface Institut für Politikstudien (Luzern) und evaluanda (Genf) mit der Durchführung einer Evaluation sowie der Erarbeitung von Empfehlungen für die Optimierung der künftigen Strategie. Die Evaluation ging methodisch von der These aus, dass die Akzeptanz einer Politik oder Massnahme durch die verantwortlichen Vollzugsakteure eine wesentliche Bedingung für ihre Umsetzungsqualität und ihren Erfolg darstellt. Vor diesem Hintergrund wurden mit 40 Akteuren im Umfeld der Strategie Interviews und eine Fragebogenerhebung durchgeführt.

Hohe Akzeptanz, geringe Verbindlichkeit

Die Evaluation kommt zum Schluss, dass die Leitlinien der Strategie bei den Umsetzungsakteuren breite Akzeptanz genossen. Die organisatorischen Elemente der Strategiekonzeption mit der interdepartementalen Trägerschaft (Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung, IDANE) unter Federführung des ARE werden mehrheitlich als pragmatisch und zweckdienlich bewertet. Allerdings wird die Konkretisierung der allgemein gehaltenen Leitlinien, die viel Interpretationsspielraum offen lassen, als bruchstückhaft und die Auswahl der 22 Massnahmen als zufällig wahrgenommen. Als wichtigster Schwachpunkt der Konzeption erweist sich – namentlich im Vergleich mit anderen langfristigen Planungsins-

trumenten des Bundes wie etwa der Legislaturplanung – die fehlende Verbindlichkeit der Strategie für die Umsetzungsakteure.

Strategiemanagement erleichtern

Die Steuerungsgremien der Strategie auf Bundesebene, das IDANE-Büro, in dem fünf Bundesämter vertreten sind, sowie die Sektion Nachhaltige Entwicklung im ARE leisten aus Sicht der Befragten im Rahmen ihrer Kompetenzen gute Arbeit. Auch das für den Einbezug von Kantonen, Gemeinden und Städten als Austauschplattform gebildete «Forum Nachhaltige Entwicklung», dessen Nutzen vor allem in Lernprozessen und Projekten liegt, wird begrüsst. Bei der Umsetzung dagegen wurden Schwierigkeiten identifiziert, die vielfach struktureller Natur sind. Oft sind messbare Ziele nicht klar definiert und Zielkonflikte zwischen Strategie- und Amtszielen nicht geklärt. Letztere werden damit sozusagen an die Umsetzungsverantwortlichen delegiert. Auch die Ressourcen für die Umsetzung der Strategie werden vielfach als ungenügend bewertet. Zudem ist die Kompetenzausstattung der mit der Querschnittsaufgabe Nachhaltige Entwicklung betrauten Steuerungsgremien gegenüber den Fachämtern gering, da sie keine Weisungsbefugnis haben.

Positive Wahrnehmung als Potenzial

Die Strategie wird bei den Zielgruppen positiv wahrgenommen. Sie ist diesen aber mehrheitlich nicht im Detail bekannt. Institutionell ist sie in den Dienststellen – zum Beispiel mit internen Leitlinien oder einem Koordinationsorgan – wenig verankert. Umsetzungs Hindernisse zeigen sich häufig bei Entscheidungen, in denen andere Prioritäten zum Beispiel wirtschaftlicher Natur dominieren. In Bezug auf ein umfassendes Controlling der Strategie besteht Optimierungspotenzial.

Die Sicht des ARE

Dem ARE obliegt die Federführung bei der Umsetzung und der Erneuerung der Strategie Nachhaltige Entwicklung. Mit Blick auf die nationalen und internationalen Herausforderungen und aufgrund der bisher erreichten Resultate ist eine Weiterführung der Arbeiten und somit eine Erneuerung der Strategie Nachhaltige Entwicklung notwendig.

Dabei wird es insbesondere darum gehen, auf der guten Basis der Strategie 2002 weitere Verbesserungen anzustreben. Bei der Konzeption der Strategie sollen vermehrt Schlüsselthemen hervorgehoben und priorisiert werden. Der Aktionsplan soll verstärkt auf erfüllbare Zielvorgaben, vordringliche Herausforderungen und die Kompetenzbereiche des Bundesrats ausgerichtet werden. Ein zentrales Anliegen wird die Kohärenz zwischen Zielen und Mitteln sowie die Entwicklung von spezifischen Massnahmen zur Verankerung der Nachhaltigen Entwicklung in der gesamten Bundespolitik sein. Darunter fallen Monitoring, Nachhaltigkeitsbeurteilung und -berichterstattung. Gleichzeitig wird zu prüfen sein, wie die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung und der Dialog zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und den weiteren involvierten Akteuren verstärkt werden kann.

Pietro Cattaneo, pietro.cattaneo@are.admin.ch, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion Nachhaltige Entwicklung

Strategie fördert Legitimation

Die Wirkungen sind aus methodischen Gründen schwierig zu erfassen, weil nachgewiesen werden müsste, dass sie durch die Strategie verursacht wurden. Zudem unterscheiden sich die 22 Massnahmen sowohl inhaltlich als auch strukturell stark voneinander. Sie rei-

chen von der Armutsbekämpfung über internationale Abkommen bis zur Raum- und Verkehrspolitik. Die befragten Akteure sind allgemein eher skeptisch und bezweifeln, dass die Strategie ihre Ziele erreicht. Es zeigt sich, dass das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung in erster Linie im Kontext der 22 Massnahmen der Strategie umgesetzt wurde. Etwa drei Viertel der Massnahmen, zu deren Zielerreichung aufgrund der vorliegenden Informationen Aussagen gemacht werden konnten, erreichen ihre – unterschiedlich anspruchsvollen – Ziele ganz oder zumindest teilweise. Die angestrebte flächendecken-

de Berücksichtigung der Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung in allen Politikbereichen ist hingegen noch nicht realisiert. Bezüglich etwa der Hälfte der Massnahmen äussern die Akteure, die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» übe auf die Zielerreichung nur einen geringen Einfluss aus. Diese hänge von anderen Faktoren ab. Insgesamt ist aber trotz dieser Mitnahmeeffekte eine nicht zu unterschätzende legitimierende und verstärkende Wirkung der Strategie bei vorhandenen Aktivitäten festzustellen.



Corine Mauch, 1960, Agrarökonomin ETH und Master of Public Administration, ist Projektleiterin bei Interface Politikstudien in Luzern. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen bei Evaluationen und Forschungsprojekten in den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit, Ressourcenmanagement, Energie und Verkehr.



Eric Zellweger, 1973, Soziologe lic. phil I und Absolvent NDS in Statistik und Nachhaltige städtische Entwicklung (Universitäten Genf, Neuenburg und Lausanne), ist seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter von evaluanda SA in Genf. Er befasst sich mit Evaluationsforschung in diversen Themenbereichen mit Schwerpunkt Umwelt- und Gesundheitspolitik.

Der ökologische Fussabdruck ist in den industrialisierten Ländern viel zu gross, gemessen an der Leistungsfähigkeit der Ökosysteme.



Die Nachhaltigkeitsperspektive des Kantons Waadt

• • • • •

Viviane Keller
viviane.keller@vd.ch



Die Nachhaltige Entwicklung führt eine Werteskala ein und hinterfragt das Verhältnis zwischen Bedürfnissen und Mitteln. Sie bemüht sich, ein Gleichgewicht zwischen heute und morgen zu erhalten, zwischen dem Menschen und der Natur. Bei diesem

Vorgehen spielt der Staat eine wichtige Rolle: Er muss als Vorbild dienen. In dieser Perspektive engagiert sich der Kanton Waadt bei der Ausarbeitung einer Agenda 21, die dem Programm der Legislaturperiode 2007 – 2012 entspricht.

Der Waadtländer Staatsrat legt Wert darauf, aufzuzeigen, dass die Nachhaltige Entwicklung nicht einfach ein zusätzliches Projekt darstellt, das einem vorübergehenden Bedürfnis entspricht. Im Gegenteil, Nachhaltige Entwicklung muss der Konzeption von Projekten und politischen Entscheiden zugrunde liegen. Die dafür zuständige Einheit Nachhaltige Entwicklung stimmt die Anstrengungen der verschiedenen Dienststellen aufeinander ab und sorgt für Kohärenz und Transparenz. Ausserdem will sie eine Agenda 21 erarbeiten, die eine klare Vision der Nachhaltigen Entwicklung aufzeigt, nach der wir uns richten wollen, und die mit der Legislaturperiode 2007 – 2012 einhergeht.

In diesem Sinn hat die Einheit Nachhaltige Entwicklung mit ihren 2,4 Vollzeitstellen in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt des Kantons Waadt eine Reihe von Indikatoren für die Nachhaltige Entwicklung erarbeitet, die diesen Herbst publiziert wurden. Dieses Projekt, das sich an MONET des Bundes orientiert, wird es ermöglichen, den Kanton in Bezug auf die Nachhaltige Entwicklung zu positionieren und den zurückgelegten Weg aufzuzeigen. Es wird als Referenzrahmen für den Aufbau der Agenda 21 dienen.

Seit langem integrieren verschiedene Dienste sehr praktisch die Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung. Veränderungen werden zum Beispiel mit der Einführung von Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung bei den Ausschreibungen im öffentlichen Beschaffungswesen, bei der FSC-Zertifizierung der Waadtländer Wälder, der Anwendung eines professionellen Mobilitätsplans in Zusammenarbeit mit Mobility Car-sharing oder auch durch die allgemeine Verwendung von Recyclingpapier in der Verwaltung in Gang gesetzt. 2006 wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit spezifischen Informationsblättern und mit Hinweisen, die auf der Internetseite www.vd.ch/durable zur Verfügung stehen, für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung an ihrem Arbeitsplatz sensibilisiert. Den Diens-

ten steht das Evaluationsinstrument «Kompass für die Nachhaltige Entwicklung» zur Verfügung, das von der Einheit Nachhaltige Entwicklung auf Basis des «Berner Kompasses» angepasst wurde. Die einzelnen Departemente benutzen das Angebot immer häufiger. Der Service immobilier, patrimoine et logistique hat als Dienst beispielsweise ein Programm für den Bereich Bauwesen ausgearbeitet. So wird vom Architekturwettbewerb über den Bau eines Gebäudes bis zu seiner Nutzung jede Phase unter dem Blickwinkel der Nachhaltigen Entwicklung bewertet. Besondere Beachtung wurde der Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese verschiedenen Grundsätze und Instrumente geschenkt. Dieses Vorgehen wird heute belohnt mit Labels und Auszeichnungen, die dem Unterhaltszentrum der Kantonsstrassen von Bursins zugesprochen wurden – eine Schweizer Premiere!

Umsetzung der kantonalen Agenda 21

Die Umsetzung der kantonalen Agenda 21 wird von einem starken Ehrgeiz belebt, auf allen Entscheidungs- und Handlungsebenen des Staats zugunsten der Nachhaltigen Entwicklung aktiv zu werden und Probleme systematisch anzugehen. Dieses Vorgehen und die Ausarbeitung von Indikatoren für die Nachhaltige Entwicklung des Kantons Waadt leiten sich direkt ab aus den Engagements der UNO und der Eidgenossenschaft, der Strategie 2002.

Heute braucht das Engagement der Gemeinwesen zugunsten einer Nachhaltigen Entwicklung Verstärkung und mehr Koordination, um eine gemeinsame Vision auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene zu schaffen, wobei das Subsidiaritätsprinzip eingehalten werden soll. Ob es sich nun um Evaluationsinstrumente für die Nachhaltige Entwicklung, um mögliche politische Strategien für deren Anwendung oder um die Qualität der Prozesse handelt, Ziel ist Kohärenz: Einerseits profitiert davon die Effizienz, indem Ressourcen und Kenntnisse zusammengelegt werden. Andererseits können so Unentschlossene überzeugt und die Nachhaltige Entwicklung durch ein besseres Verständnis ihrer Grundsätze gefördert werden, und zwar bei Bevölkerung, Privatwirtschaft und politischen Instanzen.

Aus dieser Perspektive sollte die Strategie 2007 des Bundesrats als Referenzrahmen dienen, sowohl für die Anwendung der Nachhaltigen Entwicklung auf nationaler Ebene als auch auf Stufe der Kantone und der Gemeinden. Die Nachhaltige Entwicklung ist eine kollektive Herausforderung. Ob Bürgerin oder Bürger, privates Unternehmen oder öffentliches Gemeinwesen, es geht darum, über die positiven und negativen Konsequenzen eines Entscheids nachzudenken, indem die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Dimensionen angemessen berücksichtigt werden. Denn noch immer werden sehr oft Lösungen vorgeschlagen oder Entscheidungen getroffen, ohne dass die daraus entstehen-

Nachhaltige Entwicklung im Kanton Aargau: Systematisch und pragmatisch

de Belastung oder die Verlagerung der impliziten Probleme in andere Bereiche berücksichtigt werden. Daraus folgt eine Auflösung der Verantwortung und langfristig ein Mangel an Effizienz. Die Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung sind weder normativ noch gesetzlich vorgeschrieben. Richtlinien und sehr klar formulierte Ziele seitens des Bundes, die auf die Stufen der Kantone und Gemeinden übertragbar sind, könnten dazu beitragen, sowohl die bereits bestehenden als auch die potenziellen zukünftigen Schritte zu stärken. Unter dieser Perspektive könnte die Strategie 2007 des Bundesrates weiterentwickelt werden.

(Übersetzung)



●
Viviane Keller, *1966, dipl. Arch ETH, arbeitete in privaten Büros, bevor sie einen Mastertitel in «Society, Science and Technology» erwarb. Es folgte die Tätigkeit in einem Ingenieur- und Umweltbüro. Anschliessend trat sie in den Service des bâtiments des Kantons Waadt ein. Hier war sie verantwortlich für den Unterhalt eines Achtels des Immobilienparks des Kantons und dabei für die Anwendung der Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung. Im Oktober 2004 wurde sie zur Verantwortlichen für die Einheit Nachhaltige Entwicklung des Kantons Waadt ernannt.

Ihre Aufgaben: Erarbeitung der kantonalen Agenda 21, Koordination und Förderung der Umsetzung der Massnahmen innerhalb der verschiedenen Dienste, Funktion als Kompetenzzentrum Nachhaltige Entwicklung für den Kanton Waadt und die Waadtländer Gemeinden.

Der Kanton Aargau hat neben der Wirkungsorientierung auch die Nachhaltigkeit als Grundprinzip der Verwaltungsführung verankert. Die Umsetzung fördert er mit pragmatischen Instrumenten, zielgerichteter Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Kanton Aargau hat pragmatische Lösungen zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung geschaffen: Der Bericht zur Nachhaltigen Entwicklung des Kantons Aargau vom April 2005 zeigt erstmals den kantonalen Stand auf und wird fortgeschrieben. Mit der Checkliste «Interessenabwägung Nachhaltigkeit» können die Auswirkungen grosser Projekte auf die Nachhaltigkeit beurteilt werden. Gezielte Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit ergänzen die instrumentelle Ebene. Besonders erwähnenswert sind ein dreitägiges Kaderseminar zum Thema Nachhaltigkeit als Kernkompetenz und öffentliche Podiumsdiskussionen zu zukunftsrelevanten Themen.

Diese Anstrengungen führten zu Ergebnissen in der politischen Planung, in Strategieberichten sowie in Regierungsrätlichen Botschaften an das kantonale Parlament. Herausforderungen aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung sind in den Aufgaben- und Finanzplan (Mittelfristplanung) eingeflossen. Weiter sind strategische Berichte – beispielsweise zu Mobilität, Raument-

wicklung oder Energie – auf eine Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet. Zukünftig ist das eher vergangenheitsorientierte «Monitoringsystem Nachhaltigkeit» in Richtung vorwärts gerichtetes Frühwarninstrument weiter zu entwickeln.

Die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundesrats hat mit dem Handlungsfeld «Methoden und Instrumente» die beiden zentralen Elemente Monitoring und Nachhaltigkeitsbeurteilung vorgespurt. Von Bedeutung für alle föderalistischen Ebenen ist auch das «Forum Nachhaltige Entwicklung», das eine unverzichtbare Plattform für Koordination, Erfahrungsaustausch sowie inhaltliche und methodische Weiterentwicklung ist.

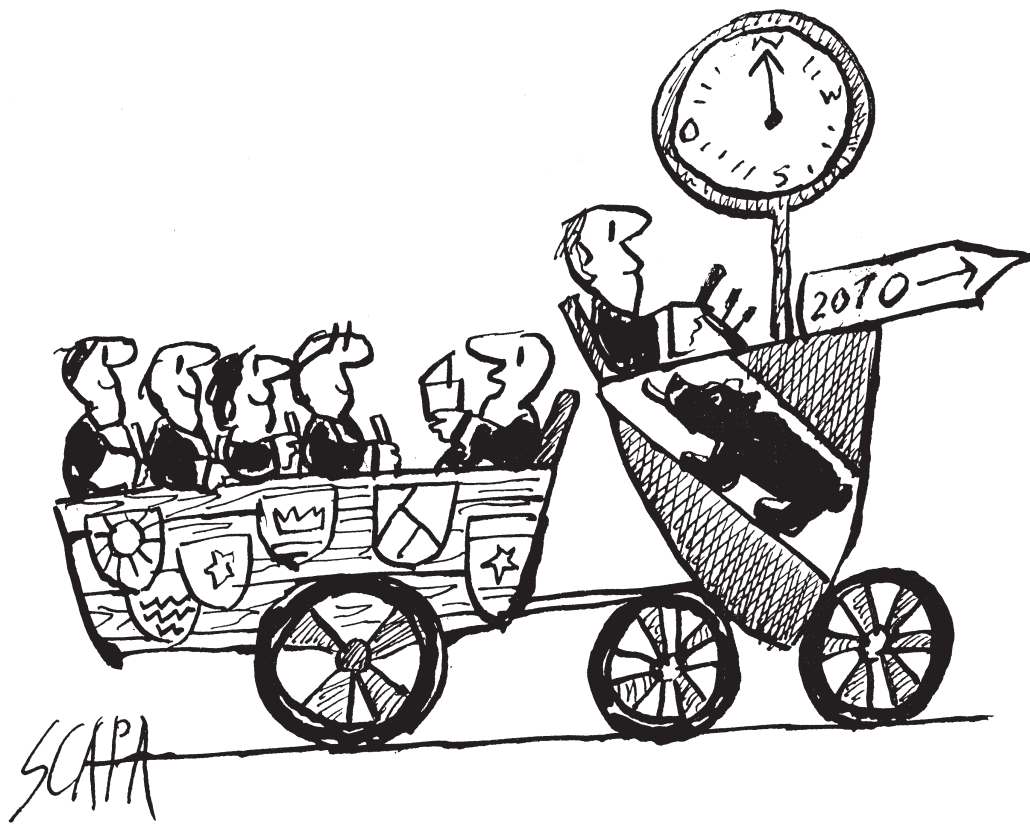
●
Susanna Bohnenblust
susanna.bohnenblust@ag.ch



Was der Kanton Bern für die Nachhaltige Entwicklung tut

• • • • •

Irene Roth
irene.roth@bve.be.ch



Der Kanton Bern verfolgt eine aktive Politik der Nachhaltigen Entwicklung. Als übergeordnete Zielsetzung ist sie auf der strategischen Ebene breit verankert und die Umsetzung wird in vielen Bereichen vorangetrieben. Die Herausforderung besteht darin, von einer bisher eher punktuellen Umsetzung zu einer konsequent an

der Nachhaltigen Entwicklung orientierten Steuerung des gesamten staatlichen Handelns zu gelangen. Der Kanton ist sich seiner Verantwortung für die kohärente Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung auf allen staatlichen Ebenen bewusst und bietet den Gemeinden entsprechende Unterstützung an.

Nachhaltige Entwicklung, ein nationales Verfassungsziel, ist auch in der bernischen Kantonsverfassung verankert: Zwar kommt der Begriff nicht vor, verschiedene Bestimmungen sprechen aber implizit das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung an. Nachhaltige Entwicklung wurde in die kantonale Richtplanung sowie in diverse Sektorpolitiken aufgenommen. Die Regierungsrichtlinien 2007 – 2010 bezeichnen die «Stärkung der Nachhaltigen Entwicklung» als Grundmaxime, an der sich alle Bereiche zu orientieren haben.

Die Umsetzung innerhalb der kantonalen Verwaltung erfolgte in der Anfangsphase nicht einheitlich, da ein gemeinsames Verständnis des Begriffs «Nachhaltige Entwicklung» und ein breit abgestütztes Vorgehenskonzept fehlten. Im April 2005 setzte die Kantonsregierung einen interdirektionalen Projektausschuss ein und beauftragte diesen, Vorschläge zu erarbeiten, um die Lücken zu schliessen. Aufgrund erster Ergebnisse hat der Regierungsrat im März 2006 beschlossen, sich im Kanton Bern auf das auf Bundesebene verankerte und in der Bundesratsstrategie konkretisierte Verständnis Nachhaltiger Entwicklung festzulegen. Weitere Projektarbeiten sind im Gang, unter anderem zur Einführung der Nachhaltigkeitsbeurteilung für kantonale Geschäfte von strategischer Bedeutung. Parallel zum Prozess der Verankerung des Konzepts auf gesamtsstaatlicher Ebene begann die Koordinationsstelle für Umweltschutz, das heutige Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE), Hilfsmittel und Instrumente zu entwickeln und sie anzuwenden. So entstanden beispielsweise der Berner Nachhaltigkeitskompass zur Beurteilung von Vorhaben. Seit zwei Jahren bietet das AUE zudem Kurse für Mitarbeitende der Verwaltung an, in denen nebst Grundlagenwissen auch die Anwendung solcher Instrumente vermittelt wird. Ein wichtiger Tätigkeitsbereich ist schliesslich die Unterstützung von Gemeinden zur Integration der Nachhaltigen Entwicklung in die

kommunale Politik: Seit 1999 wird jährlich eine Tagung für Gemeindebehörden durchgeführt, die dem Informations- und Erfahrungsaustausch dient. In seiner Funktion als Bindeglied zwischen dem Bund und den Gemeinden spielt der Kanton eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der kohärenten Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung auf allen staatlichen Ebenen.

Bilanz und Ausblick in die Zukunft

Zweifellos hat eine Sensibilisierung für die Thematik stattgefunden und innerhalb der kantonalen Verwaltung wird die Umsetzung in verschiedenen Bereichen vorangetrieben. Die Zahl der Gemeinden, die sich darum bemühen, die Vision der Nachhaltigen Entwicklung in die Gemeindepolitik zu integrieren, steigt stetig. Über den Fortschritt und den Stand der Nachhaltigen Entwicklung im Kanton sind die Informationen noch spärlich; Anhaltspunkte gibt das Kernindikatoren-Benchmarking von acht Kantonen, in dem der Kanton Bern im Mittelfeld liegt.

In Zukunft wird es darum gehen, die verschiedenen Umsetzungselemente weiter zu entwickeln und sie im Hinblick auf eine konsistente, an der Nachhaltigen Entwicklung orientierte Steuerung des staatlichen Handelns zu komplettieren.

Auf kantonomer Ebene besteht ein Konsens, dass die Steuerung in Richtung der Nachhaltigen Entwicklung primär über die mittel- und langfristigen strategischen Konzepte und Sachplanungen erfolgen soll. Die Kantonsregierung lässt zurzeit durch den interdirektionalen Projektausschuss abklären, bei welchen Geschäften und mit welcher Methodik eine Nachhaltigkeitsbeurteilung durchgeführt werden soll. Ebenso wird geprüft, wie in Zukunft regelmässige Lageanalysen (Monitoring) aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung vorgenommen werden sollen. Diese würden Aufschluss darüber geben, ob die Ausrichtung des staatlichen Handelns auf die Nachhaltige Entwick-

lung die erwünschte Wirkung zeigt. Sie wären eine wertvolle Grundlage für die langfristige politische Planung.

Strategie des Bundesrats: den eingeschlagenen Weg verfolgen, Konzepte weiter konkretisieren

Mit der Strategie 2002 hat der Bund einen entscheidenden Beitrag zur Operationalisierung der Nachhaltigen Entwicklung geleistet, indem diese inhaltlich konkretisiert wurde. Auf dieser Grundlage baut der Kanton Bern heute weitgehend auf.

Von der Strategie 2007 erwartet der Kanton Bern deshalb, dass keine grundsätzlichen Richtungswechsel erfolgen. Das inhaltliche Verständnis muss weiter verfeinert und Fragen der Umsetzung müssen geklärt werden. Dies gilt insbesondere für das Konzept der «Schwachen Nachhaltigkeit plus», zu

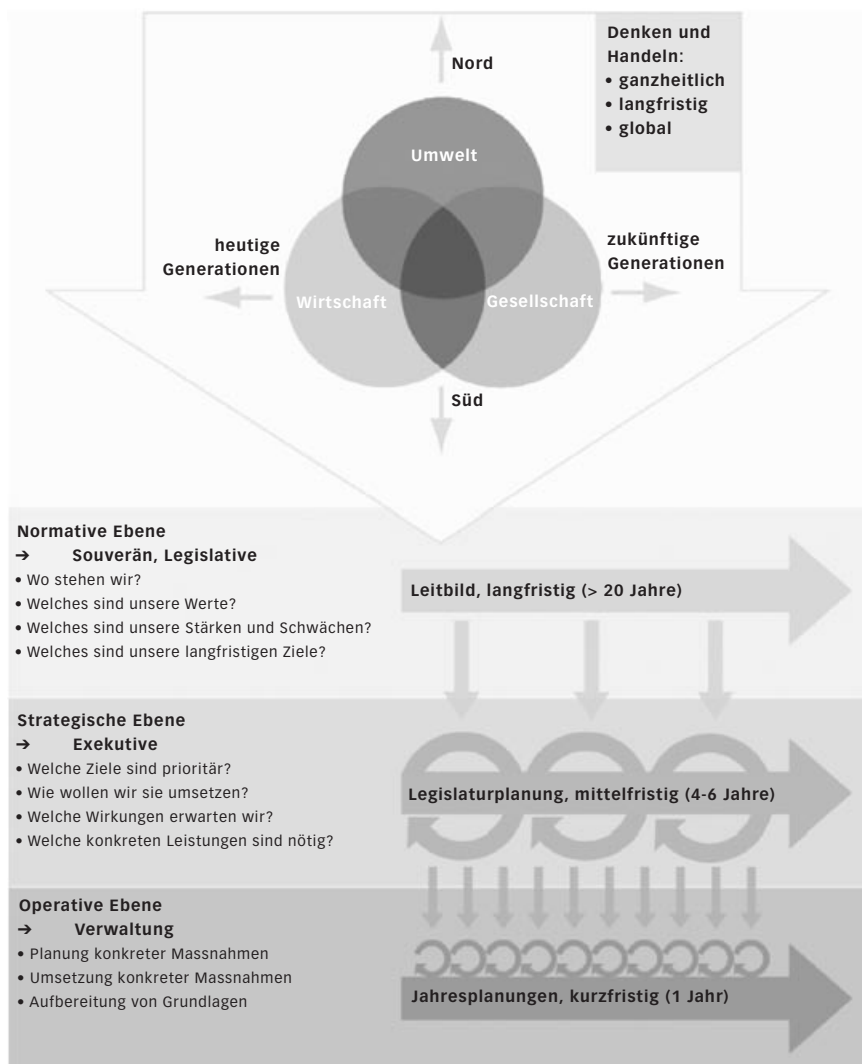


dem noch viele offene Fragen bestehen: Wie ist die Abwägung gegensätzlicher Interessen in der Praxis vorzunehmen beziehungsweise wie geht man mit Zielkonflikten um? Wie können Entscheidungen im Zeitverlauf aufeinander abgestimmt werden? Ferner müsste ein Schritt in Richtung Konkretisierung der unverhandelbaren Rahmenbedingungen gemacht werden, insbesondere in den Dimensionen Wirtschaft und Gesellschaft.

Schliesslich erwartet der Kanton Bern, dass auch auf Bundesebene der Integration der Nachhaltigen Entwicklung in den staatlichen Steuerungsprozess mehr Gewicht beigemessen wird. Unseres Erachtens müsste die Strategie 2007 aufzeigen, wie Nachhaltige Entwicklung als Zielvorgabe in die politische Planung einfließen soll.



Irene Roth (1969), Biologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE) des Kantons Bern. Sie ist an der Erarbeitung von Grundlagen und Instrumentarien zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung beteiligt.



Nachhaltige Entwicklung als übergeordnetes Leitprinzip muss in kohärenter Weise auf allen Ebenen der kantonalen wie kommunalen Steuerung eingeführt werden (Grafik: zVg).

Die Bundesverwaltung leistet einen Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung

• • • • •

Reinhard Friedli, BBL
reinhard.friedli@bbl.admin.ch



Neubaukomplex des Bundesamtes für Statistik in Neuchâtel, gebaut nach den Kriterien für nachhaltiges Bauen. Foto ©Ennio Bettinelli.

Die Bundesverwaltung benötigt Raum, Fahrzeuge und Ressourcen, um ihre Aufgaben effizient erfüllen zu können. Mitarbeitende, Gebäude und Beschaffung von Geräten so-

wie Material haben einen grossen Einfluss auf den Ressourcenverbrauch und die Nachhaltige Entwicklung.

Die Strategie 2002 verlangte ein Controllingsystem für nachhaltiges Bauen und für die Umsetzung des Programms «Ressourcen- und Umweltmanagementsystem der Bundesverwaltung» (RUMBA).

Zunächst wurden von Bundesämtern, Architekten und Ingenieuren die «Zielvereinbarungen Nachhaltiges Bauen» erarbeitet und nach einer breiten Vernehmlassung im Januar 2005 publiziert (SIA 112/1, Empfehlung Nachhaltiges Bauen). Darin sind Empfehlungen der öffentlichen Bauherren des Bundes, der Kantone und Städte (KBOB) sowie Instrumente des Vereins eco-bau integriert. In einem zweiten Schritt hat die KBOB in Zusammenarbeit mit ande-

ren öffentlichen und privaten professionellen Bauherren Einführungskurse durchgeführt, um die Anwendung der Zielvereinbarungen aktiv zu fördern. RUMBA liefert relevante Kennzahlen für das nachhaltige Bauen und Bewirtschaften wie den Flächen- und Ressourcenverbrauch und die Ökobilanz pro Vollzeitstelle. So wird im alle zwei Jahre erscheinenden Umweltbericht sichtbar, wie haushälterisch die Verwaltung mit Flächen und Ressourcen umgeht. Diese Transparenz wird ab 2007 an Bedeutung gewinnen, denn mit dem neuen Rechnungsmodell des Bundes werden die beanspruchten Flächen und Ressourcen den Ämtern verrechnet.



Der Büroturm des Bundesamts für Statistik in Neuenburg erfüllt die Kriterien für nachhaltiges Bauen. Architektur: Bauart Architekten. Bauherrschaft: Bundesamt für Bauten und Logistik. Foto: ©Ruedi Walti

Ökobilanzdaten im Baubereich

Ökobilanzdaten unterstützen die Planenden bei der Berücksichtigung der Umwelt im Bauprozess. Ökobilanzdaten basieren auf branchenbezogenen Stoff- und Energieflüssen, die bezüglich ihrer Umweltrelevanz bewertet werden. Die schweizerische Methode der ökologischen Knappheit wurde 2006 unter Beteiligung von Forschung, Industrie und Bundesämtern aktualisiert und arbeitet mit sogenannten Umweltbelastungspunkten (UBP)

www.kbob.ch

Die Wirksamkeit des Programms RUMBA wurde im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats untersucht. Diese zog eine positive Zwischenbilanz und empfahl dem Bundesrat im November 2005, RUMBA weiterzuführen und die Nachhaltigkeit des Programms zu gewährleisten. Im Mai 2006 bekräftigt der Bundesrat seinen Willen, das Programm fortzuführen. Das Controlling konnte somit auf höchster Ebene etabliert werden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der jährlich 50 Milliarden Franken Bauinvestitionen in der Schweiz ist im Strategiebericht 2002 des Bundesrats nicht genügend abgedeckt. Bauen und Bewirtschaften stehen in einer engen Wechselwirkung mit der Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Dementsprechend werden Schwerpunkte und Massnahmen definiert, die in die neue Strategie integriert werden sollten.



Reinhard Friedli, 1950, ist Architekt und Umweltbeauftragter im Bundesamt für Bauten und Logistik. Er leitet die Fachgruppe RUMBA der Bundesverwaltung und die Fachgruppe nachhaltiges Bauen der KBOB.

Die Umsetzung der Integrierten Produktpolitik IPP

• • • • •

Mathias Tellenbach, BAFU
mathias.tellenbach@bafu.admin.ch



Am Ende eines Produktlebenszyklus steht das spezifische Recycling, um die verwendeten Rohstoffe zurückzugewinnen.

Herstellung, Vertrieb und Gebrauch von Gütern sowie die Nutzung von Dienstleistungen befriedigen Bedürfnisse. Güter und Dienstleistungen beanspruchen aber auch Ressourcen wie Energie, Wasser, Boden, Luft oder Rohstoffe und zeitigen soziale Auswirkungen. Hier setzt die Integrierte Produktpolitik IPP an. Im Zentrum der IPP

steht das «Lebenswegdenken»: Mit entsprechenden Rahmenbedingungen soll die Nachfrage seitens der öffentlichen Hand und der Privaten – und damit das Interesse der Anbieter – auf Produkte verlagert werden, die über ihren gesamten Lebenszyklus hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen.

In der ersten Phase von 2002 bis 2006 standen bei der Umsetzung der IPP Aktivitäten der Verwaltung im Vordergrund. Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung, kosten- und umweltorientiertes Controlling bei Bau und Betrieb von Gebäuden des Bundes, Aufbau einer Ökobilanz-Datenbank (www.ecoinvent.ch), Förderung der breiteren Anwendbarkeit von Ökobilanzen, Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion von Nahrungsmitteln und Verknüpfung von ökologischen mit ökonomischen Daten von Landwirtschaftsbetrieben sind die wichtigsten, zum Teil noch laufenden Vorhaben. Die Federführung liegt beim jeweils zuständigen Fachamt des Bundes. In einem informellen Netzwerk tauschen die Bundesstellen ihre Erfahrungen aus und koordinieren die Arbeit, damit Doppelspurigkeiten vermieden und Synergien genutzt werden.

Ab 2007: Einbezug von Wirtschaft und Konsumenten

Für die nächste Phase 2007 bis 2012 der IPP-Umsetzung ist vorgesehen, Wirtschaft und Konsumenten stärker einzubeziehen. Mittels Partnerschaften und Branchenkonzepten können Produkte und Dienstleistungen gegebenenfalls über die gesetzlichen Anforderungen hinaus verbessert, das heisst umwelt- und sozialverträglicher werden. Die Nutzung privatwirtschaftlicher Instrumente wie Normen oder Produktkennzeichnungen zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen soll vorangetrieben werden.

Mit entsprechenden Labels werden den Konsumentinnen und Konsumenten Entscheidungshilfen für bewusstes Einkaufen zur Verfügung gestellt. Auch hier ist die Zusammenarbeit mit Industrie, Handel, Umwelt- und Konsumentenorganisationen wichtig. Und schliesslich sollen – unter dem Stichwort nachhaltige Materialbewirtschaftung – durch Verbesserung der Materi-

al- und Energieeffizienz Rohstoffe und andere Ressourcen geschont werden. Dazu sollen gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft Strategien erarbeitet werden, um Ressourcenverbrauch und Umweltauswirkungen zu verringern, und zwar bei gleichwertiger oder erhöhter Produktqualität.



Mathias Tellenbach (*1947) leitet beim Bundesamt für Umwelt BAFU die Sektion Konsumgüter und Ökobilanzen. Er ist promovierter Chemiker und seit 1986 für den Bund im Bereich Abfall-

wirtschaft und Recycling tätig.

IPP: Die öffentliche Beschaffung im Dienst der Nachhaltigen Entwicklung

Die vierte von der «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002» vorgesehene Massnahme mit dem Titel «Einführung einer Integrierten Produktpolitik» bringt das Ziel des Bundesrats zum Ausdruck, die öffentliche und private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auf Produkte auszurichten, die über ihren gesamten Lebensweg den Anforderungen der Nachhaltigen Entwicklung genügen.

Aus diesem Grund sind in etlichen Kantonen zahlreiche Massnahmen in Angriff genommen worden, um die privaten Konsumenten für die Geschichte des Produkts und dessen soziale und umweltbezogene Qualität zu sensibilisieren. Gleichzeitig haben einige Kantons- und Gemeindeverwaltungen damit begonnen, bei der Wahl ihrer Beschaffungen ökologischen und sozialen Kriterien ein gewisses Gewicht zu verleihen.

In der Schweiz fallen 17 Prozent der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auf das öffentliche Beschaffungswesen. Dies zeigt, wie einflussreich die Rolle der öffentlichen Hand sein kann, wenn sie bei ihrer Beschaffung die Nachhaltigkeit als Kriterium anwendet. Solche Entscheide sollten der Bevölkerung als gutes Beispiel dienen. Zudem können sie den Markt beeinflussen, zumal sie langfristig die wirtschaftliche Effizienz fördern. Gewichtet man heute hingegen einzig den Faktor Preis, wird das morgen zu unhaltbaren wirt-

schaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten führen. Der Tessiner Verein Associazione ABITAT, der die öffentliche Beschaffung für ein wichtiges Instrument hält, um Produktionssysteme zu fördern, die hohe soziale und ökologische Anforderungen einhalten, hat im vergangenen Frühling ein Projekt mit dem Namen «Nachhaltige öffentliche Beschaffungen» gestartet. Nach einer Vortragsreihe sind nun die Herausgabe eines Handbuchs und die Realisierung einer Datenbank von produktspezifischen Kriterien vorgesehen.

Erhofft wird, dass die Strategie 2007 dieses Handlungsfeld noch vertieft, indem Synergien zwischen diesem und anderen Nachhaltigkeitsinstrumenten gefördert werden. Die technische Zusammenarbeit und der Know-how-Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen der Bundesverwaltung, den Kantonen und den Gemeinden sollen verstärkt werden. www.abitat-lugano.ch



Rosario Mastro Simone, 1974, Jurist, ist Mitglied des Vorstands der Associazione ABITAT und Koordinator des Projekts PAS – «Acquisti pubblici sostenibili». Der Verein

ABITAT wurde 2004 auf Initiative einiger junger Leute aus der Agglomeration Lugano gegründet. Er will die Diskussion um die Nachhaltige Entwicklung und punktuelle Projekte fördern.

Nationale Nachhaltigkeitsstrategien: Internationaler Kontext und Vergleich

• • • • •

Doris Angst
doris.angst@are.admin.ch



Wo Nachhaltige Entwicklung betrieben wird, muss der internationale Kontext beachtet werden. Denn jedes Land kann aus den Erfahrungen anderer Länder lernen. Das ARE verfolgt deshalb mit Interesse,

was sich auf internationaler Ebene und vor allem in Europa in diesem Bereich bewegt. Der Blick auf die Situation in anderen Ländern hilft, unsere Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln.

Verschiedene internationale Beschlüsse und Empfehlungen fordern die Staaten auf, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie (NNHS) zu entwickeln und umzusetzen. Das wichtigste Übereinkommen dazu ist die 1992 von 178 Ländern in Rio de Janeiro verabschiedete Agenda 21. 1996 empfahl auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dass bis 2005 alle Länder eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie besitzen und mit deren Umsetzung beginnen sollten¹. Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung von 2002 in Johannesburg forderte ebenfalls deren Umsetzung bis 2005.

Nationale Nachhaltigkeitsstrategien sind seither ein verbreitetes Instrument zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung geworden. Die meisten Staaten Europas sowie die Hälfte der Länder Lateinamerikas und ein grosser Teil der Inselstaaten Asiens besitzen heute eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie oder sind daran, eine zu erarbeiten. Die Industriestaaten – mit Ausnahme der USA – befinden sich in der Phase der Umsetzung. Hingegen besitzen oder erarbeiten nur wenige Länder Afrikas und Festlandasiens eine Nachhaltigkeitsstrategie. Der hohe Umsetzungsgrad in den EU-Staaten und den beitragswilligen Ländern hängt unter anderem damit zusammen, dass die EU schon in ihrer ersten Strategie von 2001 die Mitgliedsstaaten aufforderte, eine eigene Strategie zu entwickeln.

Weil die Strategien noch relativ jung sind – die ersten entstanden um 1997 – und erst wenige Staaten eine entsprechende Evaluation durchgeführt haben, können zu ihrer Wirkung noch keine verbindlichen Aussagen gemacht werden. Da die Wirkung aber von der Qualität der Mechanismen, der Prozesse und der Inhalte sowie der Umsetzungs- und Evaluationsmechanismen abhängt, analysiert der vorliegende Artikel diese Aspekte. Diese gehen aus den OECD- bzw. UNO-Grundsätzen hervor und werden auch in der Forschung verwendet. Die Tabelle (S. 31) stellt sie in einer vergleichenden Zusammenfassung dar.

Anstrengungen intensivieren

Die Grundvoraussetzungen zur Erarbeitung und Umsetzung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien sind in jedem Land verschieden. UNO, OECD und EU stimulieren die Länder aber, gewisse Prioritäten zu setzen. Die Schweiz folgt im Grossen und Ganzen den internationalen Tendenzen.

Aus der Tabelle geht Folgendes hervor: In den Bereichen Evaluation, Monitoring und Zusammenarbeit zwischen den Ämtern, also in der horizontalen Integration, folgt die Schweiz dem internationalen Trend. Wie in anderen Ländern muss die ämterübergreifende Zusammenarbeit zwar noch verbessert werden. Mit dem Indikatorensystem MONET und der Nachhaltigkeitsbeurteilung² nimmt die Schweiz aber eine Position in den vorderen Rängen ein.

Auch der Inhalt sowie die Verankerung der Strategie ausserhalb der Umweltbehörde entsprechen einer gewissen internationalen Tendenz und vor allem wissenschaftlichen Empfehlungen. Bei den Massnahmen bestehen allerdings noch Lücken, und die Prioritäten sollten noch besser gesetzt werden. In Sachen Partizipation sind die verschiedenen Interessengruppen traditionell in Konsultationsprozesse mit einbezogen, sobald es um einzelne Massnahmen und Projekte geht. Auf Stufe der Gesamtstrategie, also der Erarbeitung und Umsetzung, sollten sie jedoch stärker integriert werden.

Eine breite Beteiligung der Interessenvertreter und ein politisches Engagement möglichst auf Regierungsebene werden auch von der OECD und der UNO befürwortet. Diese erachten den engen Einbezug des Finanzdepartements ebenfalls als wünschenswert und empfehlen, genügend finanzielle Mittel zur Durchführung der Strategie und deren Massnahmen zur Verfügung zu stellen. Bei den meisten Ländern, so auch der Schweiz, ist dies heute noch nicht genügend der Fall.

Lokale Agenda 21 stärken

Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, das kein Begleitorgan – wie zum Beispiel einen Nachhaltigkeitsrat – mit Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besitzt. Die Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass gerade solche Organe eine wichtige Rolle bei der Umsetzung und der Popularisierung des Themas Nachhaltige Entwicklung spielen. Auch die OECD und die UNO empfehlen die Bildung eines solchen Rats.

Die von den beiden Organisationen sowie von der Forschung propagierte Verbindung zur regionalen und lokalen Ebene, die so genannte vertikale Integration, ist in den meisten Ländern noch mangelhaft. In vielen europäischen Ländern sind Bestrebungen im Gang, dies zu verbessern, wobei auch die EU dazu auffordert. Mit dem «Forum Nachhaltige Entwicklung» besitzt die Schweiz ein gutes Instrument für den Informationsaustausch zwischen den Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden. Die Zusammenarbeit sollte aber noch verstärkt werden. Mit der Verankerung der Förderung der Lokalen Agenden 21 in der Strategie, wie dies schon in den meisten europäischen Ländern der Fall ist, könnte ein weiterer Beitrag dazu geleistet werden. ●

¹ OECD, DAC (1996). Shaping the 21st Century: the Contribution of Development cooperation

² Verfahren, das die Vorhaben des Bundes vor ihrer Realisierung auf ihre sozialen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen beurteilt und damit versucht, politische Planungen und Entscheide nachhaltigkeitsgerecht zu gestalten.



Doris Angst, lic. ès lettres, hat in Lausanne Geographie studiert. Seit 2003 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Sektion Nachhaltige Entwicklung im ARE.

Zu ihrem Arbeitsschwerpunkt gehören die internationalen Prozesse im Bereich Nachhaltige Entwicklung.

Aspekte	Empfehlungen OECD/UNO	Internationale Tendenzen	Schweizerische Strategie Nachhaltige Entwicklung
Inhalt	• Strategie soll auf den drei Nachhaltigkeitsdimensionen basieren • soll umfassend und integrierend sein • soll Kurz- und Langzeitperspektiven beachten	• umfassend, basierend auf den drei Nachhaltigkeitsdimensionen, manchmal ergänzt durch die Dimension «Kultur» • Prioritäten: Klimawandel/Energie, Verkehr/Mobilität, Produktion/Konsum, Schutz natürlicher Ressourcen, Gesundheit, internationale Verantwortung • vermehrte Einführung von Ökosteuern	• umfassend, auf den drei Nachhaltigkeitsdimensionen beruhend, sektorenübergreifend • Handlungsfelder und Massnahmen der Strategie behandeln Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Umwelt und Gesellschaft • keine klare Prioritätensetzung
Rechtliche Basis	-	• Es gibt nur in wenigen Ländern einen gesetzlich verankerten Auftrag für eine Nachhaltigkeitsstrategie	• Strategie wurde vom Bundesrat verabschiedet, stützt sich auf die Bundesverfassung (Art. 2 und 73)
Abstützung in der Regierung	• starkes politisches Engagement auf hoher Ebene • geeignete institutionelle Strukturen • partei- und regierungsunabhängig	• Strategie vermehrt ausserhalb umweltrelevanter Institutionen oder ämterübergreifend anbinden (unterstehen zum Teil direkt dem Regierungs- oder dem Staatschef oder einem Nachhaltigkeitsministerium) • Führung oft beim Umweltministerium • teilweise bereichsübergreifende Komitees, bestehend aus Staatssekretären (UK, D) oder Parlamentsausschüssen (D, UK)	• Regierung und Parlament sind wenig involviert (vor allem auf Verwaltungsebene angesiedelt)
Umsetzung (Verantwortung, Zuständigkeit, Ressourcen)	• Verantwortung für die Umsetzung klar festlegen • nötige finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen • horizontale Integration fördern	• Massnahmen werden durch die zuständigen Gremien realisiert • Einrichtung und Aufwertung von Koordinationsgremien für die horizontale Abstimmung • selten separate Ressourcen	• Erarbeitung und Umsetzung durch Interdepartementalen Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (IDANE) unter Leitung des ARE • Realisierung der Massnahmen durch die zuständigen Ämter • horizontale Integration durch den IDANE als Koordinationsgremium • schwache Verbindlichkeit und geringe Ressourcen
Vertikale Integration	• Strategie soll die nationale und lokale Ebene verbinden • Die vertikale Integration soll gefördert werden	• Ist oft noch mangelhaft	• durch das Forum Nachhaltige Entwicklung gewährleistet (Bund, Kantone, Städte), fördert Informationsaustausch und unterstützt gemeinsame Umsetzungsprojekte • Lokale Agenda 21-Prozesse werden durch die Strategie nicht gefördert
Partizipation bei Erarbeitung und Umsetzung	• breite Beteiligung der verschiedenen Akteure	• breite Beteiligung aller Interessenvertreter • Die meisten Länder besitzen einen Rat für Nachhaltige Entwicklung • Die Wissenschaft wird miteinbezogen	• Die Strategie 2002 wurde vor allem bündesintern erarbeitet; es wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. • Beteiligung der Interessenvertreter auf Massnahmenstufe
Evaluation, Monitoring	• Indikatorensystem für kontinuierliches Monitoring, Lernen und Verbessern wird empfohlen	• Die meisten Länder verfügen über ein Indikatorensystem • regelmässige Berichterstattung, zum Teil ans Parlament • Nachhaltigkeitsbeurteilung oder Politikfolgeabschätzung verbreiten sich • Budgetbewertung nach Nachhaltigkeitskriterien erst in wenigen Ländern, Tendenz zunehmend	• Indikatorensystem MONET • jährlicher Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie • periodische Evaluation • Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten und politischen Vorhaben zunehmend in Anwendung • keine Budgetbewertung nach Nachhaltigkeitskriterien

Tabelle Nachhaltigkeitsstrategien: Gegenüberstellung von OECD/UNO-Empfehlungen, internationalen Tendenzen und Stand der Schweiz

Editorial

Daniel Wachter
chef de la section Développement durable, ARE
daniel.wachter@are.admin.ch



Stratégie pour le développement durable – bilan et renouvellement



En adoptant sa Stratégie 2002 pour le développement durable, peu avant le Sommet mondial sur le développement durable de Johannesburg, le Conseil fédéral a défini un programme d'action qui met la Suisse sur la voie d'un développement tourné vers l'avenir. Parallèlement, il a déterminé l'organisation et les institutions responsables de ce processus. Il a défini les structures de collaboration interne dans l'administration fédérale. L'ARE préside le Comité interdépartemental pour le développement durable (CIDD), qui assure le rôle principal de coordination. Par ailleurs, le Conseil fédéral a décidé de renouveler sa Stratégie au rythme des programmes de législature. Il veut aussi renforcer le suivi, le contrôle d'efficacité et l'évaluation des actions dans les différents domaines concernés. En améliorant le pilotage des travaux de mise en œuvre de sa Stratégie et en ancrant mieux cette dernière sur le plan institutionnel, le Conseil fédéral contribue à lui donner du corps.

L'ARE s'est attelé avec détermination à la réalisation des tâches qui lui ont été confiées en tant que plate-forme de coordination de la politique de développement durable de la Confédération. Il a conçu les différents systèmes d'évaluation suivants:

- monitoring du DD pour établir un bilan global (en collaboration avec l'OFS et l'OFEV),

- suivi de l'application de la Stratégie dans l'administration fédérale (rapports annuels des offices),
- expertise externe sur les effets de la Stratégie par rapport aux objectifs initiaux (2006),
- méthodologie d'évaluation de la durabilité pour les initiatives de nature politique (en vue d'optimiser les projets de la Confédération),
- suivi des processus de mise en œuvre des cantons et des communes (critères de qualité pour évaluer la durabilité des actions telles que les Agendas 21 locaux),
- monitoring international pour comparer la politique de développement durable de la Suisse à celle des autres pays du monde.

Le prochain renouvellement de la Stratégie du Conseil fédéral pour le développement durable est prévu pour 2007. La révision doit s'appuyer sur l'évaluation des expériences positives et négatives et tenir compte des nouveaux défis. L'ARE est, à l'heure actuelle, occupé à faire une synthèse de ces diverses études sur la base de ses travaux d'évaluation et de suivi.

Cette édition de notre revue présente un premier bilan.

(traduction)



Sommes-nous sur la voie du développement durable? La réponse de MONET

• • • • •

Hannah Scheuthle
hannah.scheuthle@bfs.admin.ch



Les indicateurs-clés mesurant les progrès du développement durable donnent une image complexe des orientations en Suisse. Si le niveau de vie augmente, la prospérité reste très inégalement répartie. De plus,

nous vivons en entamant le capital des générations futures – en particulier le capital environnement. Cette insouciance dépendière est quelque peu compensée par l'amélioration de l'efficacité.

Les indicateurs-clés sont tirés du système d'indicateurs MONET dédié à la mesure du développement durable en Suisse et comptant plus de 120 indicateurs. La situation actuelle est décrite par des données récoltées dans les quatre problématiques suivantes: satisfaction des besoins, solidarité, préservation du capital et découplage¹.

Satisfaction des besoins – quel est notre niveau de vie aujourd'hui?

Notre niveau de vie ne progresse pas: le revenu mensuel moyen des ménages qui donne des indications sur le principal moyen de satisfaire les besoins existentiels des personnes n'a bénéficié que d'une légère hausse de 8506 francs. L'aide publique, par exemple, les rentes, les aides sociales ou les indemnités de chômage, augmente davantage que les revenus d'une activité lucrative.

Notre santé physique et notre bien-être psychique s'améliorent également. L'espérance de vie dans un bon état de santé a considérablement augmenté ces dernières années: pour une femme née aujourd'hui, elle est de 69 ans et pour un homme, de 68 ans. Sur le plan de l'équilibre psychique, de plus en plus de personnes s'estiment saines, tandis que près de la moitié de la population se perçoit dans un état mauvais à moyen.

Solidarité – comment les ressources sont-elles réparties?

L'équité dans la répartition des ressources ne progresse pas et la pauvreté ne diminue pas. La répartition des revenus des ménages en Suisse n'enregistre pratiquement aucun changement. Les 20% des ménages les plus riches gagnent près de cinq fois plus que les 20% des ménages les moins bien lotis. La part des personnes pauvres n'évolue pas: un adulte actif sur huit vit au-dessous du seuil de pau-

vreté. Les salaires des femmes ne se rapprochent que lentement de ceux des hommes. Les disparités salariales entre femmes et hommes ont tendance à diminuer, mais les femmes gagnent, à formation et fonction équivalentes, en moyenne encore un cinquième de moins que les hommes. La solidarité avec les pays pauvres reste en retrait par rapport aux efforts souhaités en vue d'un développement durable. Depuis de nombreuses années, le pourcentage de l'aide au développement stagne à environ 0,4% du revenu national brut. Ce taux se situe bien au-dessous de la valeur préconisée par l'ONU.

Préservation du capital – que laissons-nous à nos enfants?

Notre capital social n'augmente pour ainsi dire pas: malgré l'allongement de la durée moyenne de l'école obligatoire, les compétences en lecture des jeunes ne progressent pas. Si 80% des jeunes parviennent toujours à lire et comprendre des textes simples à complexes, 5% n'arrivent pas à déchiffrer un texte simple. L'augmentation du potentiel économique est freinée par un endettement en hausse. L'accroissement du nombre de personnes formées et travaillant dans les domaines scientifiques et technologiques et l'augmentation des demandes de brevets indiquent une économie vivante et dynamique. Cette impression positive est toutefois ternie par le gonflement de la dette publique et la stagnation des investissements.

Notre consommation de ressources non renouvelables ne diminue pas. Bien que la part d'énergies renouvelables augmente, la part d'énergies fossiles non renouvelables reste de loin la plus importante dans notre consommation finale. Les émissions de gaz à effet de serre, qui émanent en grande partie de l'utilisation d'énergies fossiles, ne diminuent par conséquent pas et sont encore très éloignées des

objectifs du protocole de Kyoto. Par ailleurs, on observe une tendance défavorable concernant la consommation de sol à des fins d'urbanisation: la surface bâtie par personne et, par conséquent, la perte de bonnes terres cultivables continuent de s'accroître. Cela entraîne la disparition d'une ressource naturelle vitale pour les humains, les animaux et les plantes et appauvrit la diversité paysagère. Bien que la biodiversité en Suisse reste assez stable, quelques espèces sont menacées d'extinction.

Découplage – notre utilisation des ressources est-elle rationnelle?

La prise de conscience par la population de la nécessité de ménager les ressources naturelles augmente, mais cette évolution n'est pas observée dans le domaine des transports. L'augmentation de la consommation de produits bio et l'augmentation des déchets recyclés démontrent la conscience écologique croissante des ménages. Cette évolution réjouissante ne doit toutefois pas occulter le fait que la quantité de déchets par habitant continue d'augmenter. La voiture, qui reste le moyen de locomotion le plus fréquent, est devenue moins gourmande en carburant en raison d'améliorations techniques et fonctionnelles. Cependant, comme la mobilité des personnes s'est accrue, les émissions globales de CO₂ provoquées par le trafic individuel motorisé augmentent toujours.

Dans le domaine de la production, nous nous orientons vers une dématérialisation. En contrepartie, le volume de marchandises transportées sur de longues distances s'accroît. La production de biens et de services consomme toujours moins de matières par rapport au produit intérieur brut. Cette tendance positive est toutefois en partie due à un transfert des productions industrielles à l'étranger. Un aspect négatif doit être souligné: le transport de marchandises a progressé ces dix derniè-

res années plus fortement que l'économie.

Les progrès dans l'utilisation plus rationnelle de l'énergie sont compensés par une augmentation de la consommation globale d'énergie. La quantité d'énergie nécessaire à l'économie s'infléchit, surtout grâce aux nouvelles techniques de rationalisation, et présente une tendance positive: la consommation d'énergie ainsi que les émissions de CO₂ provoquées essentiellement par la consommation d'énergies fossiles sont en léger recul par rapport à l'évolution du produit in-

térieur brut. Malgré tous les efforts de rationalisation, la consommation d'énergie finale ne cesse d'augmenter, ce qui annule les effets des économies réalisées. Nous entamons de manière beaucoup trop massive le capital environnement; de tout ce qui aura disparu, les générations futures n'en bénéficieront plus.

(traduction)

¹ Les indicateurs, les postulats et diverses publications sont téléchargeables sur le site Internet: www.monet.admin.ch



Hannah Scheuthle (1970) a étudié la psychologie à l'Université de Trèves et passé son doctorat en psychologie de l'environnement à l'Université

de Zurich. Elle travaille dans la section Observation de l'environnement de l'Office fédéral de l'environnement, et rédige plus spécifiquement des rapports sur l'environnement. Elle participe par ailleurs au projet MONET de l'Office fédéral de la statistique.

Le développement durable dans le canton d'Argovie: une politique systématique et pragmatique

Dans sa liste de principes de gestion administrative, le canton d'Argovie a prévu, outre le contrôle de l'efficacité des mesures, la promotion du développement durable. Il encourage la mise en œuvre des principes de durabilité par la création d'instruments pragmatiques, la formation continue ciblée et la sensibilisation du public.

Le canton d'Argovie a trouvé des solutions pragmatiques pour encourager le développement durable: le rapport pour le développement durable que le canton d'Argovie a publié en avril 2005 dresse pour la première fois un état des lieux dans le canton. Cette démarche sera poursuivie ultérieurement. Intitulée Pesée des intérêts sous l'angle

de la durabilité, une liste de contrôle permet d'évaluer les incidences des grands projets. Une formation continue, bien ciblée, et un travail de sensibilisation complètent les instruments à disposition. On note en particulier un séminaire de trois jours à l'intention des cadres, axé sur le thème de la durabilité en tant que domaine de compétences principal, et des tables rondes publiques sur des thèmes de réflexion relatifs au moyen et long terme.

Ces efforts se sont traduits par des résultats dans les plans d'action politiques, les rapports stratégiques et les messages adressés par le Conseil d'Etat au parlement cantonal. Tant le plan financier que le plan d'action (planification à moyen terme) tiennent compte du souci de promouvoir le développement durable. De plus, les rapports stratégiques des politiques sectorielles, par exemple dans les domaines de la mobilité, du développement territorial ou de l'énergie, sont axés sur le développement durable. Il est prévu de développer le système de mo-

nitoring du développement durable, à l'heure actuelle trop rétrospectif, pour le transformer en un système d'alerte à caractère préventif.

Dans le domaine d'intervention: «Méthodes et instruments», la Stratégie 2002 pour le développement durable du Conseil fédéral a posé les bases d'un suivi du développement durable et d'une évaluation de la durabilité. A tous les niveaux de notre Etat fédéral, le Forum du développement durable constitue une plate-forme indispensable pour assurer la coordination, encourager les échanges d'expériences et développer les méthodes et instruments nécessaires.

(traduction)

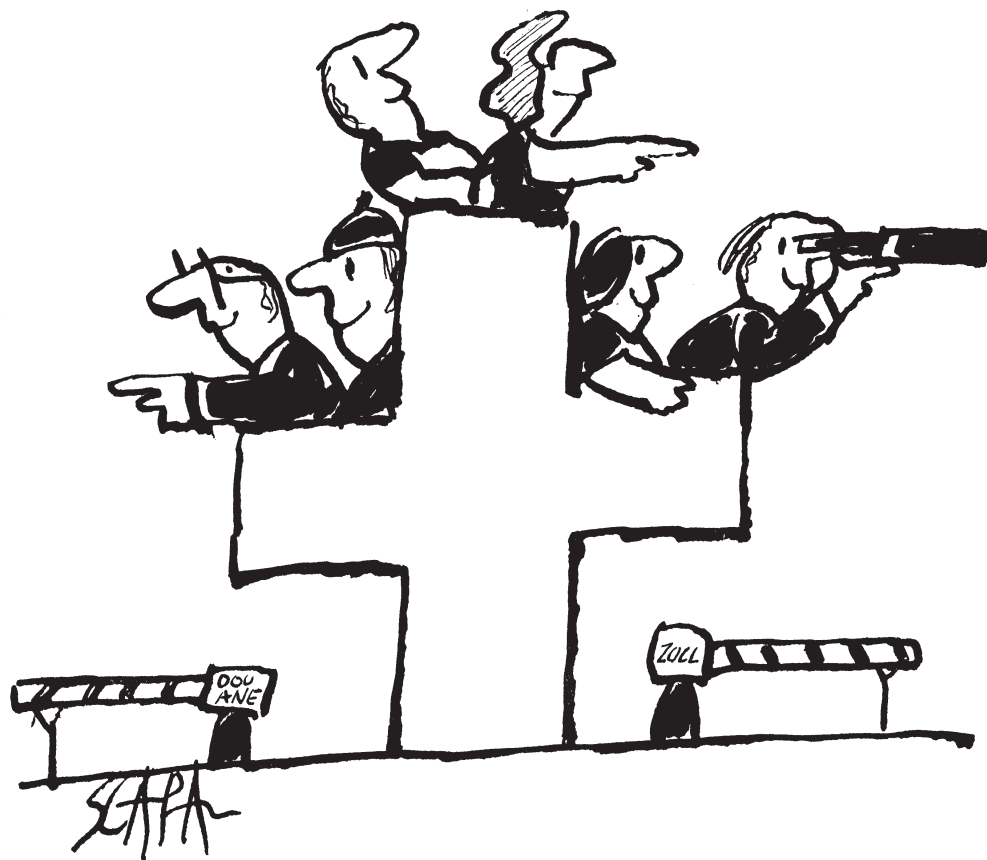


Susanna Bohnenblust, susanna.bohnenblust@ag.ch

Politique internationale pour un développement durable

• • • • •

Dieter Ruloff, Université de Zurich
ruloff@pw.unizh.ch



La manière dont l'humanité dilapide les ressources de la planète tourne au drame. Si tout le monde comprend la nécessité de ménager l'environnement et les matières premières, les intérêts économiques à court terme empêchent d'endiguer le pillage de

notre environnement. Pourtant, les conventions internationales qui tentent d'assurer sa protection et sa préservation sont nombreuses. Leur efficacité reste toutefois à démontrer.

Le principe de durabilité est appliqué en Suisse depuis plus de 100 ans pour assurer l'exploitation durable des forêts. La sylviculture suisse a été un précurseur de la durabilité car elle prévoit que la quantité de bois abattu ne doit pas dépasser la quantité que la forêt peut produire. La notion de durabilité pour gérer les ressources de la planète remonte sans doute aux années soixante du siècle passé, lorsque le Club de Rome évalua pour la première fois les conséquences de la finitude des matières premières sur la croissance économique mondiale et sur le devenir de l'humanité. Le premier rapport du Club de Rome «Les limites de la croissance» parut en mars 1972. La même année eut lieu à Stockholm la première Conférence des Nations Unies sur l'environnement. Elle mit en évidence la contradiction entre les préoccupations environnementales des pays industrialisés du Nord et les objectifs de développement des pays de l'hémisphère sud. En 1983, plus de dix ans après la sortie des «Limites de la croissance», la Commission mondiale sur l'environnement et le développement, présidée par Madame Gro Harlem Brundtland, Premier ministre norvégien, fut créée dans le but de concilier le développement et la protection de l'environnement et de surmonter le fossé Nord-Sud mis au grand jour lors de la Conférence de Stockholm. Le rapport Brundtland « Notre avenir à tous », paru en 1987, contenait des propositions encourageant le développement durable. En utilisant cette notion, il préconisait la transition vers une forme de développement qui réponde aux besoins présents sans limiter les possibilités des générations futures.

Rio et l'Agenda 21

La Conférence des Nations Unies pour le développement et l'environnement (CNUED), qui s'est tenue à Rio de Janeiro en 1992, a permis la reconnaissance de la durabilité comme critère

à intégrer dans les diverses politiques, notamment en matière de coopération au développement. L'Agenda 21 adopté à Rio est un document d'une portée historique qui définit précisément, point par point, le tournant indispensable à prendre. Aujourd'hui, toutes les agences de développement multilatérales, la Banque Mondiale, les banques régionales de développement et l'OCDE ont intégré la durabilité à leurs critères de financement des projets. «Assurer un environnement durable» figure parmi les objectifs officiels du millénaire pour le développement; l'ONU s'est fixé l'horizon 2015 pour l'atteindre. La Conférence des Nations Unies sur le développement durable de 2002 à Johannesburg a confirmé la nécessité de poursuivre les efforts pour un développement durable, mais a constaté de graves lacunes dans la mise en œuvre de l'Agenda 21 adopté dix années auparavant.

Bilan mitigé

Plus d'une centaine d'accords bilatéraux et multilatéraux sur l'environnement (multilateral environmental agreements MEAs) sont entrés en vigueur depuis lors. Il n'existe pour ainsi dire aucun domaine de l'environnement qui ne soit pas réglementé par une convention internationale. Quelques progrès ont été obtenus. Dans l'ensemble toutefois, les résultats ne sont pas satisfaisants. L'exploitation de la haute mer, par exemple, est réglementée par la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer (UNCLOS III). Des conventions internationales interdisent l'élimination de déchets toxiques ou ionisants dans la mer. Mais les problèmes subsistent: produits pétroliers relâchés par les bateaux, arrivée massive d'eau polluée par les fleuves, etc. Les améliorations comme celles qui ont été obtenues dans la mer Baltique sont encore l'exception. L'insaturation d'exigences plus sévères, par exemple la construction de tankers à

double coque, fait son chemin et atténue les risques de catastrophes écologiques. Plus récemment, l'exploitation économique des fonds marins attire de plus en plus d'entreprises, ce qui risque d'entraîner des dégradations écologiques. Cette exploitation reste encore modeste uniquement en raison de la difficulté technologique de l'extraction de matières premières dans les fonds marins. Il en va différemment de la surexploitation des ressources halieutiques: les commissions régionales de pêche ont beau réglementer les techniques et la quantité des prises, leurs efforts ne suffisent de loin pas à atteindre une exploitation durable. Maintes espèces de poissons sont menacées d'extinction ou ont déjà disparu. Les règles de la Commission internationale de la chasse à la baleine (IWC) sont systématiquement bafouées par certains Etats membres, voire purement ignorées par de nombreux Etats non-membres; l'avenir des baleines reste donc préoccupant. Au contraire, la protection du pôle sud par le Traité sur l'Antarctique de 1959 est une histoire à succès: le risque d'une exploitation économique ou militaire du pôle sud a pu être écarté. Par exemple, on a renoncé aux essais nucléaires et dissuadé les Etats riverains de poser des revendications territoriales; l'Antarctique reste donc un patrimoine mondial bien protégé.

Changements climatiques à l'œuvre

Les changements en cours dans la haute atmosphère, en particulier, prennent une dimension très préoccupante. La Convention de Vienne de 1985 et le Protocole de Montréal de 1987 ont permis d'accomplir de grands progrès pour la protection de la couche d'ozone stratosphérique. Par contre, la réduction des émissions de gaz à effet de serre par la Convention-cadre sur les changements climatiques de 1992 et par le Protocole de Kyoto de 1997 n'a pas fait de progrès significatifs. Ce-



Le photovoltaïque, une technologie très prometteuse de production de courant solaire

la tient notamment à la non-adhésion d'Etats rejetant de grandes quantités de CO₂ dans l'atmosphère, les USA par exemple, et à l'absence des pays en voie de développement dans les négociations. Par ailleurs, l'application pleine et entière du Protocole de Kyoto n'aurait qu'une influence très faible sur les changements climatiques en cours. Des mesures draconiennes seraient nécessaires pour écarter à moyen et à long terme le danger d'une perturbation anthropique du système climatique. Or, aucune mesure aussi stricte n'est envisagée. Au contraire! L'expansion fulgurante de l'économie globalisée, en Asie du Sud et de l'Est en particulier, entraîne une forte croissance de la consommation d'énergies fossiles. Les répercussions sur le climat sont désormais immanquables et les conséquences des changements climatiques deviennent perceptibles.

Le coût des matières premières comme facteur dissuasif

La croissance annoncée des pays émergents de l'Est asiatique sortira progressivement des centaines de millions de personnes de l'extrême pauvreté. Pour l'économie mondiale, c'est

une bonne nouvelle. Pour l'environnement, par contre, l'explosion de la demande de matières premières et l'augmentation des immissions que cette croissance provoque est une mauvaise nouvelle. Les effets des réglementations environnementales internationales et du perfectionnement des technologies de production en circuit fermé ne seront sensibles qu'à moyen et long terme. En particulier, la conjonction entre exigences légales plus sévères, renchérissement des matières premières traditionnelles et baisse de prix des nouvelles technologies pourrait ouvrir de nouveaux marchés mondiaux sur lesquels les fournisseurs de telles innovations pourraient être très compétitifs.

Utilisation plus rationnelle des énergies fossiles

Le pétrole, le charbon et le gaz sont des exemples éloquentes de la raréfaction des matières premières. La planète dispose encore de grandes réserves d'énergies fossiles si l'on tient compte des «nouveaux pétroles», récupérables à des conditions économiques onéreuses, comme les huiles extra-lourdes, les sables pétrolifères et les schistes

bitumeux. L'agence internationale de l'énergie estime les réserves de pétrole et de gaz dans le monde à environ 20 milliards de tonnes d'équivalent pétrole (TEP). Mais seulement un quart à la moitié de ce stock est exploitable avec les technologies actuelles. Les avancées futures permettront d'augmenter cette proportion. L'humanité n'a toutefois pas intérêt à épuiser toutes les réserves de pétrole et de gaz récupérables, ne serait-ce que pour des raisons écologiques. Et cela, même si l'on trouve des solutions pour éviter durablement la pollution atmosphérique supplémentaire par la capture de CO₂ et son stockage dans des réservoirs géologiques (carbon capture and storage CCS). On devrait assister, ces prochaines années et décennies, à l'émergence d'idées nouvelles à foison. Il s'agit de développer des technologies permettant, d'une part, de produire des énergies de substitution au pétrole et au gaz et d'améliorer les performances des appareils utilisant du gaz et du pétrole et, d'autre part, de mieux tirer parti des gisements actuels et d'explorer la filière des «nouveaux pétroles».

(traduction)



Dieter Ruloff (*1947) est Directeur de l'Institut des Sciences politiques et Professeur ordinaire au Département Relations internationales de l'Université de Zurich. Il a consacré ses travaux de recherche à la compati-

bilité entre les préoccupations environnementales et les intérêts économiques. Il a notamment participé à l'élaboration du rapport de l'Etat-major de prospective de l'administration fédérale: Défis 2003-2007 (disponible en allemand seulement) qui indique les grandes tendances et les thèmes qui pourraient devenir d'actualité pour la politique de la Confédération. A l'heure actuelle, il participe à la réactualisation de ce rapport pour l'horizon 2015.

«Se concentrer sur quelques priorités en matière de durabilité!»

• • • • •

Interview: Pieter Poldervaart
Photos: Olivia Stählin



Migros est omniprésente en Suisse. Le public suit par conséquent attentivement son engagement en faveur de la durabilité. Dieter Bürgi, responsable du service Ecologie de la Migros, plaide pour une application renforcée de la loi sur l'aménagement du territoire par rapport à la législation sur la protection de l'environnement, notamment pour stopper l'étalement des constructions et le mitage du paysage. L'importance attribuée au trafic généré par les achats dans les causes de pollution atmosphérique lui paraît excessive. A son avis, un consensus

social en matière de développement durable est indispensable: on pourrait, par exemple, se fixer comme objectif de parvenir à une société à 2000 watts par habitant à l'horizon 2050.

Dieter Bürgi (1952) a étudié le droit à l'Université de Berne. Il possède une solide expérience professionnelle qu'il a acquise dès 1979 en travaillant dans les tribunaux, dans une étude d'avocat et dans l'administration. En 1985, le WWF-Suisse l'engagea comme responsable de section. En 1990, il devint directeur de la Société suisse pour la protection de l'environnement (SPE) rebaptisée equiterre en 2003. En 2004, il changea d'orientation pour prendre la tête du service Ecologie de la Fédération des coopératives Migros.

L'écologie se fait à petits pas et commence par soi-même: à quand remonte votre voyage le plus récent en avion?

Il y a deux ans: j'avais un urgent besoin de soleil et je suis allé en Grèce.

Le trafic aérien est précisément sous le feu des critiques en matière de protection du climat. Migros propose aussi des vols bon marché à prix M-Budget. La conscience écologique passe-t-elle à la trappe dès que l'on souhaite partir en vacances?

Hotelplan, la filiale de Migros pour les voyages, s'engage en faveur de l'environnement et a institué, entre autres, la contribution écologique, soit cinq francs par passager. Il n'en demeure pas moins que le trafic aérien perturbe le climat. Mais c'est à chacun de faire ses choix.

Les prix cassés sont à l'origine du boom des voyages en avion. Pour freiner ce phénomène, il faudrait appliquer la vérité des coûts, par exemple par une taxation du kérosène. La peur des attentats terroristes et l'obligation de passer par des contrôles de plus en plus minutieux dans les aéroports pourraient également contribuer à limiter le trafic aérien.

Ainsi, Ben Laden et ses acolytes viendraient-ils involontairement au secours des écologistes?

C'est possible. La peur du terrorisme encourage les voyages par voie terrestre et favorise, dans le monde des affaires, les réunions par téléconférence en lieu et place des séances traditionnelles. Cependant, Migros ne veut pas d'une orientation qui dépendrait de facteurs externes. Elle agit autant que faire se peut en faveur du climat. Dans le domaine des transports de marchandises, par exemple, Migros est le plus gros client suisse de CFF Cargo.

Dans le trafic aérien comme dans la construction automobile, on observe le même phénomène: les moteurs sont de plus en plus propres, mais l'accroissement des déplacements en avion ou en voiture entraîne une augmentation des émissions de CO₂. Que proposez-vous pour sortir de ce cercle vicieux?

Le prix du pétrole et de ses dérivés ne tombera plus jamais à un niveau aussi bas que nous l'avons connu; il faut tourner la page! Le documentaire «Une vérité qui dérange» d'Al Gore montre que, même aux USA, le numéro un mondial des émissions de CO₂, la prise de conscience de la nécessité de changer de style de vie progresse. Espérons que le débat en Europe rebondira sur ce film et sur les questions qu'il soulève.

En d'autres termes, autant renoncer à la taxe sur le CO₂ car la rarefaction et le renchérissement des ressources sont déjà suffisamment efficaces à eux seuls?

Non! Migros soutient la taxe sur le CO₂ et s'est engagée à réduire ses émissions de CO₂ dans le cadre de sa coopération avec l'Agence de l'énergie pour l'économie (AEnEC). Nous avons défini pour nos 590 magasins, nos 15 exploitations industrielles et nos 10 centrales de distribution des objectifs contraignants pour économiser l'énergie et protéger le climat. Le magasin Migros d'Amriswil en Thurgovie est par ailleurs le premier supermarché suisse doté du label Minergie. Il n'a pas d'installation de chauffage.

Dans son ensemble, l'économie peine à prendre des mesures énergiques. Faudrait-il des incitations financières? En d'autres termes, une taxe d'incitation est-elle nécessaire?

Oui, certainement. Je suis déçu par les discussions politiques actuelles car la

Suisse a besoin d'une taxation sur le CO₂ pour parvenir à de meilleurs rendements énergétiques. Grâce aux accords d'objectifs conclus dans le cadre de l'AEnEC, Migros qui, depuis longtemps, ne ménage pas ses efforts pour réduire les émissions de CO₂ est sur la bonne voie pour se libérer de la taxe sur le CO₂. Jusqu'à présent, toutefois, notre engagement et nos investissements n'ont pas été pleinement reconnus et les promesses faites n'ont pas été honorées. Ce ne sont pas des conditions favorables pour l'émergence de nouvelles initiatives.

Attendez... ce sont précisément les représentantes et représentants de l'économie qui souhaitent remettre aux Calendes grecques le projet de taxation sur le CO₂, n'est-ce pas?

Personnellement, je n'apprécie pas la fronde manifestée par Economiesuisse et certains représentants des partis bourgeois. En 2000, l'initiative solaire pour l'introduction d'un centime solaire et une redevance pour les énergies renouvelables a pris du plomb dans l'aile parce que cette réforme devait rester sans incidence pour la quote-part de l'Etat. Quelques années plus tard, les promesses ont été oubliées et la taxe sur le CO₂, qui remplit pourtant cette exigence, est critiquée. C'est injuste, à mon avis, et politiquement discutable.

Migros songe-t-elle à fonder de nouveau un parti pour mieux défendre ses intérêts à Berne?

L'Alliance des indépendants appartient à l'Histoire. Cette année, Migros s'est alliée à ses concurrents pour créer la Communauté d'intérêt du commerce de détail suisse (CI CDS) afin de faire connaître l'importance économique de cette branche et d'améliorer les conditions générales du commerce de détail. En 2006 également, les grandes entreprises du commerce de détail ont créé l'association «espace.mobilité» pour



influencer les politiques dans le domaine de l'aménagement du territoire, de l'environnement, des transports et des permis de construire.

Comment avez-vous vécu votre reconversion professionnelle? Devez-vous taire des exigences que vous défendiez lorsque vous représentiez une ONG?

Heureusement non! Aujourd'hui, dans l'économie privée, je peux appliquer les concepts que j'ai contribué à édifier ces vingt dernières années dans des organisations environnementales. Certes, il appartient aux ONG de faire pression sur l'économie et de demander plus que ce qui est possible et réaliste – j'ai moi-même eu cette attitude dans mes activités professionnelles antérieures. Dans l'entreprise Migros, nous entretenons des contacts diversifiés: cela va d'une coopération avec le WWF, par exemple pour promouvoir la durabilité dans la production d'huile de palme ou le label FSC pour le bois

et le papier, jusqu'à des pourparlers avec le syndicat Unia ou l'ATE. Mon implication personnelle a complètement changé. Sur le fond, je continue à défendre les mêmes idées, mais j'ai désormais la possibilité de les transposer à une grande entreprise: notre équipe de quatre personnes actives dans le service Ecologie est responsable d'appliquer les principes de durabilité dans l'exploitation. Il s'agit de mettre en œuvre aujourd'hui les lignes directrices adoptées par Migros en 2003. De plus, je m'intéresse actuellement au pacte mondial de l'ONU (Global Compact).

L'engagement de Migros – et des autres acteurs économiques – n'est-il pas cantonné à quelques coopérations alibis telles que l'offre de lignes de produits durables qui stimule le chiffre d'affaires? Lorsque Migros entend parler de dépenses supplémentaires ou de diminution des bénéfices, elle troque rapidement son habit de bonne élève

contre une cuirasse et une épée, n'est-ce pas?

Migros encourage fortement les labels écologiques et sociaux qui sont de puissants leviers en faveur du développement durable. Le rating effectué début 2006 par le WWF a placé l'entreprise Migros en tête du classement pour sa performance dans le domaine de la protection de l'environnement et des prestations sociales. Ces derniers temps, nous avons également durci la défense de nos intérêts économiques pour pouvoir mieux nous profiler face à l'arrivée des «hard discounters» de l'étranger.

Comment évaluez-vous la progression du débat sur la durabilité – dans l'entreprise Migros, mais également dans la société en général?

En 1987, avec le rapport Brundtland, et en 1992, au Sommet de Rio, j'espérais que la protection de l'environnement au sens classique, mais aussi

le développement durable, notion plus globale, s'imposeraient. Le mot d'ordre avait évolué; il ne s'agissait plus de faire la morale et de poser des interdictions pour protéger la nature, mais de s'engager dans un sens positif. Le bilan d'aujourd'hui montre que la durabilité n'a pas réussi sa percée tant au niveau mondial que national. Cependant, les efforts entrepris pour parvenir à cet objectif sont visibles. On observe, par exemple que les rapports sur la durabilité ont remplacé les rapports sur l'environnement. Par contre, une stratégie globale, un pacte international et intersectoriel, avec une entente de toutes les forces en présence sur des objectifs prioritaires, fait toujours cruellement défaut.

Une catastrophe environnementale telle que le dépérissement des forêts de 1984 sera-t-elle nécessaire pour unir les forces en vue de la réalisation d'objectifs communs?

Ma biographie est marquée par des événements majeurs tels que le dépérissement des forêts, Seveso et Tchernobyl. Rétrospectivement, je constate que la mort des forêts n'a pas fait avancer la cause de la durabilité. Certes, la loi sur la protection de l'environnement et ses diverses ordonnances d'application ont pu être créées et constituent des instruments efficaces. Cependant, notre crédibilité s'est considérablement amenuisée du fait que nos prévisions pessimistes ne se sont – heureusement – pas concrétisés. Je suis aujourd'hui convaincu que de tels scénarios-catastrophes à court terme sont contre-productifs pour mobiliser davantage l'opinion publique et convaincre les gens d'opter pour des comportements plus durables.

Comment parvenir au pacte mondial que vous appelez de vos vœux? Récemment, l'une des rares institutions suisses directement liées à la Conférence de Rio, l'association Agenda 21 local, a jeté l'éponge.

L'échec de cet organisme m'a fait réfléchir. La durabilité est un thème très vaste. On s'y disperse si l'on cherche à travailler sous tous ses angles simultanément. Il conviendrait que la Suisse se fixe un ou deux objectifs essentiels dans lesquels elle mettrait toutes ses forces: par exemple, parvenir à une société à 2000 watts, qui vise à réduire nos besoins énergétiques de deux tiers d'ici 2050, comme le préconisait justement le Conseil fédéral dans sa Stratégie 2002 pour le développement durable. Indirectement, l'économie pourrait d'ailleurs profiter d'un tel élan, car les investissements dans l'utilisation rationnelle de l'énergie seront plus rapidement amortis, ce qui est intéressant pour toutes les parties. L'autre évolution préoccupante majeure concerne l'étalement des constructions en Suisse, qui entraîne un accroissement constant de la mobilité et qui est, par conséquent, contraire à un développement durable.

L'écologie ne se vend plus aussi bien, les bas prix ont le vent en poupe. Partagez-vous cette opinion?

Le relevé périodique du baromètre des préoccupations place l'environnement au 15ème rang alors que celui-ci occupait la première place à l'époque du dépérissement des forêts. Néanmoins, l'écologie est devenue une évidence. La population part du principe que nous disposons maintenant des administrations et des lois nécessaires, et que l'économie est sensible à cette préoccupation.

Le développement durable est à vos yeux bien ancré dans la vie économique en Suisse. Cependant, Migros ne cherche-t-elle pas en premier lieu une parade à l'«Aldisation» du commerce? N'est-elle pas en train de faire le grand écart?

A la focalisation sur les prix va succéder une focalisation sur la valeur ajoutée. Ces prochaines années, Migros sait qu'elle ne peut pas faire face aux «hard discounters» allemands en misant seulement sur les bas prix. Nous miserons sur des produits portant un label éthique prouvant notre engagement et apportant une plus-value sur les plans social et écologique.



Toutes les relations de Migros avec les organisations environnementales ne sont pas aussi harmonieuses que celles qu'elle cultive avec le WWF. Tout le monde sait que Migros est constamment en litige avec l'ATE.

Les points de vue de Migros et de l'ATE sur le trafic généré par les achats sont diamétralement opposés. Tous les centres commerciaux Migros sont accessibles en transports publics. Ils offrent avec les commerces partenaires plus de 100'000 articles sous un même toit et permettent à la clientèle de faire ses achats en une seule fois. Grâce à un mode de construction sur plusieurs étages, ils consomment environ cinq fois moins de terrains à bâtir par m² de surface commerciale que les projets Aldi et Lidl, implantés sur un seul niveau. Ces projets, situés bien souvent à la périphérie des villes et sans desserte par les transports publics, généreront du trafic automobile, c'est certain.

C'est pourquoi nous donnons des informations à ce sujet par le canal de l'association «espace.mobilité». Nous y rappelons que les déplacements vers les commerces ne génèrent que 11% du trafic individuel motorisé. Si l'on considère uniquement les centres commerciaux et les marchés spécialisés générant un fort trafic, cette proportion tombe à 3% – avec des émissions proportionnellement minimes. Ces quelques pour-cent sont âprement critiqués – mais ce combat ne permet pas de réduire les émissions globales générées par le trafic. Il va de soi que nous nous efforçons d'atténuer les conséquences de ce trafic, par exemple par des investissements conséquents et une participation aux frais d'exploitation des lignes de transports publics, ou par des partenariats avec Mobility Carsharing.

L'association «espace.mobilité» souhaite le renforcement de la loi sur l'aménagement du territoire par rapport au droit de l'environnement. Nous soute-

nons les recommandations de l'OFEV et de l'ARE sur la planification des installations à forte fréquentation. La situation est paradoxale aujourd'hui: la loi fédérale sur l'aménagement du territoire exige une densification des constructions alors que la loi sur la protection de l'environnement demande une meilleure distribution des émissions, ce qui provoque un étalement des constructions. C'est aussi l'une des faiblesses des études d'impact sur l'environnement, qui ne traite que du projet en particulier.

Je concède que les grands distributeurs ont négligé le dialogue constructif avec l'ATE. Nous nous rencontrons seulement devant les tribunaux. Nous devons faire mieux! Je souhaite personnellement une reprise des relations officielles après la rupture des négociations par l'ATE. En effet, le boom des transports n'est pas imputable aux déplacements engendrés par les achats, mais au trafic de loisirs et au trafic pendulaire.

Cette discorde renforce la pression sur le droit de recours des organisations environnementales. Cela devrait vous réjouir!

Les faits montrent que les recours des associations contre des projets de construction initiés par le commerce de détail concernent des investissements prévus de plus d'un milliard de francs, et que les retards qui en ont découlé ont engendré des coûts excédant de loin 100 millions de francs. L'intransigeance de quelques associations environnementales rend le dialogue difficile. Cependant, je demeure favorable à cet instrument, notamment dans la forme révisée et proposée par le Conseil des Etats. En effet, c'est légitime de défendre l'intérêt général, et pas seulement dans les projets de transports. Galmiz, par exemple, est un projet qui aurait dû être attaqué par la voie du droit de recours des associations.

Osons un regard à l'horizon 2016: comment aura progressé le développement durable, à votre avis?

Le plus réaliste, me semble-t-il, est de penser qu'il y aura eu une large prise de conscience des interdépendances complexes. Nous avons besoin de solutions qui concilient les trois dimensions du développement durable. La compréhension de la complexité va s'améliorer, mais la capacité et la volonté de relever le défi resteront limitées. Il se peut aussi que les choses s'enveniment à un niveau global. Par ailleurs, notre pays risque aussi de se diviser en deux clans: les partisans du repli et les tenants de l'ouverture. Les deux clans, de force à peu près égale, se neutraliseraient. Aux USA, en Allemagne ou en France, cette partition sociale en deux camps qui se tiennent mutuellement en échec existe déjà. Cela paralyse la vie politique et économique.

L'économie a des possibilités qui lui sont propres. Migros a accepté ce printemps le «Global Compact», proposé par le secrétaire général des Nations Unies, Kofi Annan, qui consiste à prendre des engagements volontaires dans le domaine des droits humains et de la protection de l'environnement. Dans le contexte actuel de mondialisation, de tels accords sont d'une importance primordiale car ils font écho à la dynamique du commerce mondial. Migros oblige les fournisseurs qui adhèrent à son code de conduite à respecter nos normes et standards éthiques. Le travail abusif des enfants est, par exemple, interdit. En 2004, les grandes entreprises commerciales européennes se sont inspirées du code de conduite de Migros pour lancer le code BSCI (Business Social Compliance Initiative).

(traduction)

http://www.migros.ch/Migros_FR/Content/AProposDeMigros/Durabilite/

Evaluation de la Stratégie 2002 pour le développement durable

• • • • •

Corinne Mauch
mauch@interface-politikstudien.ch
Eric Zellweger
zellweger@evaluanda.ch



Dans leur essence, les lignes directrices et les bases conceptuelles de la Stratégie 2002 pour le développement durable du Conseil fédéral sont utiles et bien acceptées. Cependant, la concrétisation des lignes directrices et la mise en œuvre de la

Stratégie devraient encore s'améliorer. Ces conclusions devront être prises en compte dans la Stratégie 2007 pour le développement durable, qui est en cours d'élaboration.

En 2002, une décennie après Rio, le Conseil fédéral a présenté une stratégie du développement durable remaniée. La Stratégie 2002 pour le développement durable vise l'intégration des principes du développement durable dans autant de politiques que possible. Elle définit six lignes directrices et un plan de 22 actions dans 10 domaines d'intervention. Dans la perspective du renouvellement de la Stratégie, la section Développement durable de l'ARE a demandé au groupe d'études Interface Institut für Politikstudien (Lucerne) et evaluanda (Genève) de procéder à son évaluation et de présenter des recommandations pour améliorer la future Stratégie. La méthode d'évaluation part de l'idée que l'acceptation d'une politique ou d'une mesure par les responsables de sa mise en œuvre qualifie sa faisabilité et est un gage de succès. Les milieux concernés ont donc été interviewés et ont dû répondre à un questionnaire écrit. L'enquête a porté sur 40 personnes.

Stratégie bien acceptée, mais trop peu contraignante

L'évaluation aboutit à la conclusion que les lignes directrices énoncées dans la Stratégie 2002 sont bien acceptées par les personnes chargées de leur mise en œuvre. La plupart d'entre elles estiment que l'organisation mise en place est pragmatique et efficace – notamment la coordination des mesures par le Comité interdépartemental pour le développement durable (CIDD), présidé par l'ARE. Elles sont cependant d'avis que la concrétisation des lignes directrices reste fragmentaire, que leur formulation en termes très généraux laisse une trop grande marge d'interprétation et que le choix des 22 actions est aléatoire. En résumé, le principal défaut de la Stratégie – notamment par rapport à d'autres instruments de planification à long terme comme les programmes de législature – serait de ne pas avoir d'effet contraignant.



Faciliter la mise en œuvre de la Stratégie

Selon les réponses recueillies, les instances de coordination au niveau fédéral, à savoir le bureau du CIDD – qui réunit des délégués de cinq offices fédéraux – et la section Développement Durable de l'ARE, fournissent un travail de qualité dans le cadre de leurs compétences. Les personnes interrogées saluent la participation des cantons, des communes et des villes dans le cadre du Forum du Développement Durable. Cette plate-forme d'échanges est bienvenue, notamment pour soutenir les processus de changement des mentalités et pour susciter des projets.

Par contre, les lacunes suivantes, le plus souvent de nature structurelle, ont été identifiées dans la mise en œuvre:

- objectifs quantifiables souvent insuffisamment précis,
- incohérences non clarifiées entre objectifs stratégiques et objectifs des offices,
- offices «délégant» leurs responsabilités à d'autres acteurs de la mise en œuvre,
- manque de ressources pour la concrétisation de la Stratégie,
- compétences insuffisantes des organes de gestion de la Stratégie responsables de la coopération transversale, par rapport aux prérogatives des offi-

ces (absence d'un droit d'émettre des directives contraignantes).

Profiter de la bonne réputation de la Stratégie

La Stratégie du Conseil fédéral est perçue positivement par les groupes cibles. Mais il faut bien dire que la majorité d'entre eux ne la connaît pas en détail. Elle reste mal ancrée dans les institutions et les services, entre autres par manque de directives internes ou d'un organe de coordination. Des obstacles à la mise en œuvre apparaissent souvent lors de décisions impliquant d'autres priorités, de nature économique par exemple. L'enquête conclut que le contrôle d'efficacité de la Stratégie est susceptible d'amélioration et doit devenir véritablement global.

Se référer à la Stratégie est une bonne caution

Pour des raisons méthodologiques, les effets de la Stratégie sont difficiles à mesurer car il faudrait prouver l'existence de rapports de cause à effet. Les 22 actions sont de nature très différente sur le plan de leur contenu comme sur celui des structures impliquées. Elles vont de la lutte contre la pauvreté à la politique d'aménagement du territoire et à celle des transports, en passant par une politique multilatérale visant la signature de traités internationaux. L'enquête a cherché à évaluer le degré de réalisation des objectifs de la Stratégie. Les personnes questionnées sont dans l'ensemble plutôt sceptiques quant aux chances de les atteindre. Il s'avère que la mise en œuvre du concept du développement durable s'est concentrée principalement autour des 22 actions prédéfinies. Parmi les mesures évaluables sur la base des informations disponibles, les trois quarts ont atteint leurs objectifs en tout ou partie. (Il faut dire que ces der-

niers ne sont pas tous très difficiles à atteindre.)

Par contre, la prise en compte généralisée des principes du développement durable sur tout le territoire et dans tous les domaines politiques n'est pas encore réalisée. Les personnes interrogées estiment que, pour une bonne moitié des mesures, la Stratégie 2002 pour le développement durable n'a eu que peu d'influence sur la concrétisation des objectifs, cette dernière dépendant d'autres paramètres. Malgré ces nuances, il ne faut pas sous-estimer le rôle mobilisateur de la Stratégie, qui offre une caution de poids aux initiateurs d'activités déjà lancées dans la mouvance du développement durable.

(traduction)



Corinne Mauch, 1960, au bénéfice d'un diplôme d'économie rurale de l'EPFZ et d'un master en administration publique, est cheffe de projet dans le bureau d'études Interface Institut für Politikstudien, à Lucerne. Elle se consacre à des travaux d'évaluation et à des projets de recherche dans les domaines suivants: environnement, durabilité, gestion de ressources, énergie et transports.



Eric Zellweger, 1973, sociologue, au bénéfice d'une licence en lettres et d'un diplôme post-grade de statistique et de développement urbain durable (Universités de Genève, Neuchâtel et Lausanne) fait partie depuis 2002 de l'équipe de la société evaluanda SA à Genève. Il fait de la recherche sur les méthodes d'évaluation dans différents domaines, mais plus spécifiquement dans les politiques de l'environnement et de la santé.

Le point de vue de l'ARE

L'ARE est chargé de la mise en œuvre et du renouvellement de la Stratégie pour le développement durable. Au vu des défis nationaux et internationaux actuels et compte tenu des résultats obtenus, la reconduction des travaux et, par conséquent, le renouvellement de la Stratégie pour le développement durable s'imposent.

Ces travaux auront notamment pour objectif d'optimiser la Stratégie 2002, qui repose sur une assise solide. Au niveau conceptuel, il conviendra de mieux mettre en valeur les thèmes-clés et de déterminer leur degré de priorité. Le plan d'action sera axé sur des objectifs plus réalistes et des questions prioritaires; il tiendra compte des domaines de compétences du Conseil fédéral. En premier lieu, il devra tendre vers une adéquation entre les objectifs et les moyens à disposition, et encourager le développement de mesures spécifiques visant à intégrer le développement durable dans tous les domaines de la politique fédérale. Citons au nombre de ces mesures: le suivi du développement durable (monitoring), l'évaluation de la durabilité et la rédaction de rapports sur l'état du développement durable. Parallèlement, il conviendra d'examiner comment renforcer la coopération au sein de l'administration fédérale et comment développer le dialogue entre la Confédération, les cantons, les communes et les autres acteurs concernés.

Pietro Cattaneo, pietro.cattaneo@are.admin.ch, collaborateur scientifique, section Développement durable

Perspectives de développement durable pour l'Etat de Vaud

• • • • •

Viviane Keller
viviane.keller@vd.ch



Le développement durable institue une échelle de valeurs et interroge la relation entre besoins et moyens. Il s'attache à préserver un équilibre entre aujourd'hui et demain, entre l'homme et la nature. Dans cette démarche, l'Etat joue un rôle: il se doit

d'agir de manière exemplaire. C'est dans cette perspective que le Canton de Vaud s'engage dans l'élaboration d'un Agenda 21 qui sera en phase avec le prochain programme de législature 2007-2012.

Le Conseil d'Etat tient à démontrer que le développement durable n'est pas un projet supplémentaire répondant à un besoin passager. Au contraire, il doit être à la base de la conception des projets et des décisions du pouvoir politique. Pour l'Unité de développement durable, responsable de cette démarche, il s'agit d'une part, de mettre en musique les actions entreprises au sein des services et de les rendre cohérentes et visibles et, d'autre part, d'élaborer avec le politique un Agenda 21 qui dégage une vision claire du développement durable vers lequel nous tendons et qui soit en phase avec la prochaine législature 2007-2012.

C'est dans cet esprit que l'Unité de développement durable (2.4 ETP), en collaboration avec Statistique Vaud (SCRIS), a élaboré un set d'indicateurs de développement durable pour le canton de Vaud qui sera publié cet automne. Ce projet, inspiré du projet MONET de la Confédération, va permettre de situer le canton par rapport au développement durable et de montrer le chemin parcouru. Il servira de cadre de référence pour la construction de l'Agenda 21.

Dans les faits, divers services intègrent de longue date et de manière concrète les principes du développement durable. Le changement est amorcé, par exemple avec l'introduction de critères de développement durable dans les appels d'offres soumis aux marchés publics, la certification FSC des forêts vaudoises, l'application d'un plan de mobilité professionnelle en collaboration avec Mobility Carsharing ou encore l'utilisation généralisée du papier recyclé au sein de l'administration. En 2006, les collaborateurs ont été sensibilisés à la mise en œuvre du développement durable à leur place de travail grâce à des fiches spécifiques et aux informations disponibles sur le site Internet www.vd.ch/durable. A l'échelle des projets, l'outil d'évaluation «la Boussole de développement durable», adapté du modèle bernois par l'Unité de développement durable est à la disposition

des services. Une utilisation progressive est en cours au sein des différents départements. A l'échelle d'un service, le Service immobilier, patrimoine et logistique a élaboré un programme pour le domaine construit. Ainsi, du concours d'architecture à la mise en œuvre d'un immeuble et à son exploitation, chaque phase est évaluée sous l'angle du développement durable. Une attention particulière a été donnée à la formation des collaborateurs à ces différents principes et outils. Cette démarche est aujourd'hui récompensée par des labels et des distinctions obtenus suite à la réalisation du Centre d'entretien des routes cantonales de Bursins – une première Suisse !

La mise en œuvre de l'Agenda 21 cantonal est animée d'une ambition forte: agir en faveur du développement durable à tous les niveaux de décision et d'activités de l'Etat et aborder les problèmes de manière systémique. Cette démarche, de même que l'élaboration d'indicateurs de développement durable pour le canton de Vaud, découlent directement des engagements de l'ONU et de la Confédération (Stratégie 2002).

Aujourd'hui, l'engagement des collectivités en faveur du développement durable nécessite un renforcement et une coordination accrue pour construire une vision du développement durable commune aux échelles nationales, cantonales et communales, tout en respectant le principe de subsidiarité. Qu'il s'agisse des outils d'évaluation de développement durable, des stratégies politiques possibles pour l'appliquer ou de la qualité des processus, une réelle cohérence devrait émerger. D'une part par souci d'efficacité, en mettant en commun les ressources et les connaissances. Et d'autre part, pour convaincre les indécis et promouvoir le développement durable par une meilleure compréhension de ses principes, tant auprès de la société civile, de l'économie privée que des instances politiques. Dans cette perspective, la Stratégie 2007 du Conseil Fédéral devrait

servir de cadre de référence tant pour l'application du développement durable au niveau national que pour les échelons cantonaux et communaux. Le développement durable est un défi collectif. En tant que citoyen, entreprise privée ou collectivité publique, il s'agit de réfléchir aux conséquences positives et négatives d'une décision en prenant en compte de façon adéquate les dimensions économiques, sociales et environnementales. Car très souvent en effet, des solutions sont proposées ou des décisions prises sans considérer les reports de charges ou le déplacement des problèmes implicites dans d'autres domaines. Ceci a pour conséquences directes une dilution des responsabilités et un manque d'efficacité à long terme.

Sachant que les principes du développement durable ne sont pas normatifs ou légaux, des lignes directrices et des objectifs très clairs de la part de la Confédération, déclinables aux échelles cantonales et communales, pourraient contribuer à renforcer aussi bien les démarches existantes que potentielles. C'est dans cette perspective que la Stratégie 2007 du Conseil fédéral pourrait être développée.



Viviane Keller (*1966) dipl. arch. EPFL a travaillé dans des bureaux privés avant de réaliser un Mastère en «Society, science and technology». Travail dans un bureau d'ingénieur en

environnement avant d'entrer au Service des bâtiments de l'Etat de Vaud. Dans ce cadre, elle a été responsable de l'entretien d'un huitième du parc immobilier du Canton et de la prise en compte des principes du développement durable dans le domaine de la construction. En octobre 2004, elle est nommée responsable de l'Unité de développement durable de l'Etat de Vaud. Mission: Elaboration de l'Agenda 21 cantonal, coordination et valorisation de la mise en œuvre des actions au sein des services, travail comme centre de compétence de développement durable au sein de l'Etat et pour les communes vaudoises. www.vd.ch/durable

Stratégies nationales de développement durable: Contexte international et analyse comparative

• • • • •

Doris Angst,
doris.angst@are.admin.ch



Toute politique de développement durable doit nécessairement tenir compte du contexte international et profiter de l'expérience des pays voisins. L'ARE suit donc avec intérêt les progrès du développement

durable au niveau international, et en particulier en Europe. L'observation de la situation au-delà de nos frontières nous permet d'améliorer notre propre stratégie.

Par diverses décisions et recommandations internationales, les Etats se sont engagés à développer et mettre en œuvre une stratégie nationale de développement durable. Le principal plan d'action dans ce domaine est l'Agenda 21, fruit du consensus de plus de 178 Etats représentés à la Conférence de Rio de Janeiro de 1992.

En 1996, l'Organisation de coopération et de développement économique (OCDE) a publié une recommandation invitant tous les pays à définir et à concrétiser une stratégie nationale du développement durable d'ici 2005. Au Sommet de la Terre de 2002 à Johannesburg, les Etats se sont également engagés à soutenir cette mise en œuvre.

Depuis, les stratégies nationales de développement durable sont devenues des instruments assez largement répandus. La plupart des pays européens, la moitié des Etats d'Amérique du Sud et une grande partie des pays insulaires d'Asie se sont dotés d'une stratégie nationale du développement durable ou travaillent à son élaboration. Les pays industrialisés, sauf les USA, en sont à l'étape de concrétisation. En revanche, peu d'Etats africains et du continent asiatique ont rédigé ou rédigent une stratégie du développement durable. La mise en œuvre a bien avancé dans les Etats de l'UE et dans les pays candidats à l'adhésion car, en 2001 déjà, l'UE a invité ses membres à élaborer leur propre stratégie.

Ces stratégies sont récentes (les premières ont été établies vers 1997) et peu de pays ont déjà procédé à leur évaluation. Il n'est donc pas possible de donner des indications fiables sur leur efficacité. Pour apprécier cette dernière, nous nous sommes donc concentrés sur l'étude des paramètres suivants: mécanismes, processus, contenus, mise en œuvre et évaluation de la stratégie. Ces paramètres découlent des principes de l'OCDE (et de l'ONU) et sont aussi utilisés dans les milieux de la recherche. Le tableau présente une synthèse de l'analyse comparative.

Accroître les efforts

Les conditions générales d'élaboration et de mise en œuvre des stratégies nationales du développement durable sont différentes dans chaque pays. L'ONU, l'OCDE et l'UE encouragent les pays à établir des priorités. Dans l'ensemble, la Suisse est dans la même dynamique.

Le tableau synoptique (voir p. 52) montre que, dans les domaines de l'évaluation, du monitoring et de la collaboration entre les services administratifs (coopération transversale), la Suisse suit la tendance internationale. Comme dans d'autres pays, ce type de coopération doit encore être amélioré. Avec son système d'indicateurs destiné au monitoring du développement durable (MONET) et l'évaluation de la durabilité, la Suisse se place dans le peloton de tête des pays les plus avancés. Les mesures proposées et l'ancrage de sa stratégie, également en dehors des administrations chargées des questions environnementales, s'inscrivent dans la tendance internationale et correspondent aux recommandations scientifiques.

Les mesures présentent toutefois encore des lacunes, et il faudrait procéder à une meilleure hiérarchisation des priorités. Pour ce qui est de la participation, les divers groupements d'intérêts sont traditionnellement inclus dans les processus de consultation sur des mesures ou des projets concrets. Cependant, la participation à l'élaboration et à la mise en œuvre de la stratégie dans son ensemble pourrait s'accroître. L'OCDE et l'ONU encouragent également une large participation des représentants des divers milieux concernés et, dans la mesure du possible, un engagement politique plus marqué au niveau gouvernemental. Elles suggèrent de nouer des relations étroites avec les départements des finances et recommandent de mettre suffisamment de moyens financiers à disposition pour mettre en œuvre la stratégie et ses mesures. Dans la plupart

des pays, et notamment en Suisse, tel n'est pas encore le cas.

Donner plus d'importance aux Agendas 21 locaux

La Suisse est l'un des rares pays à ne pas avoir institué un organisme de suivi, par exemple un Conseil du développement durable, composé de représentants de l'économie, de la science et de la société civile. Des exemples pris dans d'autres pays montrent que de tels organes jouent un rôle essentiel dans la concrétisation et la démocratisation du concept de développement durable. L'OCDE et l'ONU recommandent la formation d'un tel conseil. Ces deux organisations ainsi que les milieux scientifiques préconisent une meilleure articulation entre le niveau régional et local (coopération verticale), encore insuffisante dans la plupart des pays. De nombreux pays européens s'efforcent d'améliorer ces fonctionnements. De son côté, l'UE exerce également une certaine pression dans ce sens. En Suisse, le Forum du développement durable est un bon instrument d'échange d'informations entre Confédération, cantons et communes; il devrait encore être mieux soutenu. La plupart des pays européens mentionnent expressément le soutien aux Agendas 21 locaux dans leur politique. Le renouvellement de la Stratégie du Conseil fédéral serait une chance à saisir pour donner un nouvel élan au développement des Agendas 21 locaux.

(traduction)



Doris Angst, lic. ès lettres, a étudié la géographie à l'Université de Lausanne. Collaboratrice scientifique

à la section Développement durable de l'ARE depuis 2003, elle se consacre, entre autres, à l'étude des processus internationaux dans le domaine du développement durable.

Aspects	Recommandations OCDE / ONU	Tendances internationales	Stratégie suisse pour le développement durable
Contenu	- la stratégie doit reposer sur les trois dimensions du DD - intégration à tous les domaines politiques - contient des perspectives à court et à long terme	- fondée sur les trois dimensions du DD, avec, parfois, l'ajout de la dimension «culture» - priorités: changement climatique & énergie, transports & mobilité, production & consommation, protection des ressources naturelles, santé, responsabilité internationale - introduction progressive de taxes écologiques	- fondée sur les trois dimensions du DD, coopération transversale entre toutes les politiques sectorielles - plan d'action et mesures prévues dans la Stratégie englobent des thèmes concernant l'économie, la formation, l'environnement et la société - pas de définition claire des priorités
Bases juridiques	–	rare sont les pays qui ont ancré le principe de la promotion du développement durable dans leur Constitution ou leur législation	la Stratégie a été adoptée par le Conseil fédéral qui accomplit ainsi le mandat imparti par la Constitution fédérale (art. 2 et 73 cst)
Soutien gouvernemental	- soutien déterminé au plus haut niveau - structures institutionnelles appropriées - indépendant des partis et des gouvernements	- tendance à vouloir mieux ancrer la stratégie hors des institutions directement chargées de l'environnement ou dans les procédures de coopération transversale de l'administration (mise en œuvre relevant du président ou chef de l'Etat, ou du ministre du développement durable) - pilotage de la stratégie souvent confiée au ministre de l'environnement - parfois existence de comités transversaux, réunissant des secrétaires d'Etat ou des commissions parlementaires (D, GB)	exécutif et législatif peu impliqués (car ancrage essentiellement dans l'administration fédérale)
Mise en œuvre (responsabilité, compétences, ressources)	- clarifier les responsabilités pour la mise en œuvre - mettre à disposition les ressources financières nécessaires - encourager la coopération transversale	- exécution des mesures par les instances responsables - création et valorisation d'organismes chargés de l'harmonisation horizontale - rarement ressources autonomes	- élaboration et mise en œuvre par le Comité interdépartemental pour le développement durable (CIDD) présidé par l'ARE - exécution des mesures par les offices compétents - coopération horizontale par le CIDD en tant qu'organisme de coordination - peu d'effet contraignant et faibles ressources
Coopération verticale	- les stratégies devraient encourager la coordination entre le niveau national et local - promouvoir la coopération verticale	reste souvent insuffisante	- coopération verticale assurée par le Forum pour le Développement durable (Confédération, cantons, communes) qui encourage les échanges d'expériences et soutient les projets communs de mise en œuvre - les processus d'Agendas 21 locaux ne sont pas encouragés par la Stratégie
Participation à l'élaboration et à la mise en œuvre	large participation des représentants des différents groupes d'intérêts	- large participation des tous les milieux concernés - existence d'un Conseil du développement durable dans la plupart des pays. - participation des scientifiques au processus	- la Stratégie 2002 a été élaborée essentiellement au sein de l'administration fédérale; une consultation a eu lieu. - participation des groupes d'intérêts concernés au niveau de la mise en œuvre des mesures
Evaluation, Monitoring	système d'indicateurs pour une observation permanente des progrès, amélioration de la mise en œuvre par essais / erreurs	- système d'indicateurs disponible dans la plupart des pays. - rapport régulier de suivi, adressé parfois au parlement du pays - développement de l'évaluation de la durabilité ou de l'analyse de l'efficacité des politiques - analyses budgétaires selon des critères de durabilité dans quelques pays; tendance à se généraliser	- système d'indicateurs MONET - rapport annuel sur l'état de la mise en œuvre de la Stratégie - évaluation périodique - instrument de l'évaluation de la durabilité de projets et de stratégies politiques appliqué avec une fréquence croissante - pas d'analyses budgétaires à la lumière de critères de durabilité

Stratégies nationales du développement durable (DD): analyse comparative des recommandations de l'OCDE et de l'ONU, tendances internationales et état d'avancement en Suisse

Editoriale

Daniel Wachter
responsabile della sezione Sviluppo sostenibile, ARE
daniel.wachter@are.admin.ch



La Strategia per uno sviluppo sostenibile: bilancio e rinnovamento



Con l'approvazione della «Strategia per uno sviluppo sostenibile 2002», avvenuta nell'ambito dei lavori preliminari in vista del Vertice mondiale per uno sviluppo sostenibile di Johannesburg, il Consiglio federale ha fissato un programma di lavoro per indirizzare il nostro Paese su una via di sviluppo che risponda alle esigenze future. Parallelamente, ha adottato misure a livello istituzionale ed organizzativo, e ha definito le necessarie strutture di collaborazione in seno alla Confederazione. L'organismo di maggior rilievo, il Comitato interdipartimentale sullo sviluppo sostenibile (CISVS), è diretto dall'ARE. Inoltre, il Consiglio federale ha deciso che in futuro la strategia per la sostenibilità andava rinnovata al ritmo del programma di legislatura e che andavano rafforzati a vari livelli il monitoraggio, il controllo e la valutazione, per osservare e valutare i progressi. Una migliore gestione e un maggiore consolidamento istituzionale della strategia dovranno inoltre contribuire all'attuazione del programma di lavoro.

L'ARE, nella sua funzione di piattaforma di coordinamento per la politica federale in materia di sviluppo sostenibile, ha affrontato questi compiti senza indugio. In collaborazione con gli Uffici federali di statistica e dell'ambiente, è stato sviluppato un monitoraggio dello sviluppo sostenibile nel senso di un'analisi generale della situazione.

È stato istituito un monitoraggio dell'attuazione della strategia con rapporti annuali dell'amministrazione. Nel 2006, è stata inoltre attuata una valutazione esterna indipendente, incentrata sugli effetti e sul raggiungimento degli obiettivi della strategia. Parimenti, si è sviluppata una metodica per la valutazione della sostenibilità di progetti politici al fine di osservare ed ottimizzare, da questo punto di vista, gli affari del Consiglio federale. Sono stati elaborati, inoltre, un monitoraggio dei processi di sviluppo sostenibile a livello cantonale e comunale (Agende 21 locali e processi simili) e criteri di qualità per la loro valutazione. Infine, un monitoraggio internazionale permette un confronto della politica svizzera sulla sostenibilità con altri Paesi.

Nel 2007 è prevista la prossima attualizzazione della Strategia federale per uno sviluppo sostenibile. La sua revisione va intrapresa tenendo conto dei successi e degli insuccessi come pure delle sfide che si presenteranno in futuro. Attualmente, l'ARE si occupa dell'elaborazione di questi fondamenti facendo capo ai diversi lavori di monitoraggio e valutazione intrapresi. Questa edizione di forum ne presenta un primo bilancio.

(traduzione)



MONET: in cammino verso uno sviluppo sostenibile?

• • • • •

Hannah Scheuthle
hannah.scheuthle@bfs.admin.ch



Gli indicatori chiave rivelano un'immagine complessa dello sviluppo in Svizzera. Il benessere aumenta, ma continua ad essere distribuito in modo diseguale. In relazione al

capitale ambientale, viviamo a spese delle generazioni future. Questa realtà è solo mitigata dalla maggiore efficienza.

Gli indicatori utilizzati per la valutazione dello sviluppo sostenibile in Svizzera provengono dal sistema di complessivamente 120 indicatori per il monitoraggio dello sviluppo sostenibile (MONET)¹. Quali siano i settori in cui la Svizzera ha intrapreso il cammino verso uno sviluppo sostenibile può essere illustrato con l'esame di quattro questioni fondamentali: soddisfazione delle esigenze, equità, preservazione del capitale e disaccoppiamento.

Soddisfacimento delle esigenze: quanto viviamo bene oggi?

Il livello del nostro benessere non aumenta. Nel corso degli ultimi anni, il reddito familiare medio, visto come principale risorsa materiale, ha raggiunto, con diverse fluttuazioni, gli 8'906 franchi mensili scarsi. Parallelamente, i sostegni statali come le pensioni, l'aiuto sociale e la cassa disoccupazione denotano un aumento molto più marcato. Migliora anche la nostra salute fisica e psichica. La speranza di vita in buona salute è decisamente aumentata negli ultimi anni: per le donne della generazione attuale è di 69 anni, per gli uomini di 68 anni. Sempre più persone dichiarano inoltre di sentirsi equilibrate dal punto di vista psichico. Nonostante questa tendenza positiva, però, quasi metà della popolazione ritiene di avere un equilibrio psichico da negativo a medio.

Equità: come sono distribuite le risorse?

La distribuzione delle risorse finanziarie resta ingiusta, la povertà non diminuisce. La distribuzione del reddito delle economie domestiche in Svizzera permane pressoché immutata: il 20 per cento delle economie domestiche più benestanti guadagna tuttora circa cinque volte di più del 20 per cento di quelle meno favorite. Anche la quota delle persone che vivono in pover-

tà stagna a circa un ottavo delle persone adulte in età di capacità al guadagno. La parità tra uomo e donna procede lentamente. I salari dei due sessi si sono tendenzialmente avvicinati nel corso degli ultimi anni, tuttavia, a parità di formazione e di posizione professionale, le donne continuano a guadagnare un quinto in meno degli uomini. Infine, la solidarietà con i Paesi più poveri lascia ancora molto a desiderare. Sono ormai anni che la quota svizzera dell'aiuto allo sviluppo sul reddito nazionale lordo stagna attorno allo 0,4, ossia una quota molto inferiore a quanto richiesto dall'ONU.

Preservazione del capitale: che cosa lasciamo ai nostri figli?

Il capitale sociale non aumenta in modo significativo: anche se la durata media della frequenza scolastica aumenta, la competenza in lettura dei giovani non migliora. Se, come prima, l'80 per cento riesce a leggere e capire testi semplici e impegnativi, il cinque per cento non possiede alcuna competenza in lettura. Lo sviluppo del potenziale economico è frenato dal crescente indebitamento. L'aumento degli occupati in ambito scientifico e tecnologico e l'aumento dei brevetti depositati sono segni di un'economia vivace e dinamica. Questo aspetto positivo è però offuscato dal crescente indebitamento pubblico e dalla stagnazione degli investimenti.

Il nostro consumo di risorse non rinnovabili non diminuisce. Benché la quota di energie rinnovabili sia in aumento, gran parte dell'energia finale proviene da fonti fossili, non rinnovabili. Di conseguenza, anche le emissioni di gas a effetto serra, derivanti per la maggior parte dallo sfruttamento di energie fossili, non diminuiscono e sono ben lontane dai livelli perseguiti dal Protocollo di Kyoto. La tendenza è negativa anche per quanto concerne lo sfruttamento del suolo: la superficie edificata pro capite, ossia l'edificazione di pre-

ziosi terreni agricoli, continua ad aumentare. Questo rappresenta non solo una minaccia per il fondamento vitale dell'uomo e degli animali, ma ha effetti anche sulla varietà paesaggistica. Sebbene la biodiversità in Svizzera sia abbastanza stabile, sono diverse le specie a rischio d'estinzione.

Disaccoppiamento: quanto siamo efficienti nello sfruttamento delle risorse?

La consapevolezza tra la popolazione della necessità di un'utilizzazione preservativa delle risorse naturali aumenta, anche se non nel settore dei trasporti. La maggiore coscienza ecologica delle economie domestiche private si manifesta nel maggiore consumo di prodotti biologici e negli sforzi intrapresi per il riciclaggio dei rifiuti. Questo sviluppo positivo non deve però distogliere l'attenzione dal fatto che il volume totale dei rifiuti pro capite è in continua ascesa. L'automobile, che permane il mezzo di locomozione più utilizzato, è diventata, in virtù dell'ottimizzazione della tecnica del veicolo e della sua utilizzazione, più efficiente per quanto riguarda il consumo di carburante. Dato però che l'umanità diventa sempre più mobile, le emissioni globali di CO₂ derivanti dal traffico motorizzato privato continuano a crescere.

Per quanto riguarda la produzione, pur avviandoci verso una dematerializzazione, trasportiamo sempre più merci su grandi distanze. Per la produzione di merci e servizi necessitiamo, per prodotto interno lordo, di sempre meno materiale. Questa tendenza positiva, però, va collegata entro una certa misura al trasferimento di parti della produzione industriale all'estero. Un altro aspetto negativo è rappresentato dal fatto che nell'ultimo decennio il traffico merci è aumentato più dell'economia in generale.

La migliorata efficienza nello sfruttamento energetico è praticamente an-

nullata dal crescente consumo totale d'energia. Per quanto riguarda l'intensità energetica dell'economia nazionale, si delineano tendenze positive soprattutto grazie al progresso tecnologico nell'utilizzazione dell'energia: il consumo di energia, così come l'emissione di CO₂ derivante soprattutto dallo sfruttamento di energia fossile, sono lievemente diminuiti in relazione al prodotto interno lordo. Nonostante tutti gli sforzi volti a migliorare l'efficienza, il consumo finale di energia

continua però ad aumentare, scavalcando i risparmi raggiunti. Continuiamo ancora a sfruttare troppo capitale ambientale di cui le generazioni future non potranno più disporre.

(traduzione)

¹ Gli indicatori, i postulati e diverse pubblicazioni si trovano al sito: www.monet.admin.ch



Hannah Scheuthle (1970) ha studiato psicologia all'Università di Treviri e si è laureata all'Università di Zurigo nell'ambito della psicologia ambientale. Lavora presso l'Ufficio federale dell'ambiente nella sezione Monitoraggio ambientale e si occupa in particolare di rapporti sull'ambiente. Inoltre, collabora al progetto MONET presso l'Ufficio federale di statistica.

Le scelte di acquisto delle amministrazioni: uno strumento al servizio dello sviluppo sostenibile.

La quarta azione prevista dalla «Strategia 2002 per lo sviluppo sostenibile», intitolata «Introduzione di una politica integrata dei prodotti» esprime l'obiettivo del Consiglio Federale di riorientare la domanda di beni e servizi, pubblica e privata, verso prodotti che nell'arco del loro ciclo di vita sappiano soddisfare le esigenze dello sviluppo sostenibile.

In quest'ottica, in non pochi Cantoni sono state intraprese numerose azioni tese a sensibilizzare i consumatori privati sulla storia del prodotto e sulla sua qualità sociale-ambientale. Al contempo, alcune amministrazioni cantonali e comunali hanno iniziato a dare un certo peso, nelle scelte d'acquisto, a criteri di carattere ecologico e sociale. In Svizzera, il 17% della domanda di beni e servizi rientra nei mercati pubblici: un dato che evidenzia quanto trainante possa essere il ruolo dell'ente pubblico, se questo adotta la sostenibilità quale criterio fondante delle proprie scelte d'acquisto. Tali scelte diverrebbero esemplari per il cittadino e favorirebbero dinamiche virtuose di mercato, promuovendo l'efficienza economica di lungo periodo e dando rilievo a tutti quei fattori, diversi dal prezzo, che se ignorati oggi, si tradurrebbero domani in insostenibili costi economici, sociali e ambientali. L'associazione ABITAT, ritenendo gli acquisti pubblici uno strumento importante per promuovere sistemi di produzione che rispettino alti livelli sociali e ambientali, ha avviato, la scorsa primavera, un progetto denominato PAS (Acquisti pubblici sosteni-

bili), che ha prodotto un ciclo di conferenze e prevede ora la stesura di un manuale e la realizzazione di una banca dati di criteri per prodotto. L'auspicio è che la Strategia 2007 sviluppi ulteriormente questo campo d'azione, promuovendo maggiori sinergie tra questo e altri strumenti di sostenibilità e rafforzando la collaborazione tecnica e l'intercambio di conoscenze tra i diversi livelli dell'amministrazione federale, i Cantoni e i Comuni.

(traduzione)



Rosario Mastrosimone, 1974, giurista, è membro del comitato dell'associazione ABITAT e coordinatore, insieme a Fabio Guarneri, del progetto

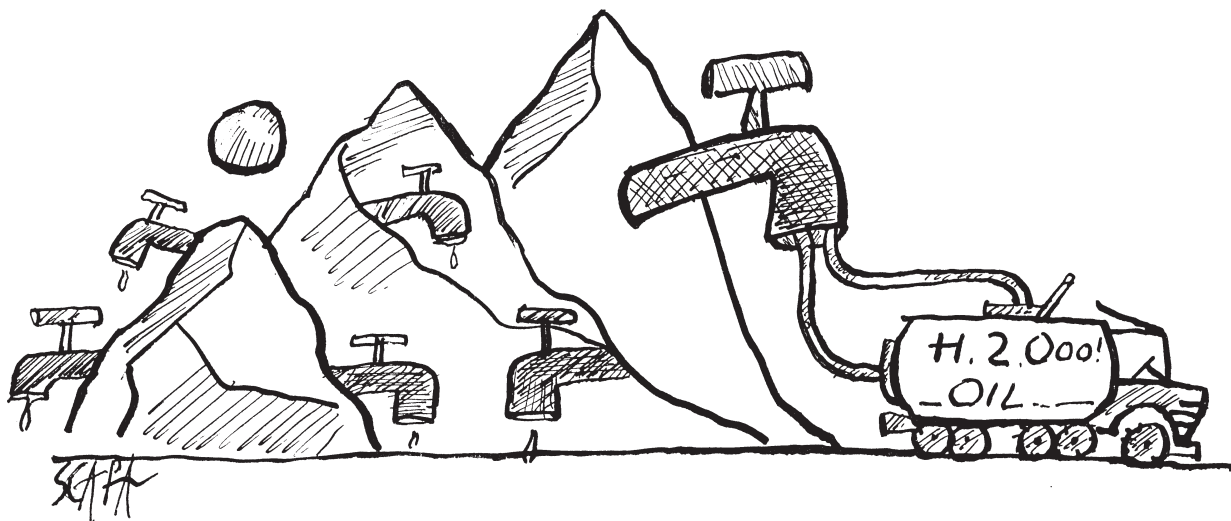
PAS-Acquisti pubblici sostenibili.

Rosario Mastrosimone: info@abitat-lugano.ch
ABITAT è un'associazione nata in Ticino nella primavera 2004 per iniziativa di alcuni giovani dell'agglomerato di Lugano, allo scopo di promuovere spazi di dibattito e progetti puntuali orientati allo sviluppo sostenibile.
www.abitat-lugano.ch

La sostenibilità e la politica internazionale

• • • • •

Dieter Ruloff,
ruloff@pw.unizh.ch



Il modo in cui l'umanità tratta le sue risorse globali è paragonabile ad una tragedia. Tutti comprendono la necessità di una gestione sostenibile dell'ambiente e delle materie prime ma, a causa di interessi economi-

ci a breve termine, appare difficile frenarne il saccheggio. Una moltitudine di trattati internazionali cerca di proteggere, salvare e salvaguardare, ma i loro effetti lasciano purtroppo molto a desiderare.

Il concetto di sostenibilità è applicato da almeno un secolo nell'economia forestale svizzera: abbattere solo tanta legna quanto il bosco lascia ricrescere. La sostenibilità intesa come principio di gestione delle risorse pubbliche globali risale invece agli anni '60 del secolo scorso con l'impegno del Club di Roma, che per primo analizzò gli effetti dell'esauribilità delle fonti di materie prime sulla crescita economica mondiale e sul destino dell'umanità. Nel marzo del 1972, apparve il primo rapporto del Club di Roma in relazione ai «limiti dello sviluppo». Lo stesso anno, ebbe luogo a Stoccolma la prima Conferenza mondiale sull'ambiente delle Nazioni Unite, dove, come previsto, gli interessi ambientalisti del Nord industrializzato si scontrarono con le necessità di sviluppo del Sud. Nel 1983, quindi un decennio dopo la pubblicazione de «I limiti dello sviluppo», fu istituita nell'ambito dell'ONU la Commissione mondiale sull'ambiente e lo sviluppo (WCED) diretta dall'allora Capo di stato norvegese Gro Harlem Brundtland. L'obiettivo era di sintonizzare le esigenze dello sviluppo con quelle dell'ambiente e quindi di superare il divario tra Nord e Sud emerso già nel 1972 a Stoccolma. Nel 1987 apparve il cosiddetto Rapporto Brundtland «Il nostro futuro comune» che formulava proposte per uno sviluppo sostenibile. Con ciò è intesa una forma di sviluppo che consente alla generazione presente di soddisfare i propri bisogni senza compromettere la possibilità delle generazioni future di soddisfare i loro.

Rio lancia l'Agenda 21

La Conferenza delle Nazioni Unite sull'ambiente e lo sviluppo UNCED, tenutasi nel 1992 a Rio de Janeiro, contribuì a rendere il concetto di sostenibilità un criterio universalmente riconosciuto, specialmente nell'ambito della cooperazione allo sviluppo. L'Agenda 21, adottata dalla Conferenza, è considerato il documento più completo che de-

scrive punto per punto il cambiamento auspicato. Oggigiorno, la sostenibilità è applicata come criterio per il finanziamento di progetti da tutte le agenzie multilaterali per lo sviluppo, dalla Banca mondiale, dalle banche regionali per lo sviluppo e dall'OCSE. Gli obiettivi di sviluppo dell'ONU del Millennio (Millennium Goals) designano esplicitamente la gestione sostenibile dell'ambiente come una delle pietre miliari da raggiungere entro il 2015. La Conferenza dell'ONU per uno sviluppo sostenibile di Johannesburg nel 2002 ha confermato ancora una volta l'obiettivo dello sviluppo sostenibile, ma ha evidenziato gravi carenze a livello di attuazione dell'Agenda 21, approvata dieci anni prima.

Un bilancio di luci e ombre

Nel frattempo, sono più di cento gli accordi internazionali relativi all'ambiente (i cosiddetti Multilateral Environmental Agreements, MEAs) in vigore. Praticamente, non esiste settore ambientale che non sia regolato in un modo o nell'altro a livello internazionale. Qualche successo è stato raggiunto, ma nel complesso i risultati sono insoddisfacenti. Ad esempio, lo sfruttamento degli oceani è stato ampiamente regolato in occasione della terza Conferenza ONU sul diritto del mare (UNCLOS III); convenzioni dumping vietano lo smaltimento di rifiuti tossici o radioattivi in alto mare, ma l'inquinamento dei mari a causa del petrolio proveniente dalla navigazione e dei fiumi inquinati resta un problema da risolvere. Miglioramenti, come ad esempio nel Mar Baltico, sono ancora un'eccezione. Col tempo, l'inasprimento degli standard, ad esempio l'obbligo del doppio scafo per le petroliere, produrrà effetti positivi e ridurrà il pericolo di inquinamenti di petrolio estesi in mare. Attualmente l'attenzione è concentrata sui fondali degli abissi marini, sempre più interessanti dal punto di vista di uno sfruttamento economi-

co ma fonte di conseguenze problematiche per l'ambiente. Visto, però, che in questo caso lo sfruttamento è tecnicamente assai impegnativo, per il momento non avverrà in grande stile. Diversa, invece, è la situazione sul fronte dello sfruttamento delle risorse ittiche: le commissioni regionali per la pesca ne disciplinano tecnica e quantità, ma si è ancora molto lontani da un'utilizzazione veramente sostenibile. Numerose specie di pesci stanno per scomparire o sono già estinte. I regolamenti della Commissione Baleniera Internazionale (IWC) vengono sistematicamente aggirati da alcuni Stati membri e semplicemente ignorati da altri Stati non-membri. Quindi, il futuro delle balene continua ad essere fonte di preoccupazione. Per contro, la protezione dell'Antartide tramite un trattato internazionale del 1959 è la storia di un successo: se ne è potuto evitare lo sfruttamento economico e militare, ad esempio per test nucleari, e proteggerla dalle pretese territoriali dei Paesi confinanti, cosicché l'Antartide resta una parte ben protetta del patrimonio dell'umanità.

Il mutamento del clima si fa più evidente

I mutamenti a livello atmosferico danno adito a crescenti preoccupazioni. Un importante progresso nella protezione dello strato stratosferico di ozono è stato raggiunto con la Convenzione di Vienna del 1985 e il Protocollo di Montreal del 1987. Invece, la battaglia contro l'effetto serra tramite la Convenzione sul clima del 1992 e il Protocollo di Kyoto del 1997 ha avuto scarso successo, soprattutto a causa del disimpegno di grandi produttori di CO₂, come gli USA, e del mancato coinvolgimento dei Paesi in via di sviluppo. D'altronde, anche la piena attuazione del Protocollo di Kyoto avrebbe un effetto assai ridotto sui previsti mutamenti climatici. Per contenere in modo decisivo, a medio e a lungo termine, la pericolo-

sa perturbazione antropogena del sistema climatico globale sarebbero necessarie misure drastiche: purtroppo non ne sono previste, al contrario. La rapida espansione dell'economia mondiale, specialmente nel Sudest asiatico, va di pari passo con un crescente consumo dei vettori energetici fossili. Le conseguenze per il clima globale sono prevedibili, gli effetti dei mutamenti climatici sempre più evidenti.

La pressione sui costi spinge al risparmio di materie prime

La crescita prevista dei Paesi emergenti dell'Asia orientale permetterà a centinaia di milioni di persone di uscire da una situazione di estrema povertà: una buona notizia anche per l'economia mondiale. Per l'ambiente, invece, il corrispondente aumento della necessità di materie prime e le maggiori immissioni sono una cattiva notizia. Solo a medio e a lungo termine si faranno sentire gli effetti dell'estensione a livello internazionale del regime ambientale e dello sviluppo ulteriore delle tecnologie di recupero. Questo in modo particolare, quando, nell'alternanza tra crescente pressione d'intervento a livello ecologico, pressione sui costi delle materie prime tradizionali e

progressi tecnologici atti a ridurre i costi in settori chiave, nasceranno nuovi mercati e risulteranno vantaggi di competizione a livello mondiale per i fornitori di queste nuove risorse e di questi nuovi prodotti.

Utilizzare i vettori di energia fossile in modo più efficiente

Per quanto concerne le materie prime in generale, è tipica la situazione del petrolio, del carbone e del gas naturale. L'umanità dispone ancora di grandi giacimenti di energia fossile se si tiene conto anche delle riserve non facili da sfruttare, ossia i giacimenti di olio pesante, sabbia catramosa o scisti bituminosi. L'Agenzia internazionale dell'energia stima le risorse mondiali di petrolio e gas naturale attorno a 20 migliaia di miliardi di barili equivalenti di petrolio, di cui un quarto o la metà sarebbero estraibili utilizzando la tecnologia attuale. Questa quota può aumentare se si considera un certo progresso tecnico. È ben vero, però, che in un'ottica ecologica lo sfruttamento totale di tutte le riserve di petrolio e di gas non giova agli interessi dell'umanità. Questo anche se si dovessero trovare nuove vie per evitare un inquinamento ulteriore dell'atmosfera, ad

esempio bandendo per sempre il CO₂ dall'atmosfera tramite un immagazzinamento sotterraneo (Carbon Capture and Storage, CCS). I prossimi decenni vedranno in competizione, da una parte, tecnologie sostitutive del petrolio e gas naturale ed una loro più efficiente utilizzazione, e dall'altra, uno sfruttamento migliore dei giacimenti noti e lo sfruttamento di nuovi giacimenti cosiddetti non convenzionali. Tenendo conto del livello attuale dei prezzi del petrolio e del gas naturale, entrambe le possibilità sono interessanti.

(traduzione)



Dieter Ruloff (1947) è direttore dell'Istituto di scienze politiche e professore ordinario per le relazioni internazionali presso l'Università di Zurigo. Nel corso del suo

lavoro di ricerca si è occupato di questioni riguardanti la compatibilità degli interessi ecologici e commerciali a livello globale. Tra l'altro, ha partecipato all'elaborazione del progetto «Tendenze e possibili temi futuri della politica federale: sfide 2003 - 2007» dello Stato maggiore di prospettiva dell'Amministrazione federale. Dieter Ruloff è ora impegnato nell'aggiornamento del progetto (periodo fino al 2015).



Tutt'ora la mobilità e il trasporto merci e passeggeri sono ben lontani dal poter essere definiti sostenibili.

«Ci dobbiamo concentrare su alcuni punti chiave della sostenibilità»

• • • • •

Intervista: Pieter Poldervaart

Foto: Olivia Stählin



In Svizzera, la Migros è praticamente onnipresente, motivo per cui l'opinione pubblica segue con grande interesse il suo atteggiamento nei confronti della sostenibilità. Dieter Bürgi, responsabile della sezione Ecologia di Migros, è in favore di un rafforzamento della pianificazione del territorio nei confronti del diritto ambientale, tra l'altro per porre un freno all'edificazione dispersiva. Inoltre, egli è dell'opinione che la quota d'inquinamento atmosferico dovuta al traffico per gli acquisti sia sopravvalutata. In generale, ritiene, andrebbe cercato un consenso sociale per quanto riguarda lo sviluppo

sostenibile. Un obiettivo in tal senso potrebbe essere la realizzazione della società a 2000 Watt entro il 2050.

Dieter Bürgi (1952) ha studiato legge all'università di Berna. Dal 1979 ha collezionato esperienze professionali in tribunale, nell'avvocatura e nell'amministrazione. Dal 1985 ha lavorato presso WWF Svizzera come responsabile per le sezioni. Nel 1990 ha assunto la direzione della Società svizzera per la protezione dell'ambiente (dal 2003: Equiterre). Nel 2004 è passato alla Federazione delle Cooperative Migros quale responsabile della sezione Ecologia.

www.migros.ch/sostenibilita

L'ecologia inizia nel piccolo: quando è stato l'ultima volta su un aereo?

Due anni fa. Avevo assolutamente bisogno di sole e sono partito per la Grecia.

Il traffico aereo è una delle preoccupazioni maggiori nel dibattito sul clima. Anche la Migros, con i viaggi M-Budget, partecipa al mercato dei voli a basso costo. La coscienza ecologica tace di fronte all'esigenza di svago?

Hotelplan, l'agenzia di viaggi affiliata alla Migros, si impegna per la protezione dell'ambiente, tra l'altro con il cosiddetto franco ambientale: cinque franchi per passeggero. È chiaro, volare nuoce al clima. La decisione spetta al singolo.

Nel traffico aereo, l'attuale boom è una conseguenza della caduta dei prezzi. Manca tuttora la verità dei costi, quindi una tassazione del carburante che potrebbe attenuare l'incremento del settore. Un altro freno ai voli potrebbe provenire in futuro dalla paura di attacchi terroristici e dall'indisponibilità a sottoporsi ai rigidi controlli all'aeroporto.

Bin Laden e compagni saranno quindi, senza volerlo, la salvezza per l'ambiente?

È possibile. La paura del terrorismo incentiva i viaggi via terra o, nel mondo degli affari, la tendenza ad organizzare conferenze telefoniche invece di sedute in loco. La Migros non intende però aspettare l'influenza di fattori esterni. Là dove può, si impegna molto per la protezione del clima. Ad esempio, nell'ambito del trasporto merci: la Migros è il maggior cliente svizzero di FFS Cargo.

Il fenomeno è conosciuto nell'ambito dei trasporti aerei, ma è valido anche per l'industria automobilisti-

ca: il singolo motore diventa sempre più efficiente, ma proprio perché si vola e si viaggia di più, il totale delle emissioni di CO₂ aumenta. Vede una via d'uscita da questa spirale?

Per quanto riguarda il petrolio e i suoi derivati, sono dell'opinione che i prezzi vantaggiosi appartengano ormai al passato. Il film di Al Gore «Inconvenient Truth», rivela che perfino negli USA, il produttore mondiale numero uno di CO₂, cresce la consapevolezza della necessità di un cambiamento di stile di vita. Spero che il film e i dibattiti che susciterà possano fornire nuovi impulsi al dibattito anche in Europa.

In altre parole, possiamo rinunciare alla tassa sul CO₂ perché la scarsità e quindi i costi stessi delle risorse disinnesceranno la situazione?

Assolutamente no! La Migros si è pronunciata a favore di una tassa sul CO₂ e si impegna, nel quadro dell'Agenzia dell'energia dell'economia (AEnEC), a ridurre le sue emissioni. Per tutte le 590 filiali, le 15 imprese industriali proprie e i 10 centri di distribuzione regionali abbiamo definito obiettivi vincolanti in materia energetica e di protezione del clima. Inoltre, la filiale Migros ad Amriswil, nel Cantone Turgovia, è il primo supermercato svizzero con il marchio Minergie e funziona senza riscaldamento.

In generale, il mondo economico non è molto propenso ad agire in modo incisivo. Mancano gli stimoli monetari? O forse è davvero necessaria la tassa d'incentivazione?

Sì, è davvero necessaria. Sono deluso dal dibattito politico attuale. Per raggiungere maggiori livelli d'efficienza, la Svizzera necessita di una tassa sul CO₂. La Migros, grazie al suo impegno di lunga data per la riduzione del CO₂, in virtù degli accordi sugli obiettivi AEnEC è sulla buona strada per ottenere l'eso-

nero dalla tassa. Purtroppo, finora non si è tenuto conto del nostro impegno e dei nostri investimenti, nonostante tutte le promesse. Non è una buona base di partenza per progetti simili.

Ma se sono proprio i rappresentanti del mondo economico che vorrebbero rimandare alle calende greche la tassa sul CO₂...

Personalmente, sono molto scontento di quanto sostengono Economiesuisse e certi rappresentanti dei partiti borghesi. Nel 2000 sono stati bocciati l'iniziativa energetica «Per un centesimo solare» e il controprogetto per una «Tassa sull'energia», rivendicando la neutralità della quota-parte dello Stato. Un paio di anni più tardi si dimenticano le promesse e si spara contro la tassa sul CO₂ che adempie tale requisito. Ritengo tutto questo privo di stile e discutibile a livello politico.

La Migros fonderà di nuovo un partito per far sentire i suoi interessi a Berna?

L'«Anello degli indipendenti» appartiene definitivamente al passato. Quest'anno, però, la Migros ha fondato, insieme alle altre imprese del settore, la «Comunità d'interessi commercio al dettaglio» al fine di evidenziare il grande significato del ramo per l'economia pubblica e di migliorare le condizioni quadro del commercio al dettaglio. Inoltre, per quanto riguarda le questioni legate alla pianificazione del territorio, all'ambiente, ai trasporti e alle procedure d'autorizzazione è stata fondata l'associazione «espace.mobilité».

Come ha vissuto personalmente il cambiamento? Deve ora far fronte alle stesse rivendicazioni che prima formulava come esponente di un'organizzazione non governativa (ONG)?

No, per fortuna. Ora posso portare avanti nell'economia privata ciò che ho



potuto costruire nel corso degli ultimi vent'anni nell'ambito delle organizzazioni ambientaliste. Il compito delle ONG consiste evidentemente nel fare pressione sull'economia e rivendicare talvolta più di quanto è possibile e realistico ottenere, prima lo facevo anch'io. Noi della Migros manteniamo un ampio spettro di contatti: dalla cooperazione con il WWF, ad esempio per l'olio di palma prodotto in modo sostenibile o per il label FSC per il legno e la carta, fino ai confronti con il sindacato Unia e con l'ATA. È vero, oggi svolgo un nuovo ruolo, ma in quanto a contenuti perseguo tuttora ciò che facevo prima con la sola differenza che ora posso mettere in pratica molte cose direttamente in una grande azienda. Il gruppo di quattro persone della sezione Ecologia è responsabile della protezione dell'ambiente a livello d'impresa, ma non solo. Nel 2003 si è aggiunta la politica Migros in materia di sostenibilità che adesso va realizzata e come ultima novità mi occupo del tema Global Compact.

Sinceramente, l'impegno della Migros e di altri operatori economici non si limita soprattutto a «cooperazioni morbide», come le linee di prodotti sostenibili che a loro volta incrementano il fatturato? Quando però si tratta di spese maggiori o di introiti minori, la sua ditta preferisce il confronto alla cooperazione.

I marchi ecologici e sociali vengono promossi attivamente dalla Migros perché così si ottiene un importante effetto leva per la sostenibilità. Per quanto concerne la protezione dell'ambiente a livello aziendale e le prestazioni sociali, la Migros si trova al primo posto, come è dimostrato dal rating allestito dal WWF a inizio 2006. Negli ultimi tempi, però, difendiamo altresì con maggior vigore i nostri interessi economici anche a causa dei discount esteri che ci obbligano a profilarsi in modo più marcato.

Come si è sviluppato il dibattito sulla sostenibilità in seno alla Mi-

gros, ma anche nella società nel suo complesso?

Nel 1987 il Rapporto Brundtland, nel 1992 la Conferenza di Rio: allora speravo che riuscisse a fare breccia la sostenibilità globale, non solo la protezione ambientale classica. Si trattava quindi di non più limitarsi a proteggere la natura, ma di agire in senso proattivo. Il bilancio odierno rivela che la sostenibilità, sia a livello globale che nazionale, non si è affermata. Gli sforzi per raggiungere questo obiettivo sono, però, ben visibili. Ad esempio, i rapporti sulla sostenibilità hanno sostituito quelli sull'ambiente. Purtroppo, manca ancora una strategia globale, un nesso unificante, un accordo sugli obiettivi principali.

C'è forse bisogno di una nuova catastrofe ambientale come la morte dei boschi nel 1984, per ottenere quest'unità sugli obiettivi?

La morte dei boschi, Seveso e Cernobyl sono eventi centrali nella mia biografia. In retrospettiva direi che la morte delle foreste non ci ha aiutati. Sì, ha fatto progredire la legge sulla protezione dell'ambiente e le diverse ordinanze, rendendole un po' più incisive, ma durante il dibattito abbiamo perso credibilità perché le nostre previsioni pessimiste, per fortuna, non si sono avverate. Ritengo quindi sbagliato sperare in questi scenari a corto termine per suscitare una motivazione durevole a favore della sostenibilità.

Come ottenere allora l'unità di cui lei parla? Una delle poche istituzioni svizzere derivate direttamente da Rio, l'Associazione Agenda 21 locale, ha da poco gettato la spugna.

Il fallimento dell'associazione è stata una disillusione anche per me. La sostenibilità è un tema talmente ampio che ci si perde se si cerca di elaborarne tutti gli aspetti contemporaneamente. La Svizzera dovrebbe porsi uno o due obiettivi prioritari da raggiungere con energica convinzione. Ad esempio la Società a 2000 Watt, cioè la riduzione ad un terzo del nostro consumo energetico entro il 2050, così come previsto d'altronde dal Consiglio federale nella sua Strategia per uno sviluppo sostenibile 2002. In questo modo generiamo anche impulsi economici: gli investimenti per una maggiore efficienza energetica sono ammortizzati più in fretta, il che è interessante per tutti gli attori coinvolti. Un altro grande tema è il progredire dell'edificazione dispersiva in Svizzera. È una delle cause maggiori del continuo incremento della mobilità ed è quindi in contraddizione con il concetto di sviluppo sostenibile.

L'ecologia non va più di moda, oggi prevale ciò che costa poco. È giusta questa sensazione?

Il «barometro dei motivi di preoccupazione», rilevato regolarmente, vede l'ambiente in quindicesima posizione.



Ai tempi della morte dei boschi, si trovava in testa alla lista. Inoltre, l'ecologia è diventata una cosa ovvia: la popolazione conta sul fatto che esistano gli Uffici e le leggi necessari e che il mondo economico si occupi della faccenda.

Quindi, secondo lei, lo sviluppo sostenibile occupa un posto fisso nel mondo economico svizzero. D'altra parte anche la Migros ha reagito al fenomeno Aldi. Un esercizio di equilibrio?

Adesso, dopo gli anni dei prezzi, abbiamo gli anni del valore aggiunto. La Mi-

gros sa bene che solo con i prezzi bassi non riuscirà a tenere testa all'harddiscount tedesco. La nostra risposta sono i prodotti del marchio Engagement, con un valore aggiunto sociale ed economico.

Non sempre i rapporti tra la Migros e le associazioni ambientaliste sono così armonici come con il WWF. Con l'ATA è un continuo scontro.

I punti di vista della Migros e dell'ATA sono molto controversi per quanto riguarda il traffico legato agli acquisti. Tutti i centri commerciali Migros dispongono di un allacciamento ai tra-

sporti pubblici. Insieme ad altri negozi partner offrono più di 100'000 articoli sotto lo stesso tetto e quindi la possibilità di fare compere con una sola fermata. Grazie alla costruzione su più piani necessitano di ben cinque volte meno superficie edificabile per metro quadrato di superficie di vendita dei progetti a un solo piano di Aldi e Lidl. Quest'ultimi si situano per lo più nella zona periferica e non dispongono di allacciamenti ai mezzi di trasporto pubblici. Favoriscono quindi l'insorgere di traffico d'acquisto con l'auto.

Abbiamo affrontato questo tema in seno all'associazione «espace.mobilité» insieme al fatto che il traffico per gli acquisti rappresenta solo l'undici per cento del traffico motorizzato privato. Per le installazioni a forte affluenza di pubblico si tratta solo del tre per cento, con la conseguenza di una quota ridotta di emissioni. Ci si dà battaglia per questi pochi punti percentuali, senza però cambiare veramente qualcosa per quanto concerne le emissioni globali del traffico. Ovviamente, dal canto nostro contribuiamo ad ridurre e ammortizzare gli effetti, ad esempio con investimenti importanti e contributi aziendali per gli allacciamenti ai mezzi pubblici o collaborando con Mobility Car Sharing.

Infine, «espace.mobilité» vuole rafforzare la legge sulla pianificazione del territorio rispetto al diritto ambientale. Sosteniamo in particolare le raccomandazioni dell'UFAM e dell'ARE in relazione alla pianificazione dell'ubicazione dei grandi generatori di traffico. Oggi, la situazione è paradossale: la legge sulla pianificazione del territorio pretende un'edificazione densificata, mentre la legge sulla protezione dell'ambiente prescrive una distribuzione delle emissioni che provoca un'estensione in superficie. Questo è anche il punto debole dell'esame dell'impatto sull'ambiente: si considera solo il singolo caso isolato.

Devo però ammettere che i grandi distributori hanno trascurato lo sviluppo del dialogo con uno stakeholder come



l'ATA. Ci incontriamo ormai solo in tribunale, e questo deve cambiare. Mi impegno personalmente affinché, dopo la rottura del dialogo da parte dell'ATA, si ripristinino contatti ufficiali. Ciò che deve preoccupare attualmente non è tanto il traffico per gli acquisti, bensì il traffico motorizzato pendolare e del tempo libero.

In seguito al contrasto, il diritto di ricorso delle associazioni è messo sotto pressione. Ne dovrebbe essere contento.

In effetti, i ricorsi delle associazioni bloccano investimenti del commercio al dettaglio per ben oltre un miliardo di franchi e i ritardi costano più di 100 milioni di franchi. La linea dura adottata da alcune associazioni ambientaliste rende difficoltoso il dialogo. Comunque, mi impegno ancora per questo strumento nella sua forma modificata, così come proposto dal Consiglio degli Stati. Questo perché ritengo che gli interessi legittimi della collettività vadano difesi e non solo nei progetti riguardanti il traffico. Un esempio in questo senso è Galmiz, dove il ricorso delle associazioni avrebbe dovuto far presa.

Tenti uno sguardo al 2016: a che punto si troverà allora lo sviluppo sostenibile?

Mi sembra plausibile credere ad una presa di coscienza della reciprocità della dipendenza. Ci servono soluzioni adatte alle tre dimensioni. Aumenterà la comprensione della complessità, ma la capacità e la volontà di affrontare le sfide sono limitate. È possibile che il confronto si estenda anche a livello globale. Inoltre, c'è il pericolo che il nostro Paese si divida in due: in una Svizzera che si isola e in una che si apre, tutt'e due forti uguali e che quindi si neutralizzano a vicenda. Fenomeni simili si manifestano già oggi negli USA, in Germania o in Francia. Ciò paralizza lo sviluppo politico ed economico.

Il mondo economico, da parte sua, ha le sue possibilità. Il Global Compact, l'invito del Segretario generale dell'ONU Kofi Annan a rispettare volontariamente i diritti umani e la protezione dell'ambiente, è stato accolto dalla Migros questa primavera. In un mondo globalizzato queste convenzioni sono molto importanti perché corrispondono alla dinamica del commercio mondiale. La Migros, con il suo codice di comportamento, obbliga i suoi fornitori ad attenersi ai nostri standard etici. Ad esempio, è proibito il lavoro minorile. Nel 2004, il codice di comportamento della Migros è stato adottato dalle maggiori ditte commerciali europee quale Business Social Compliance Initiative.

(traduzione)



La valutazione della Strategia per uno sviluppo sostenibile 2002

• • • • •

Corine Mauch,
mauch@interface-politikstudien.ch
Eric Zellweger,
zellweger@evaluanda.ch



Le linee guida a livello di contenuti e le concezioni fondamentali della «Strategia per uno sviluppo sostenibile 2002» del Consiglio federale sono adeguate e godono di ampi consensi. Ciò nonostante, esiste un potenziale di miglioramento nella loro concretizzazione e nell'attuazione della Strategia. Esso potrà essere realizzato nel quadro della «Strategia per uno sviluppo sostenibile 2007», attualmente in elaborazione.



Corine Mauch, 1960, diplomata in economia agraria (ETH) e Master of Public Administration, è capo progetti presso Interface Politikstudien a Lucerna. I temi principali del suo lavoro sono le valutazioni e i progetti di ricerca nei settori ambiente, sostenibilità, gestione delle risorse, energia e trasporti.



Eric Zellweger, 1973, sociologo lic. phil I con studi postdiploma in statistica e sviluppo urbano sostenibile (Università di Ginevra, Neuchâtel e Losanna). Dal 2002 è collaboratore scientifico presso evaluanda SA a Ginevra. Si occupa di ricerca nel campo delle valutazioni in diversi settori tra cui l'ambiente e la politica della salute.

settori tra cui l'ambiente e la politica della salute.

Nel 2002, in occasione dei «10 anni dopo Rio», il Consiglio federale ha presentato una rinnovata Strategia per uno sviluppo sostenibile in Svizzera. Il suo obiettivo è di integrare i fondamenti dello sviluppo sostenibile nella maggior parte delle politiche settoriali. A tal fine, ha definito sei linee guida e un piano d'azione comprendente 10 campi d'attività e 22 misure. In vista della rielaborazione della Strategia, la Sezione dell'ARE per lo sviluppo sostenibile ha incaricato il gruppo di lavoro Interface Institut für Politikstudien (Lucerna) ed evaluanda (Ginevra) di svolgere una valutazione e di elaborare delle raccomandazioni al fine di migliorarne la versione futura. Dal punto di vista metodologico, la valutazione si è basata sul presupposto che il consenso per una politica o una misura da parte degli attori responsabili della sua realizzazione rappresenta una condizione essenziale per la qualità della sua messa in atto e il suo successo. Sulla scorta di tale considerazione, sono stati intervistati 40 attori nell'ambito della Strategia ed è stato effettuato un sondaggio tramite questionari.

Ampi consensi, insufficiente obbligatorietà

La valutazione giunge alla conclusione che le linee guida della Strategia godono di ampi consensi presso gli attori responsabili della loro attuazione. Gli elementi organizzativi della concezione strategica, con l'organo interdepartimentale CISvS (Comitato interdepartimentale sullo sviluppo sostenibile) guidato dall'ARE, sono ritenuti dalla maggioranza pragmatici ed adeguati. La concretizzazione delle linee guida a carattere generale, con la grande libertà d'interpretazione che permettono, è invece percepita come frammentaria e la scelta delle 22 misure casuale. Il principale punto debole della concezione, segnatamente in paragone ad altri strumenti pianificatori a lungo termine della Confederazione come

ad esempio il programma di legislatura, è l'assenza di vincoli d'obbligatorietà per gli attori responsabili della realizzazione.

Semplificare il management relativo alla Strategia

Secondo gli intervistati, gli organismi di gestione della Strategia a livello federale, l'Ufficio CISvS in cui sono rappresentati 5 Uffici federali, e la Sezione sviluppo sostenibile dell'ARE, svolgono un ottimo lavoro nel quadro delle loro competenze. Anche il «Forum sullo sviluppo sostenibile», istituito come piattaforma di scambio d'esperienze per il coinvolgimento dei Cantoni, dei Comuni e delle città, la cui utilità risiede soprattutto nei processi d'apprendimento e nei progetti, è giudicato positivamente. Nell'attuazione, invece, sono state rilevate delle difficoltà, spesso di natura strutturale. Frequentemente, gli obiettivi misurabili non sono chiaramente definiti e i conflitti tra gli obiettivi della Strategia e degli Uffici non sono sufficientemente chiariti. Quest'ultimi sono praticamente delegati ai responsabili della realizzazione. Insufficienti sono spesso valutate anche le risorse per l'attuazione della Strategia. Inoltre, le competenze attribuite agli organismi di gestione investiti del mandato trasversale dello sviluppo sostenibile nei confronti degli Uffici specializzati sono ridotte, poiché non hanno facoltà di impartire istruzioni.

La percezione positiva rappresenta un potenziale

La Strategia è percepita in modo positivo dai gruppi interessati che però, per la maggior parte, non la conoscono in dettaglio. Sul piano istituzionale è poco ancorata a livello di servizi, ad esempio con linee direttive interne o con un organo di coordinazione. Gli ostacoli alla sua realizzazione si manifestano spesso in occasione di decisio-

ni in cui predominano altre priorità, ad esempio di natura economica. In relazione ad un controlling generale della Strategia esiste un potenziale di miglioramento.

La Strategia promuove la legittimazione

I suoi effetti sono difficili da cogliere per motivi di metodo, infatti andrebbe provato che sono stati determinati dalla Strategia. Inoltre, le 22 misure si differenziano fortemente, sia per contenuto che per struttura. Esse spaziano dalla lotta alla povertà, agli accordi internazionali fino alla politica del territorio e dei trasporti. Gli attori interpellati sono generalmente scettici nel credere che la Strategia possa raggiungere i suoi obiettivi. Dalle testimonianze raccolte è emerso che il concetto dello sviluppo sostenibile ha visto la sua realizzazione, in primo luogo, nel contesto delle 22 misure della Strategia. Circa i tre quarti delle misure su cui, in base alle informazioni disponibili, si possono fare asserzioni riguardo al raggiungimento degli obiettivi, hanno raggiunto in tutto o almeno in parte i loro obiettivi, variamente ambiziosi. Non realizzata, invece, è l'auspicata considerazione sull'intero territorio dei principi dello sviluppo sostenibile in tutte le politiche settoriali. Gli attori affermano che, per circa la metà delle misure, la «Strategia per uno sviluppo sostenibile 2002» esercita solo un'influenza minima sul raggiungimento degli obiettivi, che dipenderebbe da altri fattori. Comunque, in generale e nonostante questo effetti trainanti, è stata riscontrata un'influenza legittimante e rafforzante della Strategia sulle attività esistenti.

(traduzione)



Strategie nazionali per lo sviluppo sostenibile: contesto internazionale e confronto

• • • • •

Doris Angst,
doris.angst@are.admin.ch



Dove si pratica lo sviluppo sostenibile va considerato il contesto internazionale: ogni Paese può imparare dalle esperienze di altri Paesi. Per questo motivo, l'ARE segue con grande interesse tutto ciò che si muove in

quest'ambito, a livello internazionale e soprattutto in Europa. Considerare la situazione di altri Paesi ci aiuta a sviluppare ulteriormente la nostra strategia della sostenibilità.

Diverse risoluzioni e raccomandazioni internazionali esortano gli Stati a sviluppare e realizzare una strategia nazionale per lo sviluppo sostenibile. La convenzione più importante in questo senso è rappresentata dall'Agenda 21, approvata nel 1992 da 178 Paesi a Rio de Janeiro. Nel 1996, anche l'Organizzazione per la cooperazione e lo sviluppo economico (OCSE) ha raccomandato a tutti i Paesi di sviluppare e iniziare a realizzare una strategia nazionale in tal senso. Il Vertice mondiale per uno sviluppo sostenibile del 2002 a Johannesburg ne auspicava la realizzazione entro il 2005.

Le strategie nazionali per lo sviluppo sostenibile sono nel frattempo diventate uno strumento molto diffuso per l'attuazione dello sviluppo sostenibile. La maggior parte degli Stati europei, così come la metà di quelli dell'America latina e buona parte degli Stati insulari asiatici dispongono di una strategia nazionale per lo sviluppo sostenibile o la stanno elaborando. Gli Stati industrializzati, ad eccezione degli USA, ne hanno già iniziato la realizzazione. Sono invece solo pochi gli Stati africani ed asiatici continentali che hanno o che stanno elaborando una tale strategia. L'alto grado di realizzazione negli Stati dell'UE e in quelli che desiderano farne parte, dipende, tra l'altro, dal fatto che l'Unione stessa, già nella sua prima Strategia del 2001, esortava gli Stati membri ad elaborarne una propria.

Dato che le strategie sono relativamente recenti (le prime risalgono al 1997) e che solo pochi Stati hanno già proceduto a una loro valutazione, non è ancora possibile esprimere un giudizio conclusivo sui loro effetti. Visto, però che gli effetti dipendono dalla qualità dei meccanismi, dei processi e dei contenuti nonché dalla realizzazione e dalla valutazione della strategia, il presente contributo è incentrato su questi aspetti. Essi risultano dai principi dell'OCSE, rispettivamente dell'ONU, e sono utilizzati anche nell'ambito della ricerca. La tabella ne propone un riasunto comparativo.

Occorre intensificare gli sforzi

Le premesse di base per l'elaborazione e l'attuazione di una strategia nazionale per lo sviluppo sostenibile variano da Paese a Paese. L'ONU, l'OCSE e l'UE stimolano però i Paesi a stabilire certe priorità. Generalmente, anche la Svizzera si attiene alle tendenze internazionali.

Dalla tabella risulta quanto segue: nei settori valutazione, monitoraggio e cooperazione tra gli Uffici, quindi nell'integrazione orizzontale, la Svizzera segue la tendenza internazionale. Così come in altri Paesi, la collaborazione tra gli Uffici va migliorata, ma con il sistema di indicatori MONET e la valutazione della sostenibilità la Svizzera si guadagna un posto in prima fila. Anche le misure proposte e l'ancoramento esterno all'autorità responsabile per l'ambiente della Strategia corrispondono ad una certa tendenza internazionale e soprattutto alle raccomandazioni scientifiche. Per quanto riguarda le misure, esistono ancora delle lacune e la definizione delle priorità andrebbe migliorata. Nell'ambito della partecipazione, i diversi gruppi d'interesse sono tradizionalmente coinvolti nei processi di consultazione non appena si tratta di misure singole e di progetti. A livello della Strategia globale, quindi dell'elaborazione e della realizzazione, andrebbero però associati maggiormente. Anche l'OCSE e l'UNO raccomandano un'ampia partecipazione dei rappresentanti di interessi ed un impegno politico possibilmente a livello di governo. Essi ritengono positivo altresì uno stretto coinvolgimento del dipartimento delle finanze e raccomandano di mettere a disposizione bastanti mezzi finanziari per la realizzazione della strategia e delle sue misure. Finora questo non è il caso nella maggioranza dei Paesi e nemmeno in Svizzera.

Rafforzare l'Agenda 21 locale

La Svizzera è uno dei pochi Paesi a non disporre di un organo d'accompagnamento, ad esempio un Consiglio per la sostenibilità, composto da rappresentanti del mondo economico, della scienza e della società civile. Gli esempi degli altri Paesi rivelano come questi organi svolgano una funzione importante per l'attuazione e la divulgazione del tema sviluppo sostenibile. Anche l'OCSE e l'ONU ne raccomandano l'istituzione.

Il legame a livello regionale e locale, auspicato dalle due organizzazioni e dalla ricerca, ossia la cosiddetta integrazione verticale, è lacunoso nella maggior parte dei Paesi. Molte nazioni europee intraprendono degli sforzi per migliorare questa situazione, sollecitate anche dall'UE. La Svizzera, con il Forum sullo sviluppo sostenibile, dispone di un ottimo strumento per lo scambio di informazioni tra i diversi livelli Confederazione, Cantoni e Comuni. La collaborazione andrebbe però rafforzata. Un contributo ulteriore potrebbe provenire dall'ancoramento del promovimento delle Agende 21 locali nella Strategia, così come è già il caso in molti Paesi europei.

(traduzione)



Doris Angst, lic. ès lettres, ha studiato geografia a Losanna. Dal 2003 lavora come collaboratrice scientifica presso la sezione Sviluppo so-

stenibile dell'ARE. Tra i temi fondamentali del suo lavoro, i processi internazionali nell'ambito dello sviluppo sostenibile.

Aspetti	Raccomandazioni OCSE/ONU	Tendenze internazionali	Strategia svizzera per lo sviluppo sostenibile
contenuto	- la strategia deve basarsi sulle tre dimensioni dello sviluppo sostenibile - dev'essere circostanziata ed integrativa - deve tenere conto delle prospettive a corto e lungo termine	- strategie circostanziate e basate sulle tre dimensioni dello sviluppo sostenibile con l'aggiunta a volte della dimensione «cultura» - priorità: mutamenti climatici/energia, trasporti/mobilità, produzione/consumo, salvaguardia delle risorse naturali, salute, responsabilità internazionale - maggiore introduzione di tributi ecologici	- Strategia circostanziata e basata sulle tre dimensioni dello sviluppo sostenibile, estesa a più settori - i campi d'attività e le misure della Strategia trattano temi relativi ai settori dell'economia, della formazione, dell'ambiente e della società - manca una chiara definizione delle priorità
base giuridica	–	solo in pochi Paesi esiste un mandato giuridico vincolante	la Strategia è stata approvata dal Consiglio federale e si basa sulla Costituzione federale (articoli 2 e 73)
sostegno governativo	- forte impegno politico ad alto livello - strutture istituzionali adeguate - indipendenza dai partiti e dai governi	- strategie sempre più ancorate esternamente alle istituzioni di carattere ambientale o estese a più organismi (in parte sono sottoposte direttamente al Capo di governo o di Stato o a un relativo Ministero) - la direzione è spesso affidata al Ministero dell'ambiente - in parte comitati intersettoriali composti da Segretari di Stato (UK, D) o commissioni parlamentari (D, UK)	il Governo e il Parlamento sono poco coinvolti (la Strategia è trattata soprattutto a livello amministrativo)
attuazione (responsabilità, competenze, risorse)	- chiara definizione della responsabilità di realizzazione - messa a disposizione delle risorse finanziarie necessarie - promozione dell'integrazione orizzontale	- le misure sono messe in atto da organismi competenti - istituzione e rivalutazione dei collegi di coordinazione per l'integrazione orizzontale - raramente risorse separate	- elaborazione e realizzazione da parte del Comitato interdipartimentale sullo sviluppo sostenibile (CISvS) sotto la direzione dell'ARE - realizzazione delle misure da parte degli Uffici competenti - integrazione orizzontale con il CISvS come organismo di coordinazione - debole obbligatorietà e poche risorse
integrazione verticale	- la strategia dovrebbe unire il livello nazionale e quello locale - promozione dell'integrazione verticale	è spesso lacunosa	- è garantita dal Forum sullo sviluppo sostenibile (Confederazione, Cantoni, città), promuove lo scambio di informazioni e sostiene progetti comuni d'attuazione - la Strategia non promuove i processi delle Agende 21 locali
partecipazione all'elaborazione ed alla realizzazione	ampia partecipazione dei diversi attori coinvolti	- ampia partecipazione di tutti i rappresentanti di interessi - la maggior parte dei Paesi dispone di un Consiglio per lo sviluppo sostenibile - coinvolgimento del mondo scientifico	- la Strategia 2002 è stata elaborata soprattutto all'interno della Confederazione; è stata sottoposta a consultazione - partecipazione dei rappresentanti di interessi sul piano delle misure
valutazione, monitoraggio	sistema di indicatori per un monitoraggio permanente, si raccomandano apprendimento e miglioramento	- la maggior parte dei Paesi dispone di un sistema di indicatori - resoconto regolare, in parte al Parlamento - estensione della valutazione della sostenibilità e della previsione dell'impatto delle politiche - la valutazione del budget secondo i criteri della sostenibilità avviene ancora solo in pochi Paesi; la tendenza è in aumento	- sistema di indicatori MONET - rapporto annuale intermedio sullo stato di realizzazione della Strategia - valutazione periodica - crescente applicazione della valutazione della sostenibilità di progetti e piani politici - nessuna valutazione del budget secondo i criteri della sostenibilità

Tabella strategie nazionali per lo sviluppo sostenibile: confronto tra raccomandazioni OCSE/ONU, tendenze internazionali e situazione in Svizzera

forum raumentwicklung
Informationsheft
Erscheint dreimal jährlich
34. Jahrgang

Herausgeber

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)
Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation
(UVEK)

Redaktionskommission

Rudolf Menzi (Leitung), Doris Angst,
Reto Camenzind, Marco Kellenberger

Übersetzung

Französisch:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Saconnex
Relecture: Daniel Béguin
Italienisch:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg
Relecture: Peter Schrembs

Redaktion und Produktion

Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Basel

Gestaltung und Fotografie

Urs Grünig SGV SGD, Corporate Design, Bern
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abonnemente

Bestellungen/Vertrieb:
BBL, Vertrieb Publikationen, CH-3003 Bern
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 812.000
Jahresabonnement Fr. 30.70
Ausland Fr. 34.--
Einzelnummer Fr. 10.25
Ausland Fr. 12.--

Adresse

Bundesamt für Raumentwicklung
3003 Bern
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Amt)
Fax 031 322 47 16 (Information)

© ARE

Bern 2006, Abdruck erwünscht mit Quellen-
angabe; Belegexemplar an ARE
ISSN 1660-6248

forum du développement territorial
Bulletin d'information
Paraît trois fois par an
34e année

Editeur

Office fédéral du développement territorial (ARE)
Département fédéral de l'environnement, des
transports, de l'énergie et de la communication
(DETEC)

Commission de rédaction

Rudolf Menzi (direction), Doris Angst,
Reto Camenzind, Marco Kellenberger

Traduction

Français:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Saconnex
Relecture et adaptation: Daniel Béguin
Italien:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg
Relecture et adaptation: Peter Schrembs

Rédaction, production

Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Bâle

Création, réalisation, photographie

Urs Grünig SGV SGD, Corporate Design, Berne
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abonnement

Commandes/distribution:
OFCL, diffusion publications, CH-3003 Berne
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
No d'art. 812.000
Abonnement annuel Fr. 30.70
Étranger Fr. 34.--
Numéro simple Fr. 10.25
Étranger Fr. 12.--

Adresse

Office fédéral du développement territorial
3003 Berne
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Office)
Fax 031 322 47 16 (Information)

© ARE

Berne 2006, Reproduction autorisée avec
mention de la source; copie à l'ARE
ISSN 1660-6248

forum sviluppo territoriale
Bollettino d'informazione
Esce tre volte all'anno
34mo anno

Editore

Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ARE)
Dipartimento federale dell'ambiente, dei
trasporti, dell'energia e delle comunicazioni
(DATEC)

Commissione della redazione

Rudolf Menzi (direzione), Doris Angst,
Reto Camenzind, Marco Kellenberger

Traduzione

Francese:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Saconnex
Rilettura e adattamento: Daniel Béguin
Italiano:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg
Rilettura e adattamento: Peter Schrembs

Redazione, produzione

Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Basilea

Creazione, realizzazione, fotografia

Urs Grünig SGV SGD, Corporate Design, Berna
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abbonamento

Ordinazioni/distribuzione:
UFCL, distribuzione pubblicazioni, CH-3003 Berna
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
No d'art. 812.000
Abbonamento Fr. 30.70
Esteri Fr. 34.--
Numero singolo Fr. 10.25
Esteri Fr. 12.--

Indirizzo

Ufficio federale dello sviluppo territoriale
3003 Berna
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Ufficio)
Fax 031 322 47 16 (Informazione)

© ARE

Berna 2006, Riproduzione autorizzata con
menzione della fonte; copia all'ARE
ISSN 1660-6248

www.are.admin.ch

Die verschiedenen Artikel widerspiegeln
jeweils die Meinungen ihrer AutorInnen. Sie
können daher von den Überzeugungen des
Herausgebers und der Redaktion abweichen.

www.are.admin.ch

Les différents articles expriment les avis de
leurs auteur/e/s respectifs/ves. Ils peuvent de
ce fait présenter des convictions divergentes
de celles de l'éditeur et de la rédaction.

www.are.admin.ch

I vari articoli riflettono di volta in volta le
opinioni degli autori/delle autrici. Possono
quindi discostare da quella dell'editore e del-
la redazione.

